Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 158/159 8. Januar 1977

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

I N L A N D

I N T E R N A T I O N A L E S

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abonummer angeben, gegebenenfalls
stichwort "neuabo" oder
"adressänderung".

INLAND

GEGENÖFFENTLICHES MATERIAL GESUCHT

FRANKFURT
6. Januar

Ein Beschluß des letzten Alternativpresse-treffens hat sich beinahe unbemerkt durch diverse Papierberge auf und davon stehlen können Wir, ID, sollten einen Aufruf veröffentlichen und tun dies hiermit wie folgt, ehe alles zu spät ist:

Die Gruppe „Solidarität" sammelt und verarbeitet MAterial zu Thema: „Alternativpresse in den bürgerlichen Medien", woraus dann eine überregionale Berichterstattung der Alternativpresse entstehen soll. Dazu wird noch Hilfe benötigt, Tips, Kurzberichte, Zeitungsartikel, Tonbänder, Berichte aus Regionalblättern, Funk, Fernfunk u.ä.

Schickt das bitte an: Solidarität, Hamburger Journalisten Info, Sankt Anschar Platz4, 2 000 Hamburg 36

GROSSE FREIHEIT NUMMER NULL

HAMBURG
6.Januar

Grosse Freiheit Nummer Null – die Zeitung für Hamburg und Umgebung von der Zeitungsinitiative 'Große Freiheit' ist rausgekommen.
Die Dezember-Nummer kostet 5 Groschen. Es ist eine Stadtzeitung, wie es sie in Hamburg bisher nicht gab. Etwa 20 Leute (davon kein Zeitungsprofi, was in Hamburg, wo die Zeitungsprofis sich laufend auf die Füße treten, fast ein Kunststück ist) gehören zur Initiative. Wie es um Arbeit und Redaktion steht, ist aus der Selbstdarstellung in der Nullnummer zu erfahren.

Kontaktanschrift: **'Die Hälfte des Himmels'-Buchladen; Schlüterstraße 79, 2 Hamburg 13**

Auflage: 5000. Das Geld ist durch Spenden aufgebracht worden, die Initiative ist auf weitere Spenden angewiesen.

„GEWALTREVUE" AUF TOURNEE

TÜBINGEN
5. Januar

Die „Freie Tübinger Schauspieltruppe" schreibt über ihr neues Stück „Gewaltrevue":

Wir behandeln in dem Stück die aktuelle politische Repression und Verfolgung, die vielfältigen Formen von Einschüchterung und sprechen die damit verbundenen Konsequenzen an: die Angst aber auch den Mut. Wir verwenden Mittel der Revue, wie Songs, Tanz, Pantomime etc. Wir versuchen, durch Ironie und Verfremdung Wirklichkeit so darzustellen, wie wir sie sehen.

Wir zeigen Berufsverbote, Zensur, Staatsanwälte, Richter, Polizisten, Philisterpräsidenten, Sam Baker und vieles, vieles mehr in vielen bösen Bildern. Eingearbeitet haben wir Texte von Tucholsky, Heine, Grasshoff, Brezzel, Weinert. Des weiteren Protokolle und Dokumente aus deutschen Landen, originale Schöpfungen aus Gerichtssälen, ansonsten – hoffen wir – eigene originelle Geistesblitze.

Wir haben uns entschlossen, von Mitte Januar bis Ende Februar mit unserer„ Gewalt Revue" durchs Land zu reisen. Wir hoffen, daß wir selbst dabei eine Menge für unsere Theaterarbeit wichtige Sachen lernen und euch mit unserem Stück in eurer politischen Arbeit unterstützen können.

Falls ihr Interesse daran habt, setzt euch in Verbindung mit:

Freie Tübinger Schauspielgruppe, c/o Matthias Wolff, Hausserstr. 74, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/65 714

„ROSA WINKEL..."– EIN NEUER SCHWULENFILM

BIELEFELD
Januar 77

Auch Linke schieben die Sexualität nur allzugern in den Privatbereich („Nebenwiderspruch") ab – vollziehen damit eine (sehr bürgerliche) Trennung von „privat" und „öffentlich".

Unser Film *Rosa Winkel? Das ist doch schon lange vorbei ...* macht für den Bereich der Schwulenunterdrückung den Versuch, nachzuweisen, daß Unterdrückung der (Homo-)Sexualität politische Unterdrückung ist.

Der Film trägt den Untertitel „Über die direkte Linie der Schwulenunterdrückung vom Faschismus bis heute und was Schwule dagegen tun".

Dokumentiert wird der brutale Terror gegen Schwule in den KZ der Hitler-Faschisten (ihr Erkennungszeichen war dort der „Rosa Winkel"); berichtet wird über die schwulenfeindliche Gesetzgebung nach dem Krieg; gezeigt wird anhand der Schilderung von vier Betroffenen Schwulenunterdrückung heute und angesprochen werden schließlich Ansätze schwuler Gegenwehr.

Produziert wurde der Film (16 mm, Magnetton, s/w, 48 Minuten) von der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, die Filmmacher sind Peter Recht, Christiane Schmerl und Detlef Stoffel. Der Film ist für Veranstaltungen gegen Repression und Berufsverbote in der BRD geeignet, außerdem für Einsätze in Schulen, Jugendhäusern, Kommunikationszentren, kommunalen Kinos, Volkshochschulen usw.

Weitere Informationen: **Detlef Stoffel, Gerichtsstraße 15, 4800 Bielefeld 1, Telefon (0521)68717**

RAUBDRUCKEN WAS ERSCHIENEN IST

ANGELSBRUCK
8. Dezember

„Entschuldigt, geehrte Redakteure, eure triumphale Notiz 'Linksabsahnerverlag Kiepenheuer & Witsch in Essen geschädigt" in ID 154 finde ich ein bischen töricht," schreibt Heinar Kipphardt, Psychiater und Schriftsteller, zur Kurzmeldung, daß Bölls 'Bericht zur Gesinnungslage der Nation', Ladenpreis 4,80 DM, in ganzer Länge auf ein DIN-A-4 Flugblatt gedruckt und zehntausendfach auf dem Solidaritätsfest des spanischen Kulturzentrums verteilt worden ist. ID-Beirat Kipphardt:„Wieso ist jemand Linksabsahner, wenn er sich um linke Literatur kümmert? Sollen Schriftsteller von Texten auf Flugblättern leben zukünftig? Merke: Man kann nur raubdrucken, was erschienen ist. Mit schönen Grüßen Heinar Kipphardt."

MIKE KNÖSS – VERFAHREN IN KARLSRUHE

FRANKFURT
5.Januar

Mike Knöss hat am 17.Januar sein Ehrengerichtsverfahren in letzter Instanz vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe (Saalbau, 12 Uhr). Es geht um seinen Beruf; Knöss als Rechtsreferendar und angehender Anwalt soll mit Berufsverbot belegt werden. Die Gründe: Er soll den Rechtsstaat verunglimpft haben, angeblich 'Mollies' transportiert haben und den Richter Schwalbe Faschist genannt haben.

„Knöss-Fanclub lädt ein zum Auswärtsspiel in Karlsruhe" lautet die Überschrift eines Flugblattes, das von ebendiesem Club hergestellt und verteilt worden ist. Der 'Club' führt auch eine Info-Veranstaltung mit Anwälten durch und organisiert für den 17.Januar eine Busfahrt nach Karlsruhe.

Die Veranstaltung findet am Samstag, den 8. Januar um 18 Uhr im JUZ Bockenheim, Varrentrappstraße 38 statt. Dabei wird auch Peter Watkins hervorragender Staatsschutz-Spielfilm 'Punishment-Park' gezeigt. (Eintritt: 1,50 Mark)

ZUM HUNGERSTREIK IM TRAKT LÜBECK

FRANKFURT 6.Januar Anfang November wurden Annerose Reiche und Brigitte Asdonk von Berlin nach Lübeck verlegt.

In zwei Transporten — am 4. und 5.November — wurden Christa Eckes, Ilse Stachowiak und Irmgard Möller nach Lübeck verlegt. (siehe auch ID 153)
Die fünf Gefangenen aus der RAF wurden in einem Trakt, der zusammen mit dem dazugehörigen Hof, von dem übrigen Gefängniskomplex vollständig getrennt, gefangengehalten. In zwei Briefen berichten die Gefangenen über den Trakt Lübeck:

TRAKT LÜBECK, NOVEMBER 76

"ist nen bungalow mit 10 zellen und extra-hof. vom anderen knast räumlich und akustisch total getrennt.
die fenster haben keine stahlstäbe etc. sondern hand-breite und -tiefe massive betonstäbe: also das fenster ist aufgeteilt in 6 x 4 taschenbuchgroße glasscheiben, (blick nur gradaus), von denen man nur 2 oben in der ecke schräg aufstellen kann. die luft ist stickig / künstlich ; überm klo ist n luftschacht, da läuft aber nichts, keine saugvorrichtung, nur zug, wenn es windig ist.

an der wand ist ne neonröhre und ne steckdose - wird um 11 abends abgeschaltet. auch der strom —
die wände sind gleißend weiß neu gestrichen bis auf eine seitenwand, die ist ziemlich grell ocker/orange. diese massiven betonstreben im fenster sind auch weiß. geschirr / besteck ist alles plastik.

von außen hört man überhaupt nichts außer den funkgeräten der streifen und im trakt im gang auch ab und zu die funkgeräte. innen ist so gebaut, daß jeweils 2 zellen nebeneinander unheimlich hellhörig sind — wo in der wand die steckdose ist. das läuft so, daß man fast zimmerlautstärke je zwei reden kann und natürlich auch alles hört - eher wie ne doppelzelle mit spanischer wand - akustisch. das ist chr / ich — an. / brig.-ti nicht, weil daneben leer ist.

vorn imtrakt ist die anwaltszelle und hinten n raum für tv an/brig. außer zum hof kommen wir nur einmal in der woche zum baden raus - aus der zelle. klingel oder sprechanlage gibt es keine - stattdessen kann man eine fahne rausschieben - auf die sie aber nie reagieren. sie kommen 3 x am tag und teilen dabei auch zeitungen aus, zwischendurch machen sie die tür nicht auf, um was zu holen /bringen und dann nur mindestens zu fünft, meistens 3 votzen + 2 graue - kalfaktoren nie.

als wir kamen, war das so, daß an/brig. 3 x pro woche tv hatten - und die möglichkeit, umschluß zu machen. als wir kamen, freitag, 5.11.hatten wir zusammen hof alle 5. keine möglichkeit zum umschluß (ohne begründung) bis montag abend, als sie uns mitteilten, wir könnten jeweils zu zweit von nachm.hof bis 17 h machen. (gemacht haben wir deswegen überhaupt keinen)

dann hatten wir die betten quer unters fenster geschoben, um überhaupt uns in den löchern bewegen zu können - kamen sie nach 4 tagen jeden tag an, daß es da nicht bleiben kann ,aus sicherheitsgründen'... als wir freitag 12. vom hof zurückkamen, hatten sie es einfach umgestellt, alles durcheinander geworfen, etc. haben wir uns geweigert, in die zellen zu gehen, sollten sie wieder an alten platz rücken und verlangt, den leiter zu sprechen. haben sie uns nach ner viertelstunde mit gewalt reingeschmissen und nochmal nachgetreten.

abends wollten wir umschluß machen, nachmittag anwaltsbesuch, haben sie mit der begründung abgelehnt, wäre zu spät, nur ne halbe stunde würde nicht gehn. samstag morgen hieß es dann: getrennt hof — 3 und 2 — und kein umschluß und tv für an/brig. keine begründung, was das soll, auf welcher ebene, hausstrafe oder richter oder wie lange. wir haben dann 2 tage vergeblich versucht, zu fünft rauszugehen und sind ganz dringeblieben.

heute, montag, sind wir 3 und 2 rausgegangen und draußengeblieben bis wir den leiter sprechen können und forderungen gestellt. wir sind dann ne halbe stunde draußen rumgestanden und reingegangen, als sie uns mit gewalt zerren wollten. — morgen käme greif, der anstaltsleiter, her."
15.November 76

ZWEITER BRIEF

"nochmal zu den bedingungen hier, es sieht so aus, daß der knast über die provokation mit dem bett gleichzeitig - erzwingen unbedeutender vorschriften — die weitere verschärfung über ne strafe ,selbstverschuldet' usw. — legitimieren will. das wird klar an dem ablauf und den maßnahmen. das konzept: zellen dicht.

sofort als wir hier ankamen, 4.11., haben wir die betten quer unters fenster, wie überall. hof zu fünft. die ersten 4 tage kein umschluß ohne begründung + kein einkauf.

Nach 5 tagen kamen sie zum ersten mal an, wir sollen die betten an die seite stellen. am 6.tag kamen wir ausm hof zurück: hatten sie selbst umgestellt und alles durcheinandergeschmissen. sind wir vor den türen stehen geblieben, haben gesagt, das läuft nicht. leiter zu sprechen verlangt. stattdessen kam n rollkommando und hat uns reingetreten. drin haben wir wieder umgestellt. ab dem selben tag kein umschluß mehr, kein tv für an/brig und hof getrennt 2/3. wir haben dann tagelang versucht, zu fünft raus, indem wir entweder draußengeblieben sind länger oder garnicht raus sind und haben versucht, rauszukriegen, auf welcher ebene das überhaupt abläuft und wie. das lief eine woche so.

am 18. kam greif und ließ sich an. vorführen, brüllte sie an: radioentzug und ließ sie mit gewalt wegzerren sofort. nachmittags ging die pol.inspektorin bei uns drein rum und wollte ne stellungnahme, sie würde jetzt hausstrafverbot beantragen. tag später kamen wir ausm hof zurück: da hatten sie die betten an wand und boden an der seite festgeschraubt.

ungefähr zu der zeit und zwei wochen lang standen abends sobald es dunkel wurde, 2 bullen mit mps, funk und lanken stöcken vorm fenster rum ununterbrochen, können direkt reingucken, weil die fenster so niedrig sind — das hat jetzt aufgehört.
Dann dienstag, 23. wurden an/asd. die radios weggenommen / kein tv mehr für ann. für 2 monate. ,hausstrafe'. schriftlich haben sie nichts gekriegt. es gibt hier keinen anschluß für knastradio. bzw. die lautsprecher haben sie ausgebaut, bevor wir gekommen sind. samstag abend, 27. haben sie uns drein mitgeteilt, daß wir ab sofort wieder jeweils zu zweit nachm. hof bis 17 h umschluß machen könnten. das waren also zwei wochen umschlußsperre ohne jede begründung, kein beschluß etc. wir haben seitdem keinen gemacht, von uns aus, weil was zu bsprechen ist im hof möglich ist und sonst am fenster.

jetzt montag, 6. kamen zettel von ziegler + hadenfeldt, wir hätten 3 tage frist für ne stellungnahme wegen nem hausstrafverfahren: widerstand und weigerung, wand übersichtlich zu machen. dann gibt es noch so kleine sachen, die sie sich von zeit zu zeit neu einfallen lassen, z.b. daß sie seit ner woche keine zeitungen mehr hin und hertragen bzw. ganz verhindern wollen, daß wir sie tauschen usw. post verspätet austeilen usw., die ebene."
Am 7.12.

Am 23.12.sind die fünf Gefangenen im Trakt Lübeck in einen unbefristeten Hungerstreik gegen die Vernichtungshaft in Lübeck getreten. Die Gefangenen in Hamburg und Hannover: Inga Hochstein, Margrit Schiller, Werner Hoppe, Helmut Pohl, Bernd Geburtig, Reiner Hochstein, Helmut Lülff, Ekkehard Blenck, und Ronald Augustin — haben die Forderungen unterstützt, indem sie auch in den Hungerstreik getreten sind.

Das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Europa — Sektion BRD — teilt am 6.1.77 mit:
Der Hungerstreik der 16 politischen Gefangenen gegen die forcierte Isolationshaft im Sondertrakt des Lübecker Gefängnisses ist am

5.1.77 beendet worden, nachdem die 5 Gefangenen aus Lübeck nach Hamburg und Stuttgart-Stammheim verlegt wurden.
Die Gefangenen haben dazu folgende Erklärung abgegeben:

„Durch die Verlegung von Irmgard Möller zu den Gefangenen aus der RAF nach Stuttgart-Stammheim und die Verlegung von Chrita Eckes, Annerose Reiche, Ilse Stachowiak und Brigitte Asdonk nach Hamburg haben sich die Haftbedingungen geändert.

Sie sind für die Gefangenen Frauen aus der RAF in Hamburg jetzt wie vorher: Isolation zu zweit. Sollten die Frauen in den Trakt nach Lübeck zurückverlegt werden, treten wir wieder in den Hungerstreik.

Wir sind Kriegsgefangene. Der Staatsschutz setzt den Krieg gegen uns auch als Gefangene fort. Das Vernichtungsprojekt der Isolationshaft bleibt. Es kann nur durch die Konzentration aller Gefangener aus der RAF in einem Gefängnis aufgehalten werden."

WAIDMANNS HEIL
ANMERKUNGEN ZU EINER MENSCHENJAGD

FRANKFURT, 2. JANUAR

„am 28.12.76 war es mal wieder so weit: die „sicherheits"-behörden bliesen zur menschenjagd. am abend dieses tages wurden 175 bullen in den einsatz geschickt, am folgenden waren es bereits mehr als doppelt so viele (352); nun auch verstärkt durch mitstreiter, die sich, wohl vom jagdfieber gepackt, freiwillig gemeldet hatten. (lt. hr vom 30.12.76) wann kommt es auch schon vor, daß menschen so offensichtlich zum abschuß freigegeben werden? was mußte passieren, damit im schwalm-eder-kreis mit maschinenpistolen und hundestaffeln der bürgerkrieg geprobt wurde? ?

drei menschen, lebendig im straflager schwalmstadt begraben, hatten einen ebenso verzweifelten wie hoffnungslosen versuch unternommen, ihrer langsamen, quälenden vernichtung zu entkommen. die presse wußte es allerdings besser: „lebenslängliche schwerverbrecher", so die „welt" in einer entlarvenden stilblüte, „wegen ihrer brutalität gefürchtete killer", hatten es mit einem knastausbruch gewagt, die allmacht des staates herauszufordern, statt das zu tun, was die bürokratie von ihnen erwartet: noch ein paar jahre dahinzuvegetieren, dabei noch einmal ihre arbeitskraft in stupider sklavenarbeit ausbeuten zu lassen und dann, ohne belästigung der öffentlichkeit, zu verrecken. wer steckt hinter diesem horrorbild, das der staatsschutz gezeichnet, rundfunk und presse verbreitet haben?

bernhard plettig, der inzwischen mit einer kugel im kopf verstarb, wurde vor rund 15 jahren zu „lebenslänglich" verurteilt. lebenslänglich hat der (seit 16 jahren inhaftierte) günter hanisch mal so beschrieben: „man ist tot ohne die lebensfähigkeit verloren zu haben". „lebenslänglich" ist aber dann nicht lebenslänglich, wenn man „nur" sitzt, weil man ein paar tausend juden elend zu tode gequält hat – wir alle erleben ja gerade das beschämende schauspiel von hamburg – lebenslänglich erhält erst da seine „rechte" qualität, wo jemand seine morde nicht als systemerhaltend darstellen kann, da, wo es wegen einer „kriminellen" aktion ausgesprochen wird: es liegen statistiken über die naziverbrecher vor, die klarmachen, daß die massenmörder in den seltensten fällen verurteilt wurden, in noch selteneren fällen haben sie strafen bis zu 10 jahren abgesessen, aber es ist fast kein fall im zuständigkeitsbereich der brd-justiz bekannt, in dem nicht vor verbüßung von 15 jahren begnadigt worden wäre. trüge bernhard plettig die verantwortung für den tod von 50.000 kz-insassen, kein zweifel, er wäre längst begnadigt, er hätte auch einen gemütlichen knast geschoben.

so aber kam es anders, bernhard war einer der verhaßtesten gefangenen in hessen, er konnte sich den aufrechten gang nicht völlig abgewöhnen, war sich seiner leidensfähigkeit bewußt, wehrte sich, versuchte mensch zu werden. deshalb führte er ein käfig-dasein, das würde man ein tier dazu verurteilen, zu geharnischten protesten der tierschützer führen würde. aber bernhard war kein tier sondern „nur" ein mensch, der hinter den hohen knastmauern in vergessenheit geraten war. jahrelang saß er in der jva butzbach in den inzwischen berühmt-berüchtigten tigerkäfigen. diese tigerkäfige haben die funktion, menschen systematisch zu brechen – die menschen, die am vollzug nicht ohnehin zerbrechen. bernhard ist nicht auf die gängige art kaputtgegangen, er hat einen haß entwickelt, der ihm scheinbar zum überleben verhalf; haß gegen seine langsame ermordung.

wulf richter, wir kennen ihn seit über 13 jahren, – ein fast blinder bruder, dem auch seine starke brille kaum noch half, dessen augen in absehbarer zeit ganz blind werden, er hat die schule der unmenschlichkeit von anfang an mitgemacht, erziehungsheim, jugendgefängnis, zuchthaus. allein, verlassen, symbolisiert er die verzweiflung, die das prinzip dieses systems ist. seine ermordung auf raten wurde mit seiner geburt vorprogrammiert. er war nie besonders brutal, nur vielleicht besonders hilflos wegen seiner starken sehschwäche. mitte der sechziger jahre machte er einen einbruch, gerade aus dem knast entlassen. völlig mittellos und allein versuchte er sich das zu besorgen, was er brauchte. folgt damit dem gesetz dieses systems; „vogel friß oder stirb!" er wird bei dem einbruch überrascht, aus angst vor der mörderischen konsequenz knast verliert er den überblick wehrt sich, ein jahr später stirbt ein mensch an den folgen des schlages, mit dem wulf sein bißchen freiheit verzweifelt zu retten versuchte. er wird zu lebenslänglich verurteilt. das ist rund 10 jahre her. er bricht 1969/70 aus der u-haft aus, durch alle medien wird er als wildes reißendes tier gehetzt, in einer seine hilflosigkeit dokumentierenden weise festgenommen (bei einem pfarrer, als er um essen bat) und jetzt rächt sich der knast an ihm mal wieder, diesmal dafür, daß er mit einer selbstgefertigten pistolenatrappe (aus marmeladentuben) die flucht geschafft, die justiz geleimt hatte. auch er wird zum käfigwesen, entmenschlicht, reduziert unter tierisches niveau!

nicht viel anders sieht die sache unseres bruders frank krause aus, nur ein kleiner unterschied: statt lebenslänglich, 15 jahre mit anschließender sicherungsverwahrung, was nichts anderes ist als lebenslänglich!

drei brüder schreien auf gegen diese grenzenlose unmenschlichkeit, genau das ist dieser hilflose, unorganisierte, unrealistische fluchtversuch: ein aufschrei gegen dieses langsame ermorden von gefangenen, gegen welche das würgeeisen fast noch eine gnade ist, dieser aufschrei konnte dem staatsschutz gar nicht gelegener kommen. man hätte ihn innerhalb „hessens sicherster anstalt" spielend stoppen können, wir alle kennen diesen knast, kennen die möglichkeiten, wir wissen also, wovon wir reden, wenn wir behaupten, daß dieser aufschrei funktionalisiert wurde. noch während die jagd auf bernhard plettig und frank krause in vollem gange war (wulf richter hatte wegen seiner sehschwäche keine chance) wurde wachter, der kommandant des knastes in schwalmstadt, gefragt, wie es zu dem ausbruch kommen konnte; natürlich interessierten nur die letzten 20, 30 stunden, nicht die letzten 20, 30 jahre, in denen die gejagten der staatlichen gewalt, in kinder-jugend-„heimen", jugend- und erwachsenen-knästen ausgeliefert waren. man habe, so erklärte wachter, das leben des beamten schonen wollen, der die drei brüder zum ausgang begleiten mußte – deshalb habe man sie laufenlassen.

als aber in der münchner prinzregentenstraße zwei menschen im kugelhagel der polizeischarfschützen starben (1971) hieß es noch, man habe den tod einer unbeteiligten „in kauf nehmen müssen", um die öffentlichkeit keiner unwägbaren gefährdung auszusetzen.

ein junges mädchen wurde damals der angeblichen öffentlichen sicherheit geopfert, der für sein risiko bezahlte beamte in schwalmstadt durfte leben – und der öffentlichkeit konnte eingehämmert werden, wie gefährlich, brutal, entmenschlicht doch gefangene sind, wie sehr man gegen sie des polizeistaates bedarf.

in die ersten rundfunkmeldungen war noch die information gerutscht, daß unser bruder wulf einen passanten, den er um seinen mantel und sein bargeld anging, auf vorhalt ihm wieder zwei mark zurückgab, so daß dieser noch nach hause fahren konnte. wenig später war diese meldung verschwunden, sie paßte nicht in das bild des blutrünstigen jack the ripper!

ein schiefes bild dürfte auch von eben jenem kommandanten wachter entstanden sein, der sich in den radiointerviews zwar auch kräftig des vokabulars der unmenschen bediente, dennoch aber die rolle des besonnenen, zurückhaltenden dienstvorgesetzten zu spielen versuchte. wir haben ihn anders in erinnerung: 1973 leitete er die neueröffnete u-haft ffm. damals riet er unsrem bruder siegfried feneberger, den er entgegen ärztlicher anordnung nicht auf eine gemeinschaftszelle legen lassen wollte, er möge sich doch ruhig aufhängen, irgendjemand müsse ja im neubau den anfang damit machen. wenige wochen später stürzte sich siegfried fenneberger in den tod. für wachters unvergleichlich zynische äußerung gab es zeugen, er mußte abgesetzt werden, um dann kurze zeit später in aller stille zum kommandanten in schwalmstadt ernannt zu werden.

dieser zynismus ist ausdruck des menschenverachtenden knastsystems, das sich auf tigerkäfige und beruhigungszellen, brutale mißhandlungen - die nur in ganz seltenen fällen aufgedeckt werden - und jahrelange einzelhaft für besonders unbeugsame stützt, das den lebenslänglichen zudem das allerletzte merkmal menschlicher existenz raubt, das vielen anderen gefangenen das überleben ermöglicht: die hoffnung. dieses system, nicht die angeborene brutalität kanibalistischer schwerverbrecher, sowie der ausruf des staatsnotstandes wegen dreier verzweifelter menschen tragen die verantwortung für den tod einer 55jährigen frau, für den tod unseres bruders plettig.

der staatsschutz bläst zum halali, zwei menschen blieben auf der strecke.

bei alledem strotzen die berichte über die umstände,unter denen diese zwei menschen starben, von widersprüchen. der schwiegersohn der getöteten gab in einem radiointerview an, keinen schuß gehört zu haben, obwohl er sich im gleichen haus befand— wohl aber die bullen im ort, obwohl vom geschehen sehr viel weiter entfernt. wie, fragen wir weiter, kam es zu dem todesschuß des bernhard plettig? die aussagen von ministerium, bullensprecher und die meldungen der massenmedien sind nicht unter einen hut zu bringen.

eine verfälschung der tatsachen wäre nur der i-punkt einer staatsschutzaktion, die mit der freigabe von menschen zum abschuß, mit der heranziehung von freiwilligen zur menschenjagd—gilmore auf hessisch — zu einem manöver der psychologischen kriegsführung geraten ist, begleitet von den schlachtrufen der presse nach mehr technik, mehr sicherheit in den internierungslagern.

auch heute noch (oder schon wieder?) braucht man die schreibtischtäter in den redaktionszimmern nicht lange zu suchen, die uns gefangenen die qualität des menschseins völlig absprechen, deren neandertalermentalität zufolge sie auch heute wieder bedenkenlos die gashähne aufdrehen lassen würden, um der erhaltung einer gesellschaftlichen ordnung willen, die doch selbst wurzel und ursprung von gewalt und brutalität ist

wir brauchen keine technisch perfekten todesmaschinen, gefängnisse genannt, die uns psychisch und physisch zu tode foltern.

wir beschuldigen den mörderischen lebensvernichtenden strafvollzug der ermordung bernhard plettigs und auch luise weinbergs.

wir klagen die staatsschutzbehörden an, eine widerwärtige, rücksichtslose menschenjagd entfesselt zu haben, die nochmals offen gelegt hat, wie es um die menschenrechte in diesem staat bestellt ist."

die insassen der u-haftanstalt frankfurt-preungesheim am 2.1.1977

PREUNGESHEIMER PRÜGELALLTAG

FRANKFURT
13. Dezember

„Am 12. 12. 1976 ist hier in Preungesheim auf Station X folgendes passiert:

Morgens kam die Lautsprecherdurchsage, daß die Freizeiten an diesem Tag ausfallen und der Hofgang auf eine halbe Stunde gekürzt würde, „aus betriebsinternen Gründen". Die Gefangenen waren da anderer Meinung und bestanden auf der ihnen zustehenden vollen Stunde. An etwa drei von vier Tagen findet das, was eigentlich „Spaziergang im Freien" heißt, in überdachten, engen „Freistundenhofen" statt, so daß die Ansprüche der Gefangenen auf ein Minimum an Bewegung im Preungesheimer Beton-Isolatorium ohnehin schon mißachtet werden. Ein Teil der Leute blieb deshalb nach Ablauf der halben Stunde draußen und weigerte sich, in die Zellen zu gehen. Die beiden zunächst allein anwesenden Justizbullen versuchten, einzelne von uns (die mutmaßlichen und in der Phantasie der Bullen wohl unvermeidlichen „Rädelsführer") fortzuschleppen, was ihnen aber mißlang. Etwa eine Viertelstunde nach Ablauf der offiziellen Freistunde tauchte dann KZ-Direktor Klüsener auf, natürlich begleitet von seiner ca. 30 Mann starken Prügeltruppe, ohne die er sich wahrscheinlich nirgendwo mehr hintraut. Der versuchte uns dann erst zu überreden, faselte was von Personalversammlung und dem Minister, der ja auch komme, da hätte man heute keine Zeit für solche Sachen wie Hofgang, Freizeit pp. was wir als Grund für die Beschränkungen aber nicht akzeptieren wollten. Daraufhin gab K. den Befehl zum Losschlagen: obwohl wir keinen aktiven Widerstand leisteten und uns fortschleifen ließen, begann das Rollkommando ebenso brutal wie systematisch mit seinem Job. Ich selbst wurde zunächst von drei bis vier Bullen einige Stufen einer Holztreppe runtergeworfen, anschließend verprügelt und an den Haaren fortgeschleift. Dabei rissen mir die Faschisten auf einer Fläche von einigen Quadratzentimetern unterhalb der Schläfe die Haare völlig aus. Meine linke Hand ist stark geschwollen, an diversen Stellen des Körpers habe ich Prellungen. Zwar konnte ich nach Beginn der Prügelorgie nicht mehr mitkriegen, was genau mit den anderen passiert ist, anscheinend wurde aber jeder der Gefangenen, die auf dem Hof geblieben waren, systematisch zusammengeschlagen. Auch wurden nach der ganzen Geschichte drei Leute isoliert, Wolfgang Wraase vom Gefangenenrat, ein Jugoslawe, dessen Name ich nicht genau kenne und ich selbst (ich war vor kurzem für neun Monate in Totaliso in Köln).

Als ich später in der Zelle zurück war, drohte mir der anwesende Bulle nochmals Prügel an, beschimpfte mich und verweigerte mir seinen Namen. Heute morgen hab ich mich dann zum Arzt gemeldet, um meine Verletzungen behandeln und attestieren zu lassen. Eine halbe Stunde später wird über Lautsprecher durchgesagt, daß der Knastarzt einen Unfall gehabt habe und ärztliche Behandlung deshalb nicht stattfinden könne.

Zweierlei muß ich zu dem Bericht noch sagen:

1.
Der Kampf der Gefangenen gegen die Beschränkung von Freistunden, Freizeit u.ä. hat absolut nichts zu tun mit irgendwelchen Reform- und Reso-Kisten, mit denen die Bau- und Schlaumänner ihre Show abziehen. Die Verhältnisse im Preungesheimer Beton- und Sichtblendenbunker dürften sich ja inzwischen (hoffentlich) rumgesprochen haben, auch die hohe Zahl von „Selbst"- und anderen Morden, sowie „Selbst"—Mordversuchen. Unter diesen Umständen ist der Kampf gegen solche Beschränkungen ein Abwehrkampf gegen die Reformfaschistische Errungenschaft des Prinzips Isolation, dem nicht noch mehr Schwestern und Brüder zum Opfer fallen sollen.

2.
Die SYstematik der Mißhandlungen und die Anwesenheit Klüseners läßt keinen Zweifel daran, daß ein solches Vorgehen hier zur Routine gehört, von höchsten Vorgesetzten gebilligt und offensichtlich gefördert wird; jedenfalls war nicht erkennbar, daß sich auch nur einer der Bullen durch Klüsener gestört gefühlt hätte. Wenn sich solche Sachen mal nicht mehr verschleiern lassen und Schließer, wie in Mannheim, ausnahmsweise mal verurteilt werden, pflegen die Bonzen immer ganz erschüttert

auf Distanz zu gehen — von Bender bis Schlaumann. Aber auch der Mann im Jerusalemer Glaskasten (frei nach PPZahl) hat ja bekanntlich nie von was gewußt.

Ich habe mittlerweile von der Knastleitung gefordert, die Isolation für uns drei sofort wieder aufzuheben und ärztliche Behandlung zu ermöglichen. Zur Durchsetzung dieser Forderungen bin ich heute morgen in den Hungerstreik getreten."

Klaus Dorff, 6 Frankfurt, JVA Preungesheim

FASCHISTISCHE SYMBOLE AUF KNASTGESCHIRR

MÜNCHEN
13. Dezember

Über die JVA Bernau (Chiemsee) berichtet Rechtsanwalt Jerzy Montag:

„In dieser Anstalt werden an die Strafgefangenen Gegenstände des täglichen Gebrauchs wie Bestecke, Teller, Schüsseln und Tassen ausgegeben, welche teils mit Reichsadler und Hakenkreuz, teils nur mit Hakenkreuz versehen sind und welche alle Strafgefangenen zwangsweise benützen müssen. Krasser als durch dieses Beispiel kann der Widerspruch zwischen dem am 1.1.1977 in in Kraft tretenden neuen Strafvollzugsgesetz, dessen Ziel die Wiedereingliederung des Gefangenen in die Gesellschaft ist, und dem in den Justizvollzugsanstalten Bayerns herrschenden Geist nicht dokumentiert werden. Die Krone dieses Skandals bildet jedoch die Meinung der zuständigen Staatsanwaltschaft beim Landgericht Traunstein zu diesen Vorgängen.

Die Staatsanwaltschaft sieht in dem Verhalten der Justizvollzugsbediensteten deshalb keine strafbaren Handlungen, weil diese die angesprochenen Gebrauchsgegenstände nicht vorsätzlich an die Strafgefangenen ausgegeben hätten und sich diese Ausgabe darüberhinaus nicht öffentlich abgespielt hätte. Diese Begründung bedeutet nichts anderes, als daß es Staatsorganen in unserem Staate da, wo die Öffentlichkeit keinen ungehinderten Zugang hat, erlaubt ist, faschistische Symbole zwangsweise an Staatsbürger zu verteilen und sie zu deren Benutzung zu zwingen. Der ganze Beschluß enthält die Tendenz, sich hinter die Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Bernau zu stellen und deren Verhalten zu dekken. Hierin ist ein Skandal ersten Ranges zu sehen.

Ich habe mir deshalb erlaubt, den Vorgang in aller Ausführlichkeit dem Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München zur Kenntnis zu bringen und ihm mitzuteilen, daß die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik über diesen Vorfall unterrichtet werden muß."

REPRESSALIEN GEGEN DIE GEFANGENENZEITUNG „DURCHBLICK"

WESTBERLIN
5. Januar

In der JVA Tegel wird von Gefangenen eine neue Zeitung herausgegeben. Der „Durchblick" wird aber in seiner Herstellung und Verbreitung ständig behindert. Hier zu schickte uns die Redaktion folgende Information:

„Heute morgen , einen Tag vor Heiligabend, wurde unser Kollege Hans Sontag nach Moabit verschleppt. Als Begründung dieser Willkürmaßnahme wurden seine Aktivitäten im Zusammenhang mit der unabhängigen Gefangenenzeitung Durchblick angegeben.

Dies ist das fünfte Mal, daß Hans Sontag ohne genauere Begründung in die Iso-Hölle Moabit (13 „Selbst"morde im laufenden Jahr) deportiert wird. Nebenbei wurden ihm zum Weihnachtsfest noch zwei Monate Einkaufssperre und vier Monate Veranstaltungssperre als Weihnachtspräsent vom ..liberalen" Justizsenator mit auf den Weg gegeben.

Das oben geschilderte ist das letzte Glied in einer Kette, was ergriffen wurde, um die weitere Wahrnehmung der im Grundgesetz verankerten Meinungs- und Pressefreiheit zu verhindern. Auslöser dieser Kettenreaktion war der Entschluß einiger Gefangener, in der JVA Tegel eine wirklich unabhängige und unzensierte Gefangenenzeitung, was laut Grundgesetzt Artikel 5 für jeden Menschen verbrieftes Recht sein soll, ins Leben zu rufen.

Am 2. 12. 1976 stürmten mehrere Vollzugsbedienstete die Zelle von Hans Sontag und K.-H. Neundorf und beschlagnahmten ca. 100 Exemplare des‚Durchblick', die von ihnen und Ismail Yousef und Uwe Drowski zusammengelgt werden sollte. Schon da zeigten die Hüter der Gesetze, was sie von den im Grundgesetz verbrieften Rechten halten! Diese widerrechtliche Aktion sollte, ebenso wie die Verschleppung von Hans Sontag, eine offene Provokation für alle Humanisten, Antifaschisten und alle Menschen, die für Demokratie eintreten, sein. Diese eines Unrechtsstaates würdige Machtdemonstration ist ein totaler Widerspruch zu Baumanns liberalem Geschwätz. Wir werden weder freiwillig auf unser Recht der Meinungs- und Pressefreiheit verzichten, noch die Verschleppung von Hans Sontag schweigend hinnehmen. Wir appellieren an alle Humanisten, Demokraten und Antifaschisten innerhalb und außerhalb der Knäste:

Unterstützt die Gefangenen in ihrem Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit! Unterstützt die unabhängige Gefangenenzeitung „Durchblick"! Setzt euch für die Rückverlegung von Hans Sontag ein!"

Kontaktadresse:
„Durchblick", Seidelstraße 39, 1000 Berlin 27

ä

BERICHT ÜBER RONALD FRITZSCH UND GERALD KLÖPPER

WESTBERLIN
15. Dezember

Von der Roten Hilfe Westberlin bekamen wir den folgenden Hinweis:

„Ab Dienstag, dem 14.12.76 erscheint in allen linken Buchläden eine Broschüre über Ronald Fritzsch und Gerald Klöpper zum Solidaritätspreis von 2,50 DM.

Aus der Einleitung:

Gerald Klöpper und Ronald Fritzsch befinden sich seit April 1975 in Untersuchungshaft. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, an der Lorenz-Entführung beteiligt gewesen zu sein. Wir haben in dieser Broschüre Material zusammengestellt, um am praktischen Beispielen darzustellen, auf welche Weise die Justiz ihre eigenen Gesetze umgeht, wenn diese zur Erfüllung ihrer Zwecke nicht ausreichend sind. Weiterhin schildern wir die in der UHAA Moabit üblichen Haftbedingungen und gehen nochmal besonders auf die Entwicklung der Haftbedingungen von Gerald und Ronald ein. Die Broschüre wurde von Freunden der Betroffenen und der Roten Hilfe Westberlin zusammengestellt.

Bestellungen bitte an **Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210 512 1000 Berlin 21.** Zahlungen und Spenden bitte an das neue RH-Konto: **Sonderkonto Dorothea Krauß, Postscheckamt Berlin-West, Nr. 37 23 87 - 105.**

Wir sind dringend auf Geld angewiesen, damit wir weiterhin die monatlichen Ausgaben für den Knast (Zeitungsabos, Geld für den Einkauf) in Höhe von rund 1.300 DM (manchmal noch mehr) machen können. Die Broschüre hat DIN-A-4-Format und 56 Seiten."

AUSSENGENEHMIGUNG FÜR GEFANGENE — AM BEISPIEL DER JVA DIEZ

DIEZ
19. Dezember

"Zu einem festgelegten Zeitpunkt (etwa 18 Monate vor Zweidrittel der Strafzeit) können Gefangene, die arbeitswillig waren und noch sind, die A-Genehmigung beantragen, bei der Anstaltsleitung und zugesprochen bekommen — ebenfalls von der Anstaltsleitung.

Die Gefangenen mit A-Genehmigung (Kommando, genannt— Gruppe con Gefangenen mit oder ohne Bewachung) werden in

Ortsnähe an Wirtschaft- und Produktionsbetrieben (Blechwaren, Limburg; Passavant; Fachinger etc.) vermietet; Vermieter ist die Justizverwaltung. (Die Freigänger bekommen Tariflohn abzüglich der Kosten für „Kost und Logis". Red.)

Die A-Genehmigung ist auch Voraussetzung dafür, daß Gefangenen der (sogenannte) Urlaub aus der Haft gewährt wird. Gefangene mit der A-Genehmigung sollen sich bewähren; zeigen, daß sie gefestigt sind, den Anforderungen des „freien Lebens" zugenügen.

Eine Zweidrittel-Entlassung zur Bewährung hängt auch im wesentlichen davon ab, ob dem jeweiligen Gefangenen die A-Genehmigung gewährt wurde und wie er sich auf Außenkommando verhalten und bewährt hat.

Der wachhabende Justizbeamte eines solchen Kommandos beurteilt den einzelnen Gefangenen, wenn er dazu seitens der Anstaltsleitung etc. aufgefordert wird. Manchen Kommandos (Blechwaren Limburg z.B.) steht ein wachhabender Justizbeamter nicht vor, sondern derartige Kommandos (oder auch Einzelpersonen) sind direkt den Betriebsleitern, -meistern etc. unterstellt. Nach welchen Kriterien und von wem solche Kommandogefangene beurteilt etc. werden, steht nicht eindeutig fest, zur Zeit.

Einem Teil der Gefangenen wird nicht direkt die volle A-Genehmigung gewährt – die sogenannten Problemfälle (die dazu gemacht wurden!) – sondern nur die sogenannten Samstags-AG. Aus diesem Reservoir beziehen die Anstaltsbediensteten vornehmlich Arbeitskräfte für Gartenarbeiten, Bauarbeiten etc.. Erst nachdem sich hier die Problemgefangenen bewährt haben, kann ihnen die volle A-Genehmigung auf Antrag gewährt werden. Nachfolgende Anstaltsbedienstete bezogen aus diesem Reservoir Arbeitskräfte für zum Beispiel Bauarbeiten:

1. der Arbeitsinspektor der JVA Diez, Becker, wohnhaft: Burg Schwalbach, Gefangenenleistung: Doppelgarage mit Ausbaumöglichkeit für eine kleinere Wohnung.
2. der Betriebsinspektor (Druckerei) der JVA Diez, Meckel, wohnhaft; Aul/Diez, Gefangenenleistung: Wohnhaus(-häuser) angeblich/Rohbau.
3. der Inspektor für Beschwerden, Trossen, wohnhaft: z.Zt. Limburger Str. (Beamtenwohnsiedlung), Gefangenenleistung: Renovierung eines Wohngartenhauses.

Anmerkung eines Beamten:
„... selbstverständlich geschieht alles im Rahmen der gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Festlegung/Rahmen Gefangenenarbeit". (Brief eines Gefangenen in Diez)

SOLIDARITÄT MIT DEM GEFANGENENRAT

NEU-ISENBURG 1. Januar „Die Kriminalisierung unserer ehemaligen Mitschülerin Ursula Halbekann läßt die Vermutung zu, daß es den Justizbehörden darum geht, die Arbeit des Gefangenenrates zu zerstören. Eine Arbeit, die bei den herrschenden Zuständen in unseren Gefängnissen unerläßlich ist.

Der Tatvorwurf im Sinne einer „Beihilfe zum Totschlag" erschien von vornherein absurd; der Vorfall, auf den sich dieser Vorwurf bezieht, war der verzweifelte Versuch eines Gefangenen, Öffentlichkeit über seine Geschichte, über seine behauptete unrechtmäßige Inhaftierung zu erzwingen – nach 16 Jahren Eingesperrtsein.

Aussagen von Augenzeugen (lt. Hessischem Rundfunk vom 2. Juni 76) haben ergeben, daß der Tod des Anstaltsleiters von Butzbach offensichtlich weder geplant noch vorauszusehen war.

Das einzige Belastungsmaterial: die Aussage des „Zeugen" Gerlach – dieser erklärte selbst am 29. Mai 76 in der Frankfurter Rundschau: „. er sei auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem er belastende Aussagen machte, die ihm zum Teil vorgelegt worden seien oder die er sich ausgedacht habe."

Inzwischen mußte die Absurdität dieses Tatvorwurfs selbst vom Staatsanwalt eingestanden werden. Ulla bleibt trotzdem weiterhin inhaftiert.

Am Haftprüfungstermin wurde schließlich festgestellt, daß Gerlach gelogen hatte. Daraufhin mußte einer der Inhaftierten freigelassen werden.

Die Haftbedingungen, wogegen Ulla Halbekann vorher gekämpft hat, werden nun auch auf sie angewandt, um sie zu zerstören. Es war nicht das erste Mal, daß gegen den Gefangenenrat angeblich „belastendes Material" aufgefahren wurde, um die breite Öffentlichkeit mit Hilfe von Diffamierungskampagnen zu täuschen.

Nachdem wir nun auf der Vollversammlung am Abendgymnasium Neu-Isenburg breitgefächerte Informationen erhalten haben, können wir uns eindeutig für eine sofortige Freilassung der Ursula Halbekann und des Wolfgang W raase und gegen eine weitere Sabotage und Kriminalisierung der Arbeit des Gefangenenrates von seiten der Justiz und der Presse aussprechen!"

Diese Presseerklärung wurde von der Vollversammlung am Abendgymnasium Neu-Isenburg einstimmig angenommen. Im Anschluß an diese Vollversammlung hat sich eine Initiativgruppe gebildet, bestehend aus 16 Interessenten, die sich weiterhin mit dieser Sache beschäftigen wird.

KNASTREPRESSALIEN GEGEN PETER SCHULT

MÜNCHEN 3. Januar Im ID 148 haben wir über Peter Schult, seine Verurteilung und deren Hintergründe berichtet und im ID 150 auch seine Erklärung zu den Vorfällen veröffentlicht. Die Repressalien gegen ihn, was beispielsweise den Zeitschriftenbezug angeht, machen wiederum klar, daß die Justiz in ihm den politischen Gefangenen sieht, und nicht den „Sittlichkeitsverbrecher". Wir zitieren im folgenden aus einem Brief von Peter an eine Genossin:

„Uff, dieser Weihnachtsrummel, und das noch im Knast, da erinnert mich der brennende Weihnachtsbaum auf dem Hof zu sehr an die Inschriften „Arbeit macht frei" in Auschwitz und Buchenwald. Diese zur Schau gestellte christliche Nächstenliebe dieses Frieden auf Erden hinter Gittern erscheint mir doch reichlich pervers. Da war das Buhen und das Pfeifen bei der „Weihnachtsansprache" des Anstaltsleiters direkt erfrischend und wohltuend, weil ehrlich. Beim anschließenden Gang des Anstaltsleiters durch alle Abteilungen, um jedem „persönlich die Hand zu geben" haben doch auf unserer Abteilung von 50 Gefangenen 7 demonstrativ den Handschlag verweigert. Dufte.

...

Erst mal kurz was zum ID. Ich weiß, daß er mir jede Woche als Postvertriebsstück zugestellt wird. Gesehen hab ich ihn in den letzten drei Monaten einmal, und zwar die Nr. 146, die 149 wurde beschlagnahmt, und zwar; „Die Zeitschrift ‚Informationsdienst Nr. 149' enthält auf Seite 12 einen Beitrag ‚Isolationshaft in Bruchsal und anderswo', welcher den Justiz- und Strafvollzugsbehörden ‚nacktes Vernichtungsinteresse' unterstellt und fordert, ‚Menschen, die diese Art hygienischer Vernichtung planen und bauen lassen, müßten vor ein Tribunal'." So lautete die Begründung. Von allen anderen Nummern habe ich bis zum heutigen Tage nichts gehört und gesehen, die sind anscheinend „zufällig verlorengegangen", trotz mehrmaliger Anfragen bekam ich keine Auskunft über den Verbleib. Die Anstalt ließ mir mitteilen: „alle eingehenden Postsendungen werden Ihrem zuständigen Richter zugeleitet" und vom Richter habe ich außer der obigen Beschlagnahme nichts gehört, obwohl ich auch dort mehrmals anfragen ließ, ebenso mein Anwalt. Aber der ID ist da in guter Gesellschaft. Dem BUG-Info ergeht es ähnlich. Auch der wird mir jede Woche zugestellt, bekommen habe ich drei Ausgaben.

Einmal bekam ich eine Verfügung, da hieß es: „Die Zeitschrift Info vom 1.11.76 ist dem Angeklagten auszuhändigen" (es handelte sich um das BUG-Info Nr. 130), aber auch davon sah und hörte ich nichts. die verschwand spurlos. Das „Blatt", das ich eigentlich immer regelmäßig bekam, ist jetzt mit einer Nummer im Rückstand (Nr. 83), inzwischen ist längst die Nr. 84 erschienen, das 81. „Blatt" wurde angehalten wegen dem Knastartikel aus Italien, inzwischen bekam ich eine freiwillig zensierte Ausgabe von der Redaktion. Auch die Autonomie Nr. 4 wurde angehalten und noch so ein paar Kleinigkeiten am Rande. Soweit meine Informations-Situation, die mich natürlich ungeheuer beeinträchtigt bei meinen Arbeiten. Praktisch heißt das ein Berufsverbot beim „Blatt", denn ich bin nicht mehr auf dem laufenden. (Zum Vergleich: in der ersten Instanz, also beim Amtsrichter, bekam ich das „Blatt" regelmäßig vier bis fünf Tage nach dem Erscheinen, der hat keine einzige Zeitschrift angehalten, und deshalb blieb Stadelheim trotzdem stehen, jetzt ist dauernd die „Sicherheit und Ordnung" bedroht ...!). Aber mit Logik darf man da nicht rangehen. Das einzige, was einigermaßen klappt, ist der Büchernachschub, hier hat nur die Anstalt dazwischenfunken wollen, indem sie alle Pakete einfach zurückschickte, jetzt laß' ich sie über den Richter laufen, da gehts halt so."

Am 11., 12. und 14. Januar ist die Berufungsverhandlung von Peter Schult. Die genauen Termine (Zeit und Saal etc.) sind für Genossen, die hingehen wollen, beispielsweise beim „Blatt" zu erfahren.

PROZESS GEGEN WULF TROTZ KRANKHEIT UND BEHINDERUNG DER VERTEIDIGUNG

HAMBURG
15. Dezember

Sofortige Haftentlassung von Borvin Wulf hatten die Hamburger Rechtsanwälte Uwe Maeffert und Eberhard Reinecke Mitte Dezember 1975 gefordert. Wulf befindet sich seit dem 22. Januar 1975 in U-Haft, die Anwälte hatten bereits vor einem halben Jahr Haftverschonung beantragt, worauf das Gericht in der Hauptverhandlung die Isolationshaft formell aufhob, weil der Gerichtsmediziner Dr. Naeve Kritik an der medizinischen Betreuung im Strafvollzug geübt hatte. Danach wurde die Isolierung jedoch wieder weitgehend hergestellt.

Der Orthopäde Prof. Bernbeck hat Ende August Wulfs Rückenbeschwerden bestätigt: „Diese zermürbenden Schmerzzustände beeinträchtigen auch schon erheblich das allgemeine Befinden — infolge zeitweiliger Schlaflosigkeit und zunehmender Körperschwäche."

Ein Therapieplan wurde nicht eingehalten, der Masseur z.B. sei „so belastet, daß er nicht nur für Herrn Wulf Zeit aufbringen kann", sagte am 19. November Dr. Sauer, der verantwortliche Arzt, gegen den die Rechtsanwälte inzwischen aufgrund dieser Äußerung Strafanzeige wegen Verdachts der Körperverletzung im Amt erstattet haben.

Zu Wulfs erheblichen Kreislaufbeschwerden, bereits am 3. Juni 76 angezeigt, wurde noch keine Untersuchung durch Internisten durchgeführt, er bekam lediglich Valium. Dr. Naeve: „Es handelt sich um neuro-vegetative Störungen, die durch äußere, in der langzeitigen Inhaftierung gelegene Ursachen ausgelöst oder wesentlich verstärkt wurden... Medikamentös läßt sich diese Gesundheitsstörung nicht beheben..."

Trotz ärztlich festgestellter Verschlechterung des Gesundheitszustandes lehnte das Gericht Haftverschonung ab: „Der Gesundheitszustand hat sich im ganzen seit Sommer verbessert." Das Gericht muß aber wissen, daß irreparable Schäden entweder bereits eingetreten sind oder kurzfristig drohen, wenn die Untersuchungshaft aufrechterhalten wird und angesichts dieser Situation versucht das Gericht, den Prozeß gegen die gesundheitlich gebotene Versorgung v on Borvin Wulf mit Macht durchzusetzen, um sich so schnell wie möglich aus der Verantwortung zu schleichen, meinen die Anwälte. Festigkeit aber bringt das Gericht nur gegen ärztliche Forderungen und die Verteidigung auf, die auf der Erfüllung dieser Forderungen besteht. Zu einem darauf gestützten Antrag äußerte der Vorsitzende Schenk im September 1976: „Sie haben mir bereits durch ihren Antrag ... die Sitzung kaputt gemacht."

Im Wulf-/Geburtig-Strafverfahren verweigert die Staatsanwaltschaft Gericht und Verteidigung weitere Akteneinsicht. Am 14.12. 76 stellte die StA Hamburg den Antrag, einen ehemaligen U-Gefangenen dazu zu vernehmen, daß Borvin Wulf in der U-Haft versucht habe, sich ein falsches Alibi zu beschaffen.

Am 17.12.76, dem 60. Verhandlungstag, forderte die Verteidigung Einsicht in die Unterlagen über die Vernehmung des von der StA benannten Zeugen. Staatsanwalt Reumann dazu: Einsicht werde nicht gegeben, da das Vernehmungsprotokoll „VS-Vertraulich" sei. Herr Wulf könne sich dazu aber mal äußern.

Das Gericht wies nach Beratung darauf hin, daß eine Vernehmung des Zeugen nur dann in Betracht komme, wenn das „VS-Vertraulich" aufgehoben werden würde. Die Verteidigung: Wenn sich diese Ansicht der Staatsanwaltschaft durchsetzen würde, werden wir hier bald ohne jede Akteneinsicht verteidigen müssen. Staatsanwalt Reumann spontan: Das wäre nicht das Schlechteste.

Dieses Verhalten der Anklagevertreter bedarf unseres Erachtens keiner Kommentierung. Hinzuweisen ist aber auf das gegenwärtige Bemühen der StA, aus der U-Haft, in der Borvin Wulf seit fast 2 Jahren festgehalten und weitgehend isoliert ist, Material zu suchen, das Wulf als unglaubwürdig erscheinen lassen soll.
So ist die polizeiliche Vernehmung eines anderen Gefangenen als Belastungszeugen gegen Borvin Wulf beabsichtigt, von dem es in einem polizeilichen Vermerk heißt:

„...ist mehrfach als Betrüger in Erscheinung getreten. Er gab jedoch auch Hinweise in Sachen Baader-Meinhof Mitgliedern, die zu umfangreichen Ermittlungen und Feststellungen führten. Hinweise waren ausgedacht und haltlos ...... ist dafür bekannt, daß er immer wieder Hinweise gibt, um ggf. Hafterleichterungen zu erhalten."

Solche Ermittlungen im gegenwärtigen Stand des Verfahrens und die Akteneinsichtsverweigerung können nur als Eingeständnis dafür gewertet werden, daß die Beweisaufnahme die Anklage nicht hat bestätigen hönnen.

Die Verteidigung wird in der Verhandlung vom 21.12.76 den Antrag stellen, den Haftbefehl aufzuheben und das bisherige Beweisergebnis ausführlich würdigen.

SIEGFRIED HAAG IN ISOLATIONSHAFT — AUSSCHLUSS ALLER VERTEIDIGER

STUTTGART
21. Dezember

„Gegen Siegfried Haag wird auf Antrag des Generalbundesanwalts die Isolationshaft in der Justizvollzugsanstalt Frankenthal vollstreckt.

Besondere Haftbedingungen stellen sicher, daß die Folter durch sensorische Deprivation ungestört durchgezogen werden kann. In dem Katalog der Haftbedingungen heißt es unter anderem:

3. Das Fenster des Haftraumes des Beschuldigten ist mit einer Schutzvorrichtung zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahmen zu versehen, wobei ausreichende Sicht, ausreichender Lichteinfall und ausreichende Belüftung nicht beeinträchtigt werden dürfen.
...
5. Die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Der Beschuldigte ist auch im übrigen von anderen Gefangenen getrennt zu halten, Dies gilt auch für Vorführungen innerhalb der Anstalt, z.B. Vorführung zur Verwaltung, zum Arzt, zum Baden u.ä..
...
7. Die Bewegung im Freien ist als Einzelfreistunde durchzuführen. deren Dauer der jeweiligen Freizeit der anderen Untersuchungsgefangenen entspricht. Die Freistunde ist sofort abzubrechen, wenn der Beschuldigte sie zu Störungen mißbraucht, insbesondere Anweisungen nicht befolgt. Anstaltsbedienstete beleidigt,

Körper- oder Sachschäden begeht oder Kontakt zu anderen Gefangenen aufnimmt.

...

11. Der Beschuldigte, sein Haftraum und die darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen. Kenntnisnahme vom Inhalt der Verteidigungsunterlagen ist nicht zulässig.

12. Der Beschuldigte ist wiederholt zu beobachten. Die Beobachtung ist in unregelmäßigen Abständen durchzuführen. Die Zellenbeleuchtung darf dabei nachts kurz eingeschaltet werden, wenn die überwachenden Vollzugsbediensteten sich nicht auf andere Weise von der Anwesenheit des Beschuldigten überzeugen können."

Die Isolation wird von den höchsten Organen der politischen Justiz in Kenntnis der Tatsache vollstreckt, daß die gesundheitszerstörenden Auswirkungen dieser Haftform in den Prozessen gegen die Gefangenen aus der RAF durch zahlreiche medizinische Gutachten unabhängiger Sachverständiger festgestellt wurden. Amnesty International zählt Isolationshaft zu den Formen der weißen oder „psychischen" Folter.

Isolation ist die Haftform zur Liquidierung antiimperialistischer und antifaschistischer Gefangener in der BRD, dem Statthalterstaat der USA in Westeuropa. Der Bundesgerichtshof hat diese Vernichtungshaft durch den Grundsatzbeschluß vom 22.10. 1975 für Rechterklärt. Danach darf „eine zahlenmäßig verschwindend geringe Gruppe der Bevölkerung" durch ein ausgeklügeltes Bündes isolierender Maßnahmen sonderbehandelt werden. Am Ende dieser Sonderbehandlung soll die Vernichtung der revolutionären Identität der Gefangenen stehen.

Die Isolation wird bei Siegfried Haag durch den Ausschluß sämtlicher Verteidiger auf die Spitze getrieben.

(a) Rechtsanwalt Claus Croissant wurde bereits im Termin zur Eröffnung des Haftbefehls als Verteidiger Siegfried Haags ausgeschlossen, weil er im Prozeß vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf den Gefangenen Karl-Heinz Dellwo aus dem Kommando Holger Meins verteidigt, und weil Siegfried Haag vorgeworfen wird , Beihilfe zur Aktion des Kommando Holger Meins in Stockholm geleistet zu haben. (Beschluß des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes com 1.12.1976)

(b) Rechtsanwältin Brigitte Tilgner wurde vom dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes am 8.12.1976 von der Verteidigung Siegfried Haags ausgeschlossen, weil sie Andreas Baader und damit einen der 26 politischen Gefangenen verteidigt, die durch die Aktion des Kommando Holger Meins der Vernichtungshaft in den Gefängnissen der BRD entrissen werden sollten.

(c) Der Generalbundesanwalt hat jetzt beantragt, auch den letzten Verteidiger von Siegfried Haag, Rechtsanwalt Jürgen Laubscher, von der Verteidigung auszuschließen, weil er früher einmal Jan-Carl Raspe verteidigt hatte, der ebenfalls auf der Liste der freizulassenden Gefangenen stand.

Diese Maßnahmen zeigen, daß sich das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung (eingeführt durch das Sondergesetz zum 1.1. 1975 – lex RAF) längst nicht mehr an der Identität der T t orientiert. Es gibt unter strafporzeßrechtlichen Gesichtspunkten keinen größeren Gegensatz zur Tat, die einem Gefangenen vorgeworfen wird, als eine Tat zu seiner Befreiung.

In Zukunft genügt bereits die abstrakte rechtliche Einordnung einer Tat in den Zusammenhang RAF oder anderer bewaffnet kämpfender revolutionärer Gruppen, um jeden Verteidiger ausschließen zu können, der irgendwann einmal in diesem Kontext verteidigt hat.

Der Bundesgerichtshof hat damit die letzten Möglichkeiten zu politischer Verteidigung liquidiert.

Es ist beabsichtigt, gegen den Beschluß des dritten Strafsenats der Bundesgerichtshofs Verfassungsbeschwerde zu erheben.

IVK – Sektion BRD – Klaus Croissant"

ZUM STRAFVERFAHREN GEGEN KURT GROENEWOLD

HAMBURG 15. Dezember

Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung dessen, was während einer Pressekonferenz im Dezember zum Verfahren gegen Groenewold gesagt worden ist.

„RA Zimmermann, einer der Verteidiger von RA Groenewold, erläuterte, daß entgegen der gezielten Pressekampagne des Bundesjustizministeriums RA Groenewold lediglich legale Tätigkeit vorgeworfen wird. Sie wird nur darüber als illegal erklärt, daß sie Teil der Gesamtstrategie der Mandanten sein soll. Es handelt sich um die Unterstützung ihres Hungerstreiks und um die Beschaffung von Informationen,angeblich mit dem Ziel, ihr politisches Selbstverständnis ungebrochen zu halten. RA Zimmermann erläuterte, daß Groenewold nichts anderes gemacht hat, als jeder Verteidiger in einem so großen Verfahren, in dem ein Organisationsdelikt Gegenstand der Anklage ist, machen muß.

RA Zimmermann wies auch auf die exemplarische Bedeutung des Verfahrens hin, weil inzwischen gegen mehr als 40 Rechtsanwälte in der BRD Verfahren eingeleitet wurden.

RA Groenewold teilte mit, daß er bei dem Oberlandesgericht Hamburg den Antrag gestellt habe, RA Telford Taylor aus New York als Mitverteidiger zuzulassen. Telford Taylor war früher Chefankläger in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher, insbesondere auch im Prozeß gegen die führenden Nazi-Juristen. Telford Taylor hat eine große Erfahrung im Bereich der politischen Verteidigung in den USA. Groenewold teilte ausserdem mit, daß er gegen Bundesjustizminister Vogel vor dem Verwaltungsgeicht Köln Anklage erhoben hat, mit demAntrag, Vogel zu verbieten, die Anklageschrift und andere Informationen an Journalisten oder andere Personen herauszugeben, die nicht dienstlich mit dem konkreten Strafverfahren befaßt sind. Ein vorangegangenes Fernschreiben hatte Vogel nicht beantwortet. Die Klage beruhte darauf, daß nach Informationen der Verteidigung das Bundesjustizministerium, insbesondere Staatssekretär Erkel, gezielt den Prozeß gegen Groenewold öffentlich vorbereitet.

Lord Gifford, Strafverteidiger in London und Mitglied der Haldane Society berichtete über die Beunruhigung der britischen Anwaltschaft über die Verfahren gegen Rechtsanwälte in der BRD und über die Gesetze zur Einschränkung der Verteidigungsrechte. Er teilte mit, daß die britischen Rechtsanwälte zum Prozeß gegen RA Groenewold einen Beobachter schicken wollen. Er teilte mit, daß die britischen Rechtsanwälte den Einsatz und das Engagement von RA Groenewold und der übrigen angegriffenen Kollegen für richtig halten und bewundern.

Rechtsanwältin Petra Rogge berichtete über die gegen das Anwaltskollektiv Groenewold/Köncke/Rogge gerichtete Telefonüberwachung. Diese Telefonüberwachung war ausdrücklich angeordnet worden, um den Telefonverkehr zwischen dem Büro und den übrigen Wahlverteidigern der RAF-Gefangenen auszuhorchen. Tatsächlich sind zahlreiche Gespräche über geplante Anträge im einzelnen aufgezeichnet worden. Im übrigen befinden sich unter den 20.000 aufgezeichneten Gesprächen praktisch der Telefonverkehr mit der gesamten Mandatschaft. Die Anschlußteilnehmer wurden im einzelnen ermittelt, so daß jetzt die Bundesanwalt schaft und das Bundeskriminalamt eine lückenlose Übersicht über die Struktur der Praxis und sämtliche Mandate hat. Die im Über wachungsbeschluß des Bundesgerichtshofes angeordnete Beschränkung auf Telefongespräche, die mit den RAF-Verfahren etwas zu tun haben, ist von der Bundesanwaltschaft mißachtet worden. Auch die Gespräche von RA Groenewold mit seinem eigenen Verteidiger RA v. BAgge, wurden lückenlos aufgezeichnet. Praktisch bedeutet das, daß in Zukunft die Konstruktion des Verdachts der Unterstützung eines Mandanten durch seinen Verteidiger ausreicht, lückenlos den Telefonverkehr einer Anwaltspraxis zu überwachen. Die Anwaltsgehilfinnen Bärbel Sucker und Marion Jensen, die seit Jahren in dem Büro Groenewold tätig sind, berichteten über die gegen sie gerichteten Polizeimaßnahmen seit Juni 1975, über die Ausforschung ihres gesamten Bekanntenkreises. Tatsächlich hat das BKA sämtliche in den Adressbüchern der Mitarbeiter befindlichen Freunde vorgeladen und sie ausgefragt, über terroristische Aktivitäten der Anwaltsgehilfinnen. Es handelt sich hierbei

um Anwaltsgehilfinnen, die seit Jahren in dem Büro tätig sind und über die die Kriminalpolizei schließlich aufgezeichnet hat, daß sie die Arbeit verichten, die immer Anwaltsgehilfinnen verrichten. Diese Feststellung wurde vor einem Jahr getroffen. Trotzdem wurde bis heute Akteneinsicht verweigert und die Verfahren als Drohung aufrechterhalten.

Zu den Verfahren gegen die Mitarbeiter äußerten sich auch ihre Verteidiger RA Raimund Benoit, RA Dr. Karl-Heinz Neß, RA Uwe Maeffert."

ERKLÄRUNG ZUM VERTEIDIGERAUSSCHLUSS

STUTTGART 13. Dezember "Der Leiter der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim hat die Rechtsanwälte Klaus Croissant und Hans-Christian Ströbele als Verteidiger von Brigitte Mohnhaupt durch Verfügung vom 6.12.1976 ausgeschlossen. Der Ausschluß der Rechtsanwälte Croissant und Ströbele ist ein Teil des erklärten Programmes der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes, die Zellen dicht zu machen und die Gefangenen vollständig zu isolieren. Auf diesem Wege soll die Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen aus der RAF ungestört durchgezogen werden können.

Der Ausschluß von Rechtsanwälten im Wege eines bloßen Justizverwaltungsaktes kenn zeichnet eine neue Stufe in der Liquidierung des in der Menschenrechtskonvention verankerten Rechts auf freie Wahl eines Verteidigers.

Gegen die Ausschlußverfügung der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim habe ich Beschwerde zum Justizministerium Baden-Württemberg eingelegt. Außerdem habe ich beim Oberlandesgericht Stuttgart den Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den Leiter der Vollzugsanstalt beantragt.
Klaus Croissant."

INFORMATIONSBESCHAFFUNG À LA VERFASSUNGSSCHUTZ

STUTTGART 15. Dezember „Namens und im Auftrag von Rechtsanwalt Klaus Croissant, 7000 Stuttgart 1, Lange Str. 3, habe ich gegen den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Herrn Dr. Dieter Wagner, sowie ei nen namentlich noch nicht bekannten Mitarbeiter dieser Behörde Strafanzeige wegen des Verdachts der Anstiftung zum Bruch des Anwaltsgeheimnisses in Tateinheit mit versuchter Nötigung bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart erstattet.

Die in der Anwaltskanzlei von Rechtsanwalt Croissant beschäftigte Sekretärin, Frau D., wurde am 3.12.76 nachmittags vor ihrer Wohnung von einem Agenten des Verfassungsschutzes angesprochen, der ihr von der Anwaltskan zlei bis zu ihrer Wohnung mit dem Pkw WN-JS 259 nachgefahren war.

Der Agent erklärte Frau D., sie seien interessiert, immer wieder Leute zu gewinnen, die ihnen Nachrichten bringen. Er wisse, daß Frau D. zum Schweigen verpflichtet sei. Es gehe aber nicht um Anwaltsangelegenheiten, sondern um Notizen, die irgendwo liegenbleiben und um Namen, die irgendwie fallen. Einige Tausend DM könnten schon für sie „rausspringen".

Als Frau D. die ihr angesonnene Spitzeltätigkeit ablehnte, erklärte der Agent, sie brauche ihm nicht erzählen, daß sie in einer normalen Arbeitsstelle tätig sei. Sie solle sich einmal überlegen, was ihre Nachbarn darüber denken, daß sie bei Rechtsanwalt Croissant arbeite. Wenn sie es nicht wegen des Geldes tun wolle, solle sie als Staatsbürgerin dazu bereit sein, Sie solle sich doch in die Situation versetzen, daß eines ihrer Kinder entführt werde.

Frau D. hat die Anwaltskanzlei von Rechtsanwalt Croissant noch am selben Tag über den Vorgang unterrichtet.

Brigitte Tilgner
Rechtsanwältin"

WER SUCHET, DER FINDET – DURCHSUCHUNG IN STAMMHEIM

STUTTGART 28. Dezember Ende Dezember war in der Presse zu lesen, anläßlich einer Durchsuchung in den Zellen der Stammehimer RAF-Gefangenen sei Haschisch gefunden worden. Jan-Carl Raspe hat ein Kurzprotokoll über die Durchsuchung gemacht:

„Um ca. 11 Uhr die Mitteilung, wir könnten nicht in die Anstalt zurück, weil „auf richterliche Anordnung", so Schreitmüller vor vier Beamten, „eine Durchsuchung der Zellen durch LKA-Bamte" stattfindet. Darauf wir: Teilnahme. Schreitmüller: „Auf richterliche Anordnung keine Teilnahme".

Schily und Weidenhammer (Anwälte) gehen rüber und versuchen, an der Pforte reinzukommen: der Senat berät. Eine halbe Stunde später: keine Teilnahme, weil es eine Durchsuchung der Anstalt sei, für die nach der UvollzO (Untersuchungshaftvollzugsordnung) kein Durchsuchunnsbeschluß notwendig sei. Ca. zehn Minuten vor eins sind sie hier. Körperliche Durchsuchung: wir verlangen den Beschluß. Nusserwill: „nicht diskutieren" und lehnt es ab, lehnt es auch ab, die Anwälte zuzulassen. Hetzt schließlich die LKA- und Anstaltsbullen auf uns: es sind zwölf vom LKA und vier von der Anstalt, d.h. Knebelacht, Prügelei, verdrehte Arme. Sie durchsuchen mich und lesen genüßlich die Akten. Die Handschellen bleiben noch eine halbe Stunde auf dem Rücken geschlossen.

Der Bulle vom LKA, der das alles anführt, sagt: „Wir suchen keine Papiere", aber sie lesen jedes Blatt – offensichtlich ist, daß sie nichts anderes suchen: außer den Akten beschnüffeln sie das Zeug desinteressiert, flüchtig.

Ich: „Es durchsuchen also zwölf Beamte vom LKA meine Akten im Auftrag der Anstalt, die das mit der UvollzO begründet." Bruheck, grinsend: „So ist es."

Das „Internationale Komitee zur Verteidigung Politischer Gefangener" – Sektion BRD – und die Vertieidigung gab zu der Durchsuchung die folgende Presseerklärung ab:

„Zu der Behauptung des Gerichtsvorsitzenden im Stammheimer Prozeß, Dr. Theodor Prinzing, in den Zellen der Gefangenen sei Haschisch gefunden worden, stellen wir fest:

in den Zellen der Gefangenen aus der RAF in Stammheim wurde **kein** Haschisch gefunden.

Die Behauptung beruht auf einem gezielten Staatsschutzmanöver, sie taucht drei Wochen nach der Polizeiaktion zur Begründung der beschämenden Durchsuchungsprozedur der Anwälte auf, nachdem wir die Meldung, bei Siegfried Haag seien Fotos der Sicherheitseinrichtungen von Stammheim gefunden worden, als vom Staatsschutz lancierte Falschmeldung aufgedeckt haben.

Die Tatsachen, die bekannt sind:

Die Durchsuchung fand statt, als die Gefangenen im Gerichtsgebäude waren, sie wurde mit einem richterlichen Durchsuchunsbefehl begründet, den Schreitmüller, der stellvertretende Anstaltseliter, vor Zeugen verkündete.

Als die Gefangenen und die Anwälte daraufhin auf ihrem gesetzlichen Anwesenheitsrecht bestanden haben, ging plötzlich die Zuständigkeit auf die Anstalt über.

1. die Rede war jetzt von einer „ganz normalen Durchsuchung der Zellen", wie sie täglich stattfindet, was bedeutet, daß ein

Anwesenheitsrecht der Gefangenen oder ihrer Verteidiger nicht geltend gemacht werden kann. Nach Schriftstücken wird nicht gesucht.

2. Die Durchsuchung wurde allerdings von 15 Beamten des Landeskriminalamtes — „in Amtshilfe der Anstalt", wie es zunächst hieß — durchgeführt. Später kehrte sich die Sache um: es wurde behauptet, der Staatsschutz habe die Beamten der Anstalt als Zeugen, die bei einer richterlich angeordneten Durchsuchung gesetzlich vorgeschrieben sind, zugezogen.

3. Keiner der Zeugen der Durchsuchung hat gesehen, daß der Staatsschutzbeamte Haschisch gefunden hat.
Der Anstaltsleiter und die Anstaltsbeamten stellen fest, daß ein Beamter der Politischen Polizei mit einer undefinierbaren Substanz, von der er — ein besonders luzider Einfall — behauptete, er habe sie in einer Teedose gefunden, aus einer Zelle trat und ins Protokoll diktierte, er hätte Haschisch gefunden, noch bevor eine Untersuchung stattgefunden hatte. Als die Anstaltsbeamten das nicht bestätigen wollten, strich er diesen Posten im Durchsuchungsprotokoll wieder durch. In den drei Tage später den Gefangenen ausgehändigten Durchsuchungsprotokollen taucht der Posten als „pflanzliche Substanz" wieder auf.
Der Zusatz „Haschisch" fehlt.

4. Obwohl bei einer Durchsuchung in der Zuständigkeit der Anstalt ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl Verteidigungsmaterial nicht gelesen bzw. beschlagnahmt werden darf, wurde gezielt vier Stunden lang das Verteidigungsmaterial von 15 Beamten der Politischen Polizei durchgesehen. Schließlich wurde eine 30seitige Wertung der Widersprüche der Aussage Müllers von Rechtsanwalt Heldmann mitgenommen, die im Durchsuchungsprotokoll als „1 Bd. DIN-A-4 Blätter, mit Schreibmaschine beschriftet" auftaucht und bis heute nicht zurückgegeben worden ist.
Zurückgegeben wurden stattdessen vor zwei Jahren beschlagnahmte Briefe der Gefangenen.

5. Auch dem Gericht ist bekannt, daß die Gefangenen Drogen ablehnen.

Das Manöver ist durchsichtig: es ist der jüngste in einer langen Reihe von Versuchen Prinzings und des Staatsschutzes, Anwälte und Gefangene zu diskreditieren, und er soll den faktischen Ausschluß der letzten Verteidiger in Stammheim begründen, um „die Zellen dicht" (Herold) zu machen. Damit soll den Anwälten das letzte Moment von Öffenltlichkeit gegen das Vernichtungsprojekt abgeschüttelt werden, dem die politischen Gefangenen im technisch perfektionierten Labor im 7. Stock in Stammheim und in den anderen acht Isolationstrakten des Staatsschutz in Lübeck, Hamburg, Berlin, Köln, Zweibrücken, Essen, Straubing, Frankenthal nach wie vor ausgesetzt werden.

Es wird in einem Moment inszeniert, in dem in Stammheim nachgewiesen wurde, wie die Falschaussage Müllers in einem koordinierten Manöver von Bundesanwaltschaft, Staatsschutz und dem Hamburger Gericht aufgebaut wurde, das Müller als Gegenleistung zu dieser Aussage von der Anklage eines Mordes, den er bereits gestanden hatte, freizusprechen hatte, und daß dieses Manöver direkt von der Regierung — dem Justizminister — dadurch gedeckt wird, daß dieAkten über diesen Handel und das Geständnis des Schußwechsels zurückgehalten werden, weil „ihr Bekanntwerden dem Wohl des Bundes Nachteile bereiten würde".

Die Verteidigung in Stammheim
IVK — Sektion BRD —
28. Dezember 1976

Ergänzend teilen wir mit, daß der Verfassungsschutz innerhalb von drei Wochen den zweiten Anbahnungsversuch gegenüber einem Mitarbeiter des Stuttgarter Büros und des IVK unternommen hat."

HELDMANN ZUM HOSENERLASS

STUTTGART 8. Dezember — Prozeßerklärung zu Beginn der Sitzung in Stammheim am 8. 12. 1976:

„Ich habe vor der heutigen Hauptverhandlung ein unaufschiebbares Gespräch mit meinem Mandanten zu führen.

Als ich ihn heute früh in der Justizvollzugsanstalt aufsuchen wollte, hat mich der Justizbeamte Götz in Gegenwart eines weiteren Anstaltsbeamten aufgefordert, über die hier üblich gewordenen Durchsuchungen und Untersuchungen hinaus

1. meine Schuhe auszuziehen, und
2. meine Hose zu öffnen;

Auf meine Frage nach dem Erfinder dieser Zumutung gab er die Anstaltsleitung an. Meine weitere Frage, ob der Vorsitzende Richter Dr. Prinzing von dieser neuen Untersuchungsmethode gegenüber Verteidigern wisse, hat er bejaht.

Selbstverständlich bin ich nicht bereit, als Verteidiger meine Schuhe auszuziehen und meine Hose zu öffnen, ehe ich meinen Mandanten sprechen darf.

Ich fordere den Senat auf, sogleich das Ausmaß von Belästigungen der Verteidiger wenigstens auf denjenigen Standard von Unzumutbarkeit zurückzuführen, welcher in den vergangenen eineinhalb Jahren hier zur schlechten Übung geworden ist.

Ferner beantrage ich, alsdann die Hauptverhandlung solange zu unterbrechen, bis ich die vor Sitzungsbeginn mir verwehrte unaufschiebbare Mandantenbesprechung haben konnte: selbstverständlich ohne vorangegangene Entkleidungen."

Prozeßerklärung zu Beginn der Nachmittagssitzung am 8. 12.1976 :

„Ich habe um 14 Uhr heute zum dritten Mal versucht, meinen Mandanten in der Justizvollzugsanstalt zu sprechen:

Die schändliche Verteidigerdiskriminierung hält unvermindert an, nämlich das Ansinnen, die Schuhe auszuziehen und die Hose zu öffnen.

Ich stelle fest, daß der Herr Vorsitzende weiterhin zuläßt, wie mir der Zutritt zu meinem Mandanten durch brutale Schikane verwehrt wird.

Vielleicht besinnt er sich doch noch auf einen gewissen Zivilisationsstand, den unsere Rechtsordnung einmal erreicht hatte. Für diesen Fall bin ich in meinem Büro zu erreichen."

ZUR ZAHNÄRZTLICHEN BEHANDLUNG RASPES

FRANKFURT 6. Januar — Daß eine Zahnbehandlung für Jan-Carl Raspe Gefangener in Stammheim, dringend notwendig ist, berichteten wir im ID 154. Es folgte ein Aufruf, Spenden für die Behandlung auf das Sonderkonto Rechtshilfe, Berliner Commerzbank Berlin, Konto Nr. 8431 63700 zu überweisen. Der Aufruf war von einer antifaschistischen Gruppe West-Berlin verfasst, aufgrund einer längere Zeit zurückliegenden Absprache zwischen Raspe und seinem damaligen Anwalt Dieter Hoffmann. Der Aufruf lag uns jedoch nur im Fragment vor. So konnte der Eindruck entstehen, als ob es nur darum ginge, Geldaufzutreiben, nicht aber um das Aufzeigen der Zusammenhänge, unter denen Raspe und die anderen Gefangenen aus der RAF gesundheitlich kaputtgemacht werden, worauf sich RAspe am 16.12 mit folgendem Schreiben meldete:

„zu diesem spendenaufruf — ich habe nichts damit zu tun. weder habe ich das ding initiiert noch wollte ich es. der einzige vorgang, auf den der aufruf sich beziehen kann, ist ein anderthalb jahre alter kostenvoranschlag des zahnarztes, der hier als einziger seit zwei jahren reingelassen wurde, und diese situation dazu benutzt hat,

seine sätze zu vervierfachen. wieso das jetzt auftaucht, ist völlig unklar. jan Raspe".

„Jans Zahnbehandlung kostet 7000 Mark", hieß es lapidar in der Meldung. Einige, die das gelesen hatten, schrieben an Raspe Briefe, etwa des Inhalts, daß er sich sozusagen den Luxus leisten würde, sich für 7000 Mark eine kosmetische Verschönerung zukommen zu lassen. Die Behandlung ist aber sehr notwendig. Der Preis kam so zustande, wie Raspe es beschreibt. Inzwischen aber ergab ein weiterer Kostenvoranschlag, daß die Kosten sich in diesemRahmen bewegen würden. Um die Kosten zu senken, wird immer noch nach einem Zahnarzt, der in Stuttgart ansässig ist, gesucht (um die Fahrtkosten zu senken – ein Hamburger Arzt hätte die Sanierung des Gebisses übernommen, aber die KOsten für mehrere Flüge nach Stuttgart wären hinzugekommen.)

Zum Vorwurf des Luxus schrieb Raspe am 5. Januar: „weil seit der meldung im id 154 erregte Briefe aus der linken von der zensur durchgelassen werden, teile ich dazu mal mit: es ging nicht um 7 000.- – das muß ein Druckfehler sein – sondern um 70 000.– und was dahintersteckt ist natürlich, auf diesem weg der solidarischer linken,für den bekannten lebensstil der bande – gefangen oder nicht – 700 000.- abzupressen."

PRESSEMITTEILUNG DER ULRIKE-MEINHOF-KOMMISSION

FRANKFURT AARHUS 5. Januar

Die Ulrike-Meinhof-Kommission gab nach ihrer Tagung in Brüssel am 19. Dezember 1976 die folgende Pressemitteilung ab:

„Die Internationale Untersuchungskommission untersucht nach Aufforderung von Ärzten, Juristen, Psychologen und anderen Intellektuellen der Bundesrepublik Deutschland, ob Ulrike Meinhof ermordet wurde oder Selbstmord beging. Nach einem vorläufigen Durchsehen der Dokumente sind alle Mitglieder der Kommission davon überzeugt, daß ihre Arbeit notwendig und wichtig ist. Es ist eine absolut offene Frage, ob Ulrike Meinhof am 9. Mai dieses Jahres in ihrer Zelle Selbstmord beging. Die Widersprüche der Behörden in ihren Erklärungen sind sehr zahlreich.

Deshalb beabsichtigt die Kommission im Laufe des Jahres 77 in Paris ein Tribunal abzuhalten. Hier wird der Öffentlichkeit sämtliches Material, das die Kommission gesammelt und bearbeitet hat, vorgelegt werden.

Die Kommission will auch eine Zeugenvernehmung abhalten, so daß die Öffentlichkeit einen Eindruck davon bekommt, wie die Kommission arbeitet und auf welcher Grundlage sie sich eine Meinung von den Todesumständen Ulrike Meinhofs gebildet hat.

Die Kommission hat vorläufig drei Arbeitsgruppen gebildet:

1. medizinisch
2. juristisch-kriminalistisch
3. Haftbedingungen.

Die Kommission ist gebildet worden, um eine neutrale und unabhängige Untersuchung der Todesumstände von Ulrike Meinhof zu bekommen. Es sind weder Parteien noch Bewegungen in der Kommission vertreten; die Mitglieder repräsentieren nur sich selbst. Beiliegend eine Mitgliedsliste. Wünschen Sie nähere Informationen, wenden Sie sich bitte an das Sekretariat oder an Jürgen Pauli Jensen und Robert Davezies, die bis zur nächsten Sitzung als Wortführer gewählt worden sind. Die nächste Sitzung ist in Aarhus, Dänemark, Anfang Februar.

Die Mitglieder haben im Anfang die Arbeit selbst finanziert. Soll aber die Arbeit erfolgreich durchgeführt und das Tribunal in Paris abgehalten werden, ist eine finanzielle Unterstützung von Einzelpersonen und Gruppen notwendig. Sonst wird es wohl nie klar werden, was an dem Sonntag in Ulrike Meinhofs Zelle passierte.

Im Namen der Kommission:

Hennrik **Kaufholz**, Sekretariat Aarhus.

Mitglieder der Untersuchungskommission:

Prof. Lelio **Basso**, Rom, Rechtsanwältin Michele **Beauvillard**, Paris, Simone de **Beauvoir**, Paris, Prof. Georges **Casalis**, Antoni, Pfarrer Robert **Davezies**, 86 bis rue du Chateau, F-75014 Paris, Rechtsanwältin Jacqueline **De Cumont**, Brüssel, John **McGuffin**, Verfasser, Belfast, Prof. Joachim **Israel**, Kopenhagen, Prof. Pauli **Jensen**, Paa Höjden 8, DK-2900 Hellerup, Rechtsanwalt Panayotis **Kanelatis**, Athen, Journalist Henrick **Kaufholz**, Aarhus, Ombudsmann Johann **van Minnen**, Brenkelen, Prof. Lolle **Neuta**, Groningen, Rechtsanwalt Denis **Payot**, GEnf, Schauspielerin Margarete **von Trotta**, München.

Konto in der BRD: Wienke Zitzlaff, Postscheckamt Essen Kontonummer 13 58 24 - 439, Kennwort IUK.

Die Internatonale Untersuchungskommission zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof
– Sekretariat –
Själlandsgade 127
DK - 8000 Aarhus C
Tel.: 6 13 97 34

BRANDANSCHLAG GEGEN SCHWARZFAHRERKARTEI

FRANKFURT 5. Januar

In einem Flugblatt erklären die „Revolutionären Zellen" zu dem Brandanschlag gegen den Frankfurter Verkehrsverbund (FVV) am 9. Dezember:

„Wir haben heute schon unser Weihnachten gehabt. Der Lichterglanz kam aus der Bußgeldstelle des Frankfurter Verkehrsverbundes, da, wo sie die Schwarzfahrer erfassen und bearbeiten – dort haben wir Feuer gelegt.

Wer also in letzter Zeit schwarzgefahren ist: nicht zahlen, das wäre hinausgeschmissenes Geld. Wir schmeißen dem FVV nicht 20,- DM in den Rachen, damit er mit unserem Geld noch mehr Kontrolleure einstellt und noch mehr Automaten aufstellt.

Und weil wir wissen, daß sie sich nächstes Jahr einen Computer anschaffen wollen , um alle Schwarzfahrer des FVV zu registrieren, haben wir uns gedacht, wo nichts mehr ist, kann auch kein Computer gefüttert werden.

(...)

Aber nichts da: die 500.000 Schwarzfahrer im Monat machen ihnen bereits schwer zu schaffen, weil sie trotz allem Aufwand nur 8.000 davon erwischen. D.h., im Jahr fahren die Frankfurter sechs Millionen mal schwarz, 5,9 Millionen, ohne erwischt zu werden (Alle Zahlen stammen vom FVV). Und es werden jeden Tag mehr und das ist gut so. D.h. aber auch, daß ständig neue Schwarzfahrerkollektive entstehen müssen, in der jeder einen kleinen Monatsbeitrag einzahlt, damit die 20,- DM aus der Gemeinschaftskasse gezahlt werden können.

(...)

Doch auch die Automaten sollten nicht unbehelligt bleiben.

- **man kann manche mit Fünfmarkstücken melken**
- **mit Sprühkleber (Technicoll S) aus dem Verkehr ziehen**
- **wie in München und in Frankrut mit Kalkfrei behandeln, worauf sie Geld und Fahrscheine ausspucken**
- **oder unserem glorreichen Beispiel folgen und FAhrscheine nachdrucken (in Berlin waren es 120.000)**
- **oder wie in Frankfurt mit Brandsätzen in den Schlitzen kaputtmachen**
- **oder wie in Hamburg, Hannover usw. machen, wo gefälschte Verlautbarungen von den Verkehrsämtern für Freifahrten herausgegeben worden sind.**

Es gibt überhaupt keine größere Stadt in der BRD, wo nicht mit List und Tücke den erpresserischen Verkehrsgesellschaften eins ausgewischt worden wäre.

ES LEBE DIE FANTASIE UND DER WIDERSTAND !"

Der FVV ließ übrigens in der Frankfurter Rundschau dementieren, daß es sowas wie eine Schwarzfahrerkartei bei ihm gäbe.

PROTEST GEGEN DEN FILM „UNTERNEHMEN ENTEBBE"

FRANKFURT 5. Januar Die Frankfurter Rundschau lobte seine „historischeDimension" und verglich ihn mit „Die 12 Geschworenen", fand außerdem, daß die „Terroristen" erstaunlich menschlich dargestellt worden seien und war überhaupt des Lobes voll für den Film „Unternehmen Entebbe", der – mit Hilfe des israelischen Verteidigungsministeriums gedreht – jetzt in westdeutschen Kinos anläuft. In einem nicht unterzeichneten Flugblatt aus Wiesbaden heißt es dazu:

„Unternehmen Entebbe stilisiert Antizionismus zu Antisemitismus, indem er die deutschen Mitglieder des Kommandos als Nazis aufbaut, sie statt von Israelis immer von Juden sprechen läßt. Darüberhinaus wird die Politik bewaffneter Revolutionäre als menschenverachtend, wahnsinnig, sinnlos dargestellt. Die bewaffnete,völkerrechtswidrige,zionistische Intervention verliert ihren politischen Inhalt und das ganze wird zum Action-Thriller umfunktioniert und vermarktet.

Der Film soll in allen westdeutschen Städten laufen. Wir – ein paar Genossen in Wiesbaden – haben dagegen Buttersäure eingesetzt ..."

In einem Flugblatt der „Revolutionären Zellen" wird gesagt:

„Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film „Unternehmen Entebbe" spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer.

Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, daß niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir:

Sofortige Absetzung des Hetzfilms „Unternehmen Entebbe"!

Boykott aller nachfolgenden Entebbe-Filme!

Mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine. In Italien brannten ebenfalls einige Kinos. In Japan wurde der Film bereits ausgesetzt. In der gesamten arabischen Welt, in fast allen afrikanischen und asiatischen Ländern wird dieser Film erst gar nicht gezeigt."

„MIT FREUNDLICHEN GRÜSSEN, IHR POLIZEIPRÄSIDENT "

DÜSSELDORF 5. Januar Zahlreiche Anwohner der Tannenstraße in Düsseldorf, wo die Justizfestung gegen das „Kommando Holger Meins" steht, protestierten beim Polizeipräsidenten Horst Jäger gegen eine mit seinem Namen unterzeichnete Schrift über Sicherheitsvorkehrungen anläßlich des Stockholm-Prozesses. Die Düsseldorfer Zeitung schrieb dazu unter dem Titel: *„Anonymer Brief aus dem Anarcho-Unterqrund"*:

„Mit freundlichen Grüßen – Ihr Polizeipräsident" So endet ein Brief an den „Sehr geehrten Mitbürger", der in den letzten Tagen in nicht feststellbarer Auflage von unbekannter Hand in die Briefkästen der Häuser an der Tannenstraße geworfen wurde.

Wer's nicht spätestens beim ersten Satz des hektografierten Schreibens gemerkt hat, sollte es zumindest beim angeblichen Dienstsiegelabdruck festgestellt haben: der Breif stammt gar nicht vom Polizeipräsidenten. DAs 14. Kommissariat und die Staatsanwaltschaft ermitteln gegen Unbekannt – wegen Urkundenfälschung, Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Orgnisation.

Letzteres deshalb: Dort, wo beim richtigen Dienstsiegel das Wappen Nordrhein-Westfalens prangt, ist das Runenzeichen der nationalsozialistischen SS abgebildet. Die Urheber des Pamphletes vermutet die Kripo bei Sympathisanten des anarchistischen Untergrunds. Der Brief nimmt Bezug auf den im Gebäude an der Tannenstraße laufenden Prozeß gegen die Attentäter von Stockholm und auf einen – echten – Brief des Polizeipräsidenten, der vor Prozeßbeginn an die Haushaltungen rund um das Gerichtsgebäude verteilt worden war.

(Anm: Damals waren die Anlieger um Nachsicht für Halteverbote gebeten und aufgerufen worden, die Umgebung aufmerksam zu beobachten. Verdächtige Personen sollten der Polizei über 110 gemeldet werden.)

Das anonyme Schreiben versucht nun – unter nahezu identischer Aufmachung wie der echte Brief – Parolen der Terroristen szene der Polizei in den Mund zu legen."

VIERMAL POLIZEIALLTAG

KONSTANZ Aus einer Wandzeitung der Betroffenen in der Uni Konstanz:

„Nach einer zunehmenden Diskussion und wachsendem Widerstand gegen die Autobahn durch Konstanz wurden am Donnerstag, dem 9.12.76, um 8 Uhr früh vier Häuser in Konstanz von der Polizei durchsucht. Darunter auch ein Haus, dessen Einwohner an den Initiativen gegen die Autobahn bisher nicht teilgenommen hatten. Die Durchsuchung war umfassend angelegt: zwar wurden nur einige Flugblätter mit Notizen beschlagnahmt, aber in einigen Wohnungen notierten sich die Polizisten alles, was sie „interessant" fanden. An wen solche Notizen weitergeleitet werden, kann man sich vorstellen".

Nach einigen Treffen der Betroffenen und Unorganisierten wurde beschlossen, neben juristischem Vorgehen gegen diese Polizeiwillkür eine umfassende Dokumentation und einen Ratgeber für Hausdurchsuchungen zusammenzustellen. Material dazu sucht:

Elmar Sing, Hauptstr. 128, CH-8280 Kreuzlingen

LUDWIGSHAFEN Bei einer Versammlung am 11. Dezember der Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar im Luwigshafener Stadtteil Oppau, mit Informationen zu Brokdorf und zum Problem der Gefährdung von Arbeitsplätzen durch KKWs usw., wurden die Kennzeichen parkender Autos von Versammlungsteilnehmern durch Polizeibeamte notiert (Kennzeichen des Polizeiwagens; L VW 3417).

Diese Maßnahme löste beträchtliche Unruhe aus. In einer einstimmig gefaßten Resolution distanzierten sich die Anwesenden von diesen Wyhler und Brokdorfer Praktiken. Wie inzwischen der Ludwigshafener Polizeipräsident mitteilte, sei diese Maßnahme auf Veranlassung des Inspektionsleiters von Oppau getroffen worden. Das Kommissariat für Staatsschutz sei mit dieser „nicht sehr geschickten Aktion" nicht befaßt gewesen, so heißt es. Es habe jedoch kein Auftrag bestanden, die Versammlung selbst polizeilich beobachten zu lassen: „Der Inspektionsleiter hat auf eigene Faust im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt: er hat die Freiheit, einen Fehler zu machen , und in diesem Fall hat er sicher wenig Fingerspitzengefühl gezeigt", sagt der Polizeipräsident.

KÖLN Razzia beim Stammlokal der Kölner Straßenmusiker:

„Wir waren in einer Kneipe und haben da was getrunken, als die Bullen kamen, um ne normale Razzia zu machen. Mit 10 - 15 Mann kamen die also rein, ein paar Zivile dabei, kontrollierten die Ausweise und nahmen jeden mit, der keinen dabei hatte. Dann haben wir angefangen zu spielen und zwar „Jupp hei di, jupp hei da" und „Es tut sich was"... Dann haben wir alle gesagt, wir gehen mit auf den Waidmarkt (Polizeipräsidium in Köln). In dem Moment fing das draußen an, daß da ein Betrunkener ausgeflippt ist, weil der wollte nicht unbedingt freiwillig da einsteigen. Der ist dann wieder ausgestiegen. Um nun zu verhindern, daß der da Blödsinn macht, ist einer, der den kannte, raus, um den zu beruhigen. Die Bullen sind dann mit fünf Mann auf die beiden los und haben dann dem, der den Besoffenen beruhigen wollte, in die Eier getreten. Wir wollten dann auch raus, um nicht zuzugucken, wie die da verprügelt wurden. Dann kam es dazu, daß der Klaus, der aus dem Fenster wollte, daß sie dem ein Bein eingeklemmt und den Kurt an den Haaren gezogen haben.

Die haben dann Verstärkung bekommen. Dem Toni sind sie dann mit nem Hund hinterher und den Klaus haben sie gegen nen VW-Bus geknallt, genau mit dem Rücken gegen die Stoßstange. Dabei wurde ihm eine Rippe gebrochen.

Nach dem sie also die Wagen nun voll hatten, sind sie dann zum Waidmarkt gefahren. Wir sind dann hinterher und wollten die dann wieder abholen. So um 3 Uhr kamen die dann bis auf zwei wieder heraus. Während wir dann draußen gewaretet haben, wurde da ne Frau, die war schon ein bißchen angetrunken, an den Haaren die Treppe runtergeschleift. Die hat geschrien wie am Spieß. Wir haben das alles gesehen, denn die Tür war aus G las gewesen. In unserer Hilflosigkeit und Wut haben wir dann angefangen zu pfeifen und rhythmisch gegen die Tür getreten. Die muß dann kaputt gegangen sein. Die Bullen sind dann rausgekommen und haben mich, den Toni, den Kurt und den Waschbrett festgenommen. Das war ganz gezielt, die haben schon vorher gewußt, wen sie mitnehmen wollten, weil sie aus dem Fenster geguckt haben. Die sind also immer mit vier bis sechs Mann auf einen los, die anderen haben sie in Ruhe gelassen. Dann haben sie mich im Polizeigriff die Treppe raufgeführt. Als ich dann auf die zweite Treppe kam, kamen mir Bullen entgegen und packten mich. Einer von denen haut mir zwei in die Fresse, dabei hab ich dann nen Zahn verloren. Wir sind aber am anderen Morgen wieder rausgekommen.

Der Klaus muß jetzt mit dem Rücken flach auf dem Boden liegen, weil er nicht mehr auf dem weichen Bett liegen kann".

KASSEL Am 17.November 1976 wurde die Umweltschutzausstellung ‚Umdenken — Umschwenken' mit einer Podiumsdiskussion in der Kasseler Stadthalle eröffnet. Aus diesem Anlaß stellten sich etwa 30 Atomkraftwerks-Gegner, darunter Mitarbeiter der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Kassel, als Atomleichen verkleidet auf dem Vorplatz der Stadthalle auf. Mit Plakaten protestierten sie gegen die „friedliche" Nutzung der Kernenergie und gegen das geplante Atomkraftwerk bei Borken.

Während dieser stumme Protest in der Presse als „weithin sichtbares Zeichen" und als „eindrucksvoll" hervorgehoben wurde, scheint man an anderer Stelle nicht ganz dieser Auffassung zu sein:

Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft ermitteln jedenfalls inzwischen wegen eines angeblichen „Vergehens gegen das Versammlungsgesetz" — bereits 2 Mitarbeiter der Bürgerinitiative sind polizeilich vorgeladen worden. Bereits am Tage der Veranstaltung waren die Kennzeichen sämtlicher PKW's, die in der Nähe der Wohnung eines Mitarbeiters abgestellt waren, von Polizeibeamten notiert worden.

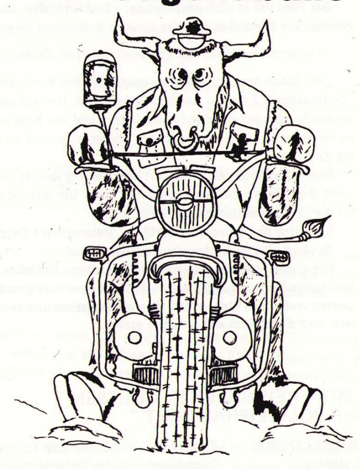
DER JUGENDBULLE KOMMT? ... DENKSTE !

FRANKFURT 16. Dezember Die umstrittene und x-mal verschobene Fortbildungsveranstaltung zum Konzept für den Einsatz von Jugendpolizisten in Frankfurt (siehe auch ID 150, 152, 154, 155) sollte nun also am 16. Dezember im Haus der Jugend stattfinden. Der Empfang war würdig: jeder mußte sich in eine Liste eintragen, in der schon Name des Teilnehmers und Institution verzeichnet waren. Herr Faller begrüßte die Teilnehmer mit Handschlag und freundlichem Lächeln, und bei Herrschaften, die — rein vom äußeren schon — besonders interessant waren, lugte er auch schon mal über deren Schulter, um genau zu erfahren, wen er denn da vor sich habe.

Herbert Faller, Jugendamtsleiter und Herr der Fortbildungsveranstaltung, hielt eine ergreifende Rede, in der er den Damen und Herren von der Polizei für ihr Erscheinen und ihre Bereitwilligkeit zur Auseinandersetzung dankte, dann schlug er — demokratisch wie er ist — ein Verfahren für den Ablauf der Veranstaltung vor. Als daran Zweifel laut wurden und sogar nach Abstimmung verlangt wurde, sprach Faller ein Machtwort. Irgendwo hat die Demokratie ja mal ein Ende! Der anfänglich als Vorschlag getarnte Plan für den Ablauf entpuppte sich als eine Anordnung der Amtsleitung.

Als nächstes schlug Faller vor, die Teilnehmer sollten sich vor ihren Redebeiträgen mit Namen und Institution vorstellen. Der Einwand eines Sozialarbeiters, wie sinnvoll bzw. gefährlich das angesichts solcher Polizeipräsenz sei, trug diesem einen freundlichen Verweis von Faller beginnend mit: „Aber mein lieber Herr Soundso" (unter voller Namensnennung) ein. Hier setzte Frau Freyer von der weiblichen Kripo mit einem bissigen Anschnauzer: „Was hab en Sie denn zu verbergen? " nach. Allerdings war es Frau Freyer, die nach einer Jupo-Veranstaltung im Jugendhaus Eschersheim (ID 150), die nicht sehr den Polizei-Vorstellungen entsprochen hatte, hinterher bei einer Jugendhausmitarbeiterin anrief, um sich zu erkundigen, wie denn der eine oder andere Gegenredner zum Jupo-Projekt geheißen habe...

Der Jugendbulle



Es wurde bald klar, daß zwei Drittel der Anwesenden gegen die Einführung von Jugendpolizisten waren. Einzelne Institutionen verteilten Erklärungen der Mitarbeiter dazu, und überhaupt wurde von den Sozialarbeitern jede Gelegenheit wahrgenommen, noch vor der ganzen Polizei-Show eine generelle Diskussion zu beginnen, während Herr Faller jede sich bietende Gelegenheit wahrnahm, um diese Diskussion abzublocken. Irgendwann hatte er das dann mal geschafft und Polizeirat Seiler von der Präsidialabteilung V des Polizeipräsidiums hielt einen Vortrag über die Dialektik der Öffentlichkeit bei der Polizei. Das Jupo-Projekt sei von Anfang an öffentlich gewesen, behauptete er, sie hätten ihren Beamten auch keinen Maulkorb (!) verpaßt. Nach einigem Nachfragen räumte Seiler ein, daß er meinte, das Projekt und die Diskussion darüber sei innerhalb der Polizei öffentlich gewesen. Aber dadurch, daß die Beamten ja keinen Maulkorb verpaßt bekommen hätten, sei also auch sowieso eine Öffentlichkeit auch außerhalb der Polizei hergestellt worden. Allerdings hätten sie mit dem Jugendamt verabredet, über die Konzeption selber keine öffentlichen Äußerungen zu machen, bevor diese nicht auf dieser Fortbildungsveranstaltung diskutiert worden sei. Es handele sich also bisher lediglich um interessierte Polizisten für diesen Job, weil die Präsidialabteilung sich mal generell innerhalb der Polizei danach erkundigt habe, wer sich denn für diesen Job interessieren würde. Aber gerade, daß da diese vier Polizisten als künftige Jupos in der Nordweststadt aufgetreten seien, und daß auch mal der eine oder andere eifrige Kollege in ein Jugendhaus gegangen sei und sich als künftiger Jupo vorgestellt habe, sei doch, bei aller Eigenmächtigkeit des Handelns der einzelnen Polizisten, ein Zeichen dafür, daß sie keine Geheimhaltungspolitik betrieben, sondern gerade Öffentlichkeit hergestellt hätten ...

Dies war keineswegs am Stück vorgetragen, sondern immer wieder von Zwischenfragen der Sozialarbeiter unterbrochen. Dadurch trat denn auch die Widersprüchlichkeit und Windigkeit sehr deutlich hervor. Als das dem armen Polizeirat alles zu kompliziert wurde, und er Gefahr lief, sich selbst nicht mehr zurechtzufinden, beendete er diesen Punkt mit dem wortwörtlichen Satz: „Wir haben hier in einem Maß Öffentlichkeit hergestellt, wie sie schon kaum mehr vertretbar ist!"

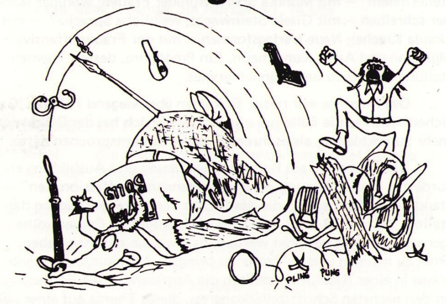
Dann bekam der Polizeisoziologe Grimminger das Wort, der das Konzept nun endlich erläutern sollte. Zuerst stellte er sich vor und betonte seine Herkunft aus Frankfurt und das Vertrautsein mit Frankfurter Problemen, außerdem habe er bei Herrn von Friedeburg studiert und Prüfung gemacht. Dann folgte eine Abhandlung darüber, wie antirepressiv geradezu der Jugendpolizist sein solle. Präventiv soll er wirken und von daher Situationen, in denen es zu einem repressiven Polizeieinsatz kommen könnte, von vornherein verhindern. Polizei-Hauptkommissar Schuh wirft hier ein, die Sozialarbeiter sollten bei ihrer Kritik an den manchmal sicherlich sehr massiven Polizeieinsätzen gegen Jugendliche z.B. in Jugendhäusern doch bedenken, die „Zwangssituation" für die normalen Polizisten, „sich 50 Jugendlichen gegenüberzusehen". Irgendein Sozialarbeiter quittierte dies mit der Bemerkung, jeder Lehrer und Sozialarbeiter befände sich jeden Tag in dieser Zwangssituation. Herr Grimminger ließ sich dann weiter zum Konzept aus, kam aber nicht mehr sehr weit damit, weil plötzlich die Tür aufging und ca. 50 Menschen in den Saal traten, die sich als Öffentlichkeit ausgaben und an der Fortbildungsveranstaltung teilnehmen wollten. Herr Faller geriet trotz allem Vorbereitetsein auf einen solchen Vorfall doch in eine gewisse Hektik und trotz aller Äußerungen von der Mehrzahl der Teilnehmer, diese Fortbildungsveranstaltung doch ruhig auch mit mehr Teilnehmern stattfinden zu lassen, forderte Herr Faller die „Öffentlichkeit" ganz ordentlich dreimal auf, den Saal zu verlassen und erklärte dann die Veranstaltung für beendet.

Das war um ca. 11.00 Uhr vormittags. Um halb zwölf befand sich Herr Faller bereits mit Herrn Bürgermeister Berg, der zugleich Sozialdezernent der Stadt ist, auf einer Pressekonferenz. Es gab viele Leute, die sich gefragt haben, ob diese Pressekonferenz tatsächlich innerhalb einer halben Stunde einberufen wurde, oder ob die nicht in weiser Voraussicht schon vor der Veranstaltung angesetzt worden war. Die abschließende Unverschämtheit von Herrn Faller war, für ein Interview mit dem Hessischen Rundfunk zu verlangen, daß er dies nur geben würde, wenn die „Gegenseite" auf gar keinen Fall auch zu Wort kommen könne.

Die Sozialarbeiter vermuten jetzt, daß die Polizei, deren Vertreter auf der Fortbildungsveranstaltung während des Go-ins übrigens recht unsicher wurden, dieses Jupo-Konzept stillschweigend zurückzuziehen und klammheimlich innerpolizeilich den Jupo unter was für einem Namen auch immer mit einem neuen Konzept einzuführen, ohne daß die Öffentlichkeit da was von erfährt. Gegen diese Jugendpolizei wird dann auch nichts mehr zu machen sein und es bleibt dann nur abzuwarten, wann eine Extra-Studenten-, Arbeiter-, Frauen-, Altenpolizei eingeführt wird und was ihnen bis 1984 noch alles so einfällt.

Übrigens: Unverdrossen nimmt das Jugendamt einen neuen Anlauf – am 20. Januar 1977 findet eine Neuauflage der „Fortbildungsveranstaltung" statt. Um 8.30 treffen sich alle Betroffenen im Haus der Jugend am Deutschherrenufer.

Der Jugendbulle



DEMONSTRATIONSVERHÜTUNG IM POLITISCHEN UNTERRICHT

BREMEN
5. Januar

Bremens Bildungssenator Thape hat ein feines Schreiben an die Bremischen Schulen geschickt, um diese rechtzeitig auf die rechtsstaatliche Fahrpreiserhöhung und zu erwartende Demonstrationen vorzubereiten. Der Brief enthält – entgegen allgemeinen Richtlinien über politischen Unterricht – genaue Anweisungen für eine Behandlung im Unterricht, einschließlich der Diffamierung von abweichenden Meinungen. Das sollte gemessen werden an den schönen Worten über eine „ausgewogene Darstellung gesellschaftlicher Konflikte im Unterricht" und ähnlichen Forderungen, die im sozialdemokratisch-progressiven Bremen garantiert sein sollen.

Diese Art Vorsorge, einschließlich vieler Zeitungsanzeigen im volkstümlichen Ton und Plattdeutsch zeigt die Angst der Bremer Behörden und der BVG vor Demonstrationen wie 1968, an denen auch viele Schüler beteiligt waren.

Die Behandlung des Briefes im Unterricht wäre zu empfehlen:

„Betr.: Erhöhung der Straßenbahn- udn Bustarife zum 1.1.77

Tariferhöhungen für öffentliche Verkehrsmittel stoßen grundsätzlich auf eine breite Kritik, weil die Zahl der Betroffenen groß ist.

In einer solchen Situation entspricht es dem Auftrag der Schule, an ihrer Stelle für gründliche Sach information zu sorgen und diese nicht zugunsten utopischer Forderungen und gesamtgesellschaftlich motivierter Aktivitäten zu überspringen. Deshalb gehen den Schulen in diesen Tagen Informationsblätter der Bremer Straßenbahn AG zur Verteilungzu, die alle für die Schüler wichtigen Angaben über die neuen Tarife enthalten. Darüberhinaus sind in einer Informationsschrift die Gründe dargelegt, die zu dem Beschluß geführt haben, die Tarife zu erhöhen und bei dieser Erhöhung sozialen Gesichtspunkten in größtmöglichem Umfang Rechtnung zu tragen. Diese Schrift soll an Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 13 verteilt und im Unterricht (vor allem Gemeinschaftskunde) so berücksichtigt werden, wie es das Informationsbedürfnis der Schüler und die Informationspflicht der Schule gebietet."

HETZARTIKEL GEGEN KRITISCHE SCHÜLERZEITUNG

PIRMASENS
18. Dezember

Am 7.12.1976 erschien in der „Rheinpfalz" auf der Seite „Pirmasenser Rundschau" ein Artikel, dessen Autor sich über die unabhängige Schülerzeitung „Knüppel aus dem SAK" ausläßt. Der Sozialistische Arbeitskreis (SAK) in Pirmasens gibt diese Zeitung für alle Pirmasenser Oberschulen heraus, an der zweiten Nummer nahm die „Rheinpfalz" Anstoß.

Sie wirft dem „Knüppel" vor, er hätte keinen presserechtlich Verantwortlichen, er stünde nicht auf dem Boden des Gesetzes, die Kontaktadresse sei eine Deckadresse, die Macher seien anonym, und zudem keine Schüler und deshalb sei es keine Schülerzeitung. Alle diese Behauptungen sind – wie könnte es auch anders sein – schlichtweg erfunden.

Die politische Stoßrichtung wird aber erst klar, wenn der „Rheinpfalz"-Schreiber zu einem Artikel aus dem „Knüppel" über Meinungsfreiheit in der Schule meint: „Ein Abdruck des Artikels 5 GG über die Meinungsfreiheit genügt da auch nicht, das ist die beste Verhetzung der möglicherweise unwissenden Schüler. Schlau wie die Verfasser sind, haben sie nämlich den Absatz nicht abgedruckt, in dem die Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden." Dieser Schreiberling kann also frank und frei behaupten, daß die Meinungsfreiheit, von mir aus auch nach GG Art. 5 Abs. I, Verhetzung von unwissenden Schülern sei und hält voller Stolz die Einschränk ung dieses demokratischen Rechts hoch.

So nebenbei bezeichnet er den „Knüppel" als „kommunistisches Hetzblatt", das nicht mit „demokratischen Mitteln arbeitet". Außerdem meint er, die Macher dieses „primitiv aufgemachten Druckwerks" seien „zum Großteil Analphabeten".

Durch diese Lügen und Verleumdungen ist jetzt der Sozialistische Arbeitskreis und damit auch der „Knüppel" als kommunistische Hetze abgestempelt. Am schlimmsten trifft die SAK die Tatsache, daß eine verlangte Gegendarstellung von der Rechtsabteilung d er „Rheinpfalz" verweigert wurde. Sie beharren auf ihrem Lügenmärchen, daß kein presserechtlich Verantwortlicher angegeben sei und daß der „Knüppel" gegen das Presserecht verstoße. Gegen die Ablehnung einer Gegendarstellung müßte man normalerweise klagen bzw. eine einstweilige Verfü gung beantragen. Dafür hat der SAK keine finanziellen Mittel. Deshalb kann man diesem Schmieren-Journalisten erst in der nächsten Nummer des „Knüppel aus dem SAK" eins aufs Dach geben.

EIN BERUFSVERBOT, WIE ES NOCH NICHT DA WAR

BERLIN
2. Januar

Das Bezirksamt Wilmersdorf (Stadtrat Luckow, CDU) hatte, wie allgemein bekannt sein dürfte, es abgelehnt, Frau Juliane Ströbele-Gregor als Lehrerin in den Staatsdienst zu übernehmen, obwohl sie ihre zweite Lehrerprüfung bestanden hatte. Dieses Berufsverbot wurde vor allem auch auf ein Ermittlungsverfahren wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung gestützt. Mit Bescheid vom 13.12.76 stellte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin dieses Ermittlungsverfahren ohne weitere Begründung, oder Kommentierung ein.

Man muß beachten, daß Frau Ströbele und ihre Rechtsanwälte nicht einmal wußten, daß ein derartiges Ermittlungsverfahren am laufen war; es wurde ihnen erst durch ein Schreiben des Bezirksamtes im Rahmen des laufenden Rechtsstreits auf Einstellung bekannt, zu einem Zeitpunkt, als sich herausstellte, daß die vorher geltend gemachten Tatsac hen nicht die geringsten Zweifel an der Verfassungstreue von Frau Ströbele-Gregor begründen konnte.

Nachdem nun das Verwaltungsgericht Berlin mit rechtskräftigem Urteil das Land Berlin zur Einstellung von Frau Ströbele-Gregor verpflichtet hat, wird das Ermittlungsverfahren sang- und klanglos eingestellt. Es liegt der Schluß nahe, daß das Ermittlungsverfahren in erster Linie wegen des Berufsverbotsverfahrens gegen Frau Ströbele-Gregor eingeleitet wurde.

Da das Bezirksamt Wilmersdorf Frau Ströbele-Gregor bis heute trotz Rechtskraft des Urteils nicht eingestellt hat — angeblich wegen Bedenken des Personalrats und der CDU wegen eben dieses Ermittlungsverfahrens — hat das Verwaltungsgericht am 8.12.76 dem Land Berlin unter Androhung eines Zwnagsgeldes aufgegeben, Frau Ströbele-Gregor bis zum 20.12.76 im Bezirk Wilmersdorf einzustellen.

Sie wurde jedoch nicht eingestellt. Ein etwas merkwürdiger Vorgang, der sich in diesem angeblichen Rechtsstaat abspielt, sollte doch die Exekutive den Urteilen der Judikative unterworfen sein. Das Zwangsgeld, das nun rechtskräftig von der Stadt gefordert wird, beträgt 2000 DM und Anwaltskosten und verschwindet nun im Staatssäckel des Verwaltungsgerichts. Das kann sich solange wiederholen, bis sich die Stadt dem Gerichtsurteil beugt. Die Stadt muß also immer von neuem 2000 DM und Anwaltskosten an das Gericht überweisen. Frau Ströbele sieht davon keinen Pfennig. Sie kann nun höchstens eine Schadensersatzklage in die Wege leiten.

5. BERUFSVERBOTSJUBILÄUM IN DÜSSELDORF

DÜSSELDORF
6. Januar

Am 28.1.77 jährt sich zum 5. mal der Tag, an dem der „Ministerpräsidentenbeschluss" gefasst wurde.: „Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. "

Doch wurde diese Erlaubnis zu Berufsverboten nicht nur im öffentlichen Dienst dankbar angenommen und kräftig benutzt (800000 politische Überprüfungen und über 3000 Berufsverbotsmaßnahmen wie Entlassung, Verzögerung und Verweigerung der Einstellung von Bewrbern), sondern auch die Arbeitgeber bekamen nun die rechtlichen Grundlagen, bzw. die staat lichen Rechtfertigungen für ihre „schwarze Listen". Die Spitzen der Gewerkschaft schienen nicht minder erfreut und präsentierten ihrer Basis promt die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Parallel dazu ließ sich, neben der rechtlich ideologischen Unterstützung, ein starker Anstieg der Finanzen für die „Hüter der Ordnung" feststellen:
„An Schulen und Hochschulen, in Betrieben und Behörden verbreitet sich so eine Athmosphäre der Einschüchterung und der ANgst vor gewerkschaftlichem und demokratischem Engagement. Mehr Demokratie zu wagen, wird zum Risiko. Mit willkürlich auslegbaren Formeln wie „radikal", „extremistisch" und „verfassungsfeindlich" werden immer mehr Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale und andere engagierte Demokraten verdächtigt und diskriminiert. "(Koordinierungsausschuß der BI's gegen Berufsverbote in NRW).

Aus diesen Gründen wird als sichtbarer Protest der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, am 5. Februar eine Demonstration gegen Berufsverbote stattfinden.

„SCHREIB DAS AUF, FRAU"

WESTBERLIN
6. Januar

Vom 19. bis 21. November fanden in der TU Berlin die Autorinnentage statt. Offiziell einberufen vom Schriftstellerverband, vorbereitet von Frauen, die schreiben oder auch nur mittelbar mit Literatur zu tun haben.

Das Programm: Podiumsdiskussion am Freitag, vier Arbeitsgruppen am Samstag: Unter welchen Bedingungen arbeiten Schriftstellerinnen? — mit Monika Sperr, worüber Frauen, worüber Männer schreiben — mit Gisela Steinwachs; weibliche Sprache? — mit Ursula Krechel; Neue Verlagsformen — mit der Frauenoffensive München und Antje Kunstmann. Ein Programm, dessen Themenstellung sich als zu umfangreich erwies.

Das Interesse war riesig. Es kamen überwiegend FRauen. Ganz sicher bewirkte die Fülle bei vielen, daß sie sich bei der Diskussion mehr zurückhielten, als es ihrem Engagement entsprochen hätte.

Daß Schreiben ein Beruf ist, der Übung und Ausbildung erfordert — so die Meinung vieler Anwesenden „Proffessionellen" — stand der Aufforderung, die das MOtto der gesamten Tagung darstellte: "SCHREIB DAS AUF, FRAU", entgegen. Frauen sollte gerade auch Mut gemacht werden, das, was sie zu sagen haben, ernst zu nehmen und zu Papier zu bringen. Zwei konkrete Ergebnisse: in einer Resolution stellten die Anwesenden die Forderung an den nächsten Schriftstellerkongress, dieses Thema auf einer über-

regionalen Tagung zu behandeln. Zweitens: alle Frauen, die an "Selbst Schreiben" und an "Diskussion von Texten und Geschichte der Frauenbewegung" Interesse haben, sollen sich per Brief (mit Rückporto) in den Berliner Frauenbuchläden melden, um in Arbeitsgruppen Texte zu diskutieren und aus der Vereinzelung heraus zu kommen.

Frauen meldet Euch bei U. Ottmüller, Damaschkestr. 24, HH 1 Berlin 15
(aus: Courage, 4)

KRUPP WILL FRAUENASTA AN DEN KRAGEN

FRANKFURT 23. Dezember In einer Verfügung vom 20.12.1976 erklärte der Präsident der Universität Frankfurt die Wahlen zum Studentenparlament Frankfurt vom 14.6-16.6.76 für ungültig. Er setzt das bisher amtierende Studentenparlament kommissarisch ein mit der Anordnung, bis zum 7.1.77 einen Termin für Neuwahlen festzulegen. Der Präsident verzichtet auf eine Amtsenthebung des ASTA, da er davon ausgeht, dass das Parlament den Frauenasta im Amt bestätigt. Dazu erklärt der AStA:

„Wir halten die Absetzung des Studentenparlements und damit die drohende Amtsenthebung des AStA für eine formal-technokratische Strategie, unserer politischen Arbeit, d.h. der politischen Arbeit der Linksradikalen an der Frankfurter Uni zu begegnen. Hier wird auf juristischer Ebene ein Konflikt ausgetragen, der an den inhaltlichen Problemen und Widerstandsformen vorbeiagiert und auf diesem Weg versucht, die „quadratische, praktische, saubere Uni" durchzusetzen. Nicht politische Aussagen des AStA sind das Ziel dieses Angriffs auf der Ebene der offiziellen Argumentation, es wird nicht eingegangen auf die Inhalte, für die der Sponti-AStA in Frankfurt steht, (...) – rein formal-juristisch und „keineswegs gegen den Frauen-AStA gerichtet" wird Technokratie als politisches Konzept durchgesetzt. Wir sind nicht bereit, uns auf diese Ebene festlegen zu lassen und uns im Hick-Hack um scheindemokratischen Parlamentarismus zu verlieren. Wir lehnen es ab, außerhalb der Öffentlichkeit im StuPa einen neuen Wahltermin festzusetzen und damit Krupps Auflagen nachzukommen. Wir meinen, die Stu-Pa-Sitzung am 7.1. soll öffentlich im H VI als Vollversammlung stattfinden, auf der wir diskutieren, wie wir uns zu dieser Situation verhalten. Nur eine Vollversammlung kann entscheiden, ob wir von Krupp erzwungene Neuwahlen dadurch unterstützen, indem wir auch noch deren Organisation übernehmen.

Zwar hat der AStA gegen die Krupp'sche Verfügung Einspruch eingelegt (die Entscheidung darüber fällt erst am Freitag), wichtig ist jedoch nicht, ob wir auf juristischer Ebene „siegen", oder nicht, sondern die politische Strategie, die hinter der technokratischen Vorgehensweise von Krupp steckt."

VV (öffentliche Sitzung des Studentenparlaments), am Freitag, dem 7. Januar, im Hörsaal VI, 14 Uhr

WAHLSIEG DER BASISGRUPPEN

GIESSEN 11. Dezember Die Wahl zum Studentenparlament der Fachhochschule Gießen in den Bereichen Gießen und Friedberg ist mit überwältigender Mehrheit von den Basisgruppen gewonnen worden. Von 2,831 laut Wählerverzeichnis wahlberechtigten Studenten haben 1.869, also 66,4 % an der Studentenparlamentswahl teilgenommen. Für die Liste der Basisgruppen wurden 1.083, also 58 % der Stimmen abgegeben. Mit 15 der 25 Sitze hat die Basisgruppe die absolute Mehrheit im Parlament errungen. Bisher war sie mit 10 Sitzen vertreten.

Die Liste der Friedberger Basisgruppe, die den Jungsozialisten nahesteht, verlor einen Sitz und ist jetzt mit acht Parlamentariern vertreten. Der DKP-nahe MSB-Spartakus verdoppelte seine Sitzzahl von einem auf zwei Sitze. Der CDU-Studentenring RCDS, bisher mit zwei Sitzen vertreten, sowie die Splittergruppe „Freie Liste E-Technik" – bisher drei Sitze – hatten sich nicht mehrzur Wahl gestellt.

PROTESTE GEGEN ROTSTIFTPOLITIK

STUTTGART 2. Januar **BESCHLUSS DER LANDES-ASTEN-KONFERENZ VOM 20. DEZEMBER 1976 IN STUTTGART**

ULTIMATUM AN DIE LANDESREGIERUNG

„Die Landes-Asten-Konferenz fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die bekanntgewordenen Pläne zu Stellenstreichungen und Abschaffung der Lehrerbildenden Fachbereiche gemäß dem geheimen „Strukturplan" vollständig zurückzunehmen. Weiterhin fordern wir die Landesregierung auf, zu erklären, auf weitere Stellenstreichungen im Hochschulbereich zu verzichten.

Sollten diese Forderungen bis zum 10. Januar 1977 nicht erfüllt werden, werden die Studenten Baden-Württembergs zu scharfen, der Situation angemessenen Kampfmaßnahmen greifen."

Wird das Ultimatum abgelehnt, finden mindestens an allen betroffenen Fachbereichen eine Entscheidung (Urabstimmung, Vollversammlung etc.) über einen unbefristeten Streik an allen betroffenen Fachbereichen statt. Wo möglich, sollte diese Entscheidung auf die anderen Fachbereiche ausgedehnt werden.

Bei positivem Urabstimmungs-, bzw. VV-Ergebnis wird in den entsprechenden Fachbereichen ab 19. Januar 1977 gestreikt. Auch die Rektoren haben über das Vorhaben der Landesregierung Proteste angemeldet und drohen mit dem Rücktritt. Allerdings sind die Rektoren der Universitäten über die Vorschläge des Ministeriums deshalb besonders verärgert, weil in diesen die von den einzelnen Professoren vorgetragenen Möglichkeiten für Stelleneinsparungen fast überhaupt nicht berücksichtig worden sind. So hatte sich zum Beispiel die Universität Konstanz zwar zur Stellenverringerung in einzelnen Fachbereichen bereit erklärt, aber ausdrücklich davor gewarnt, daß das Fach Germanistik, das ohnehin nicht stark an der Hochschule vertreten ist, mit Rücksicht auf die anderen Lehramtsbewerber an der Universität gestrichen werde.

LANDES-ASTENKONFERENZ PLANT LANDESWEITE DEMONSTRATION

KARLSRUHE 5. Januar Am Dienstag, dem 11. Januar 1977, findet die Landes-Astenkonferenz für Baden-Württemberg statt. Ort: Kornwestheim, Gasthof Bäuerle, Bahnhofstr. 80 (Tel. 07151/6115)

Dort wird diskutiert, wie die Kampfmaßnahmen an den einzelnen Hochschulen und eine landesweite Demonstration in Stuttgart am 27. Januar als Antwort auf den geheimen Plan der Landesregierung unzählige Stellen in den geisteswissenschaftlichen Fachbereichen zu streichen, koordiniert und organisiert werden soll.

Die Studenten fordern den Verzicht auf jegliche Stellenstreichung. Mit 35 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und bei zwei Enthaltungen haben die ASten Baden-Württembergs beschlossen, geeignete Kampfmaßnahmen zu ergreifen, falls ihr Ultimatum nicht erfüllt wird.

SELBSTÄNDIGER STREIK AN DER FACHHOCHSCHULE FRANKFURT

FRANKFURT
5. Januar

Die Studenten der Fachhochschule Frankfurt (Fachbereich Sozialarbeit) haben eine wichtige Erfahrung gemacht: wer seine Interessen durchsetzten, will, muß selbständig kämpfen! Wie kam es zu dieser Erfahrung:

Im Rahmen der VDS-Aktionstage hatte unser MSB/SHB-Asta einen dreitägigen Warnstreik durchgeführt. Nach drei Tagen brach der MSB/SHB den „erfolgreichen" Streik ab; passiert war bis dahin nichts. Viele Studenten erkannten, daß der Streik nur dazu gedient hatte, Dampf abzulassen und die Studenten davon abhalten sollte, den Kampf gegen das HRG (Hochschulrahmengesetz) aufzunehmen. Deshalb trafen sich spontan ca. 100 empörte Studenten und beschlossen den Kampf nicht an dieser Stelle abzubrechen.

Auf einer Fachbereichsvollversammlung am Dienstag, dem 7. Dezember, wurde dann die unbefristete Fortführung des Streiks beschlossen. (160 Stimmen für, 20 Stimmen gegen Streik). Forderungen: „Weg mit dem HRG, „Für mehr BAFöG". Wir wählten eine Streikleitung, stellten Streikposten auf, führten eine Urabstimmung durch (Ergebnis: 200 für, 133 gegen den Streik) und richteten Arbeitsgruppen ein. Das paßte dem AStA gar nicht und mit der Unterstützung der Fachbereichsleitung versuchte er, den Streik zu brechen. Z.B. durch Aushängen von Türen, Abreißen von Streikplakaten und Einsteigen in die Seminarräume durch die Fenster.

In bewußt verfälschten Informationen an andere ASten versuchte er, die Streikenden als eine Handvoll Chaoten darzustellen. Durch die Störmanöver des AStA waren wir gezwungen, uns mehr mit dem Streikbrechern, zu denen sich der KSB (KBW) gesellte, als mit dem HRG zu beschäftigen. Uns gelang es, den Streik vom Dienstag, dem 7. 12. bis Dienstag, dem 14. 12. aufrecht zu erhalten. Um unsere Kräfte nicht in sinnlosen Kämpfen gegen den MSB und Konsorten zu vergeuden, sondern sinnvoll gegen das HRG zu richten, mußten wir den Streik am Dienstag organisiert abbrechen.

Die 80 bis 150 Studenten, die ständig im Streik aktiv waren, haben aus diesem Kampf gelernt: Unser AStA ist kein Kampfpartner. Wir müssen einen selbständigen Kampf führen und werden auch die Kämpfe für das Sommersemester eigenständig vorbereiten. Ebenfalls werden wir die Informationen nach außen selbst organisieren müssen.

Aus dem Streik hat sich eine Gruppe von aktiven Leuten zusammengetan, die kontinuierlich am Fachbereich weiterarbeiten will. Wir werden die Streikerfahrungen aufarbeiten und eine umfassende Dokumentation erstellen. Weitere Informationen und die Dokumentation können bezogen werden bei:

Karl Sand, Oeder Weg 13, 6000 Frankfurt 1, Tel. 597 88 25

(Basisgruppenbericht)

STREIK DER FHS GIESSEN – FRIEDBERG GEGEN REPRESSIVE PRÜFUNGSORDNUNG NICHT ABGEBROCHEN

GIESSEN
FRIEDBERG
4. Januar

Weiter ausgesetzt, nicht abgebrochen, wurde der im Dezember letzten Jahres begonnene Streik an der FHS Gießen-Friedberg. Die Studenten protestierten gegen den drohenden Erlaß von Prüfungsordnungen, mit denen nach den Vorstellungen des Kultusministeriums sowie einiger konservativer Fachhochschullehrer Regelungen zur Zwangsexmatrikulation während des Studiums eingeführt werden sollten. Die in der Streikurabstimmung bekräftigten Forderungen der Studentenschaft nach Prüfungsordnungen ohne Zwischenprüfung bzw. ohne Einschränkung der Wiederholbarkeit der Scheine ist noch nicht erfüllt worden, aber das Kultusministerium hat von der Zwangsverordnung der Prüfungsordnungen immerhin einstweilen Abstand genommen. Der Leiter der Abteilung Hochschule im Kultusministerium, Kraneis, hat dem Asta gegenüber erklärt, daß dem Erlaß eine kleine Studienreformdiskussion vorgeschaltet werden soll.

Vor diesem Hintergrund beschlossen die Studenten die Aussetzung der Streikmaßnahmen auf einer gut besuchten Vollversammlung am ersten Vorlesungstag im neuen Jahr. Anwesend waren im Bereich Gießen 600-700, im Bereich Friedberg 400 - 500 Studenten.

TU-VOLLVERSAMMLUNG EMPFIEHLT STREIK

WESTBERLIN
9. Dezember

Auch an der TU ist der Streik endlich auf positive Resonanz gestoßen. Als (fast) letztes Glied in der Kette der Berliner Hochschulen und Fachhochschulen wurde auf der VV (2500 Anwesende) vom Dienstag, den 7.12.76 mit überwältigender Mehrheit eine Empfehlung an die FB den Kampf gegen die reaktionäre Hochschulpolitik des Senats und des Bundes aufzunehmen. Sollten sich die VV's der einzelnen Fachbereiche für einen Eintritt in den Streik aussprechen, wird die von den FU-Germanisten initiierte „Arbeitsniederlegung" (Lämmert) auf eine Bewegung von ca. 60000 Studenten angewachsen sein.

RESOLUTION DER TU-VV VOM 7.12.76

Die VV der Studenten ist der Meinung, daß unter den folgenden Forderungen ein TU-weiter Streik notwendig ist:
- Weg mit den Berufsverboten
- Einstellung aller Disziplinar- und Ermittlungsverfahren an der TU
- Einstellung, bzw. Weiterbeschäftigung der Betroffenen
- keine Kriminalisierung des Streiks an den Hochschulen
- keine politische Disziplinierung der Studenten durch das Ordnungsrecht
- sofortige Freilassung von Christoph und Peter und Einstellung der Verfahren
- gegen Verschärfung der Studienbedingungen
- für eine angemessene Erhöhung des BAFöG
- weg mit dem Arbeitsverbot für die ausländischen Studenten
- weg mit HRG und Ordnungsrecht
- weg mit politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen

Die VV der TU fordert die einzelnen FB-Initiativen, Basisgruppen, Delegiertenräte, politische Organisationen und interessierte Studenten auf, in VV's oder Urabstimmungen den Streik an ihren FBs zu beschließen. Weiterhin schlägt die VV vor, den Streik spätestens bis Montag, den 13.12.76 zu beginnen und am 17.12.76 auszusetzen, bis auf einer weiteren Uni-VV Anfang Januar über Fortsetzung oder Beendigung beschlossen wird.
Es bleibt den einzelnen FBs überlassen, zusätzlich zu den genannten zentralen Forderungen weitere aufzunehmen.

Ferner wurde von der Uni-VV beschlossen:
- Der zentrale Streikrat wird aus je zwei Kommilitonen, die auf der jeweiligen FB-VV gewählt wurden, gebildet.
- Die VV beschließt einen unbefristeten Streik (Empfehlung).
- Die nächste TU-VV findet am Di., den 14.12.76 statt.

IN SACHEN „POLITISCHE ZENSUR BEIM TAGESSPIEGEL"

Wie berichtet haben 76 der 79 Beschäftigten am PI (Publizistischen Institut) eine gemeinsame Anzeige beim Tagesspiegel bestellt. Nachdem sie zunächst akzeptiert wurde und auch schon der Preis ausgemacht war, wurde sie dennoch abgelehnt. Begründung: Es handelt sich um ein „Demagogisches Pamphlet".

Gestern (Di) wurde eine korrigierte Vorlage (politisch nicht abgeschwächt) beim Tagesspiegel vorgelegt. Resultat: negativ. Am Mittwoch ist bekannt, ob es bei der Ablehnung bleibt. In dem dem Falle wird der Tagesspiegel sich wundern!

UND:

Das Berlin-Kolleg hat auf seiner VV am Montag, den 6.12.76 mit großer Mehrheit die Streikfortsetzung bis einschließlich Freitag, dem 10.12.76 beschlossen.

DEMOKRATIE IST ARBEITSVERWEIGERUNG

Der Präsident hat am 6.12.76 (Nikolaustag) ein Rundschreiben an alle Haupt- und Nebenfachstudenten im FB Germanistik geschickt, in dem die Aberkennung des Semesters angedroht wird, wenn die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Sein Argument: Die wachsende Schwierigkeit, der Öffentlichkeit „ angesichts der allgemeinen Arbeitslage und angesichts des Zudranges besonders starker Jahrgänge zur Universität eine wochenlange Arbeitsverweigerung als Ausdruck" des Protestes zu vermitteln.
aus: Streikkurier Nr. 5/8.Dezember der AG Publizistik, Tel. 822 3232/38

FRAGESTUNDE IM ABGEORDNETENHAUS

Im Schöneberger Abgeordnetenhaus fand gestern (8.12.) eine Fragestunde statt, bei der unser Streik besprochen wurde. Zwei Mitarbeiter des Streikkuriers versuchten vergeblich in die öffentliche Sitzung zu gelangen. Daher mußten wir auf eine Reportage im SFB-Mittagsmagazin zurückgreifen. Der Redakteur des SFB befragte Vertreter der drei bürgerlichen Parteien. Dabei bezogen diese folgende Positionen:

Lummer (CDU) vertrat die Auffassung, Lämmert sei von Kommunisten gewählt und fühle sich seinen Wählern verpflichtet. Darum könne er nicht mit harten Maßnahmen durchgreifen. Lummer hält eine Reihe von repressiven Maßnahmen für notwendig, um der gegenwärtigen Studentenbewegung zu begegnen, z.B.: Polizeieinsatz, Eintrittskarten für Seminare, Seminarauslagerungen, Durchsetzung des Ordnungsrechts (namentliche Erfassung und Rausschmiß von angeblichen Störern).

Ein Vertreter der SPD konstatierte dagegen sogar bestimmte soziale Probleme im Hochschulbereich, stellte aber grundsätzlich fest, daß es ein taktischer Fehler der Politiker sei, diese Fragestunde anzusetzen und somit dem Streik öffentliche Bedeutung beizumessen. Er ignorierte die studentische Basisdemokratie (gewählte Streikräte) und vertraute für die Konfliktlösung auf „die gute Kooperation zwischen Verwaltung, Präsidialamt und Polizei".

Der FDP-Vertreter meinte, der gewählte Uni-Präsident, „Prof. Lummer äh Lämmert", sei nicht den Linken verpflichtet und werde gerade von ihnen stark kritisiert, da er sein Amt ernst nehme. Der Kommentator schließt die Fragestunde mit der Feststellung die Parteien hätten kein Rezept anzubieten. Dieser eindeutigen Feststellung schließt sich die Redaktion mit dem Zusatz an, daß vor allem erst einmal die Problemstellung den Politikern klar werden möchte.
aus: Streikkurier Nr. 6

POLIZEISPITZEL IN CHIRURGIEVORLESUNG

HEIDELBERG
15.Dezember

Im Fach Cirurgie, das in diesem Semester etwa 340 Medizinstudenten belegt haben,sollte eine Abschlußklausur geschrieben werden, was von einem Teil der Studenten abgelehnt, von einem anderen Teil gewünscht wurde.

„Am 14.12. wurde, so Dr.Becker (Chirurgie) nur die letztere Gruppe zu Praktikum und Vorlesung zugelassen, d.h. von den 340 eingeschriebenen Studenten des Semesters wurden 80 ausgeschlossen.

Die Einlaßkontrolle, so erklärte Dr.Becker auf Anfrage, habe man eingeführt, um den erklärten lernwilligen Studenten gerecht zu werden: „die haben darauf bestanden", daß die Vorlesung stattfindet. Die Ausgeschlossenen, so berichten Dr.Becker, AStA-Referent Winfried Anslinger und Polizei, haben sich vor der Chirurgie versammelt, wurden jedoch durch etwa 20 Polizeibeamte, die sich vor dem Portal aufstellten, am Zutritt zum Klinikum gehindert. Einige Studenten sollen sich durch den Keller Zutritt zum Gebäude verschafft haben. Zu besonderen Zwischenfällen sei es aber nicht gekommen. Allerdings filmte die Polizei das Geschehen mit ihrem Videogerät.

Polizei hatte man bereits in der vorigen Woche, am 7.Dezember, in den Hörsaal der Chirurgie gebeten. Zivilbeamte, so geht aus einer Pressemitteilung des AStA-Referenten Thomas Selig hervor, seien unter den Hörern beobachtet worden, andere Polizeibeamte seien durch den Hörsaal ‚patrouilliert'. Als ein Student den durch Weihnachtslieder ohnehin beeinträchtigten Vortrag von Professor Linder störte, soll dieser ihm alsbald ‚Hausverbot' erteilt und ‚das Wort entzogen' haben. Kurz darauf sei der Student von der Polizei abgeführt worden. Kommentar des AStA: „Polizeistaatsmethoden"!

AUSEINANDERSETZUNGEN AN DER KATHOLISCHEN FACHHOCHSCHULE

FREIBURG
16.Dezember

Vom 30.11. bis 2.12. beteiligten sich die Studenten der Katholischen Fachhochschule an dem bundesweiten Warnstreik der Fachhochschulen. In der größten Vollversammlung der Geschichte dieser FHS hatten sich über 86% der Studenten für den Streik ausgesprochen. In Arbeitskreisen wurden die Forderungen des VDS – Bafög-Erhöhung; Verbesserung der sozialen Lage der Studenten und Übergang der FHS-Absolventen zu den Universitäten – erarbeitet sowie die hochschulinternen Forderungen : Streichung des Ordnungsrechts, Aufhebung der Genehmigungspflicht studentischer Gruppen, Rücknahme der Plakatierungs- und Raumvergabeordnung.

Am Montag, den 6.12. wurden alle Studenten von der Nachricht überrascht, daß der Rektor gegen alle AStA-Mitglieder und einem weiteren Kommilitonen geeignete Ordnungsmaßnahmen ergreifen will. Vorgeworfen wird diesen Studenten, sie hätten zum Streik aufgerufen, was nicht stimmt und der AStA habe eine, allerdings unrechtmäßig verbotene, Veranstaltung gegen die Berufsverbote durchgeführt.

Die Studenten erklärten in einer Vollversammlung am 9.12., daß sie nicht bereit sind, diese Zwangsmaßnahme der Schulleitung zu akzeptieren. In einem Gespräch mit Rektor Sagi am Montag versuchten die Betroffenen noch einmal, ihre Position darzulegen und die Schulleitung dazu zu bewegen, die Verwarnungen zurückzunehmen. Daraufhin führte die Studentenschaft am 14.12. einen eintägigen Warnstreik für die sofortige Zurücknahme der Verwarnungen und gegen das Ordnungsrecht durch. Desweiteren hatte die Studentenschaft in ihrer Vollversammlung beschlossen, ab Mittwoch, 15.12. in einer gewaltfreien Aktion vor dem Rektorat ihre Freizeit zu verbringen, bis die Verwarnung zurückgenommen ist.

AStA der katholischen Fachhochschule,Wölflinstraße 4
7800 Freiburg, Telefon: 0761 / 200438

UNI GÖTTINGEN SOLIDARISIERT SICH MIT P.P. ZAHL

GÖTTINGEN
15.Dezember

In der Woche vom 13.-17.12. waren hier, an der Göttinger Universität die Streiktage gegen das NHG (Ordnungsrecht, Bafögbeschränkungen etc.) von einer VV beschlossen worden, die seit vielen Jahren nicht mehr so gut besucht war: etwa 4000 Studenten beteiligten sich. Die abschließende Demonstration am 17. (Freitag) durch die Stadt Göttingen verlief ruhig. Es beteiligten sich über 10 000 Personen.

Im Rahmen einer Umbenennungs-Aktion sämtlicher Gebäude im geisteswiss. Zentrum wurde das frühere Verfügungsgebäude in ‚Peter-Paul–Zahl–Institut' umbenannt. Es folgte eine Groenewald-Vorlesung zum Justizterror, neuer Polizeigesetzgebung, Entwicklung der politischen Prozeßführung.

Am Mittwoch, 15.12. fand eine Veranstaltung zur Geschichte der politischen Justiz statt; gegen Ende der Veranstaltung wurden Texte von PP Zahl gelesen und seine Situation erläutert. Eine AG, die ständige Einrichtung sein will, bemüht sich, weitere Aktionen (evtl. Solidaritätslesungen mit VS-Schriftstellern) folgen zu lassen.

Von der Uni-VV wurde eine Resolution verabschiedet, die die folgenden Forderungen enthielt:

„Wir fordern:

1. Für den politischen Schriftsteller und Gefangenen Peter Paul Zahl freie Arbeitsbedingungen, ungehinderte Informationsfreiheit, freien Zugang zu a l l e n erforderlichen Arbeitsmitteln in der Justizvollzugsanstalt Werl.

2. Abschaffung sämtlicher Zensurmaßnahmen besonderer Art und Aushändigung sämtlicher Manuskripte, Zeitungen und Zeitschriften, die „beschlagnahmt und zur Habe des Gefangenen" gegeben werden. (Wir schließen uns insoweit den Forderungen des VS (Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier) und des PEN-Clubs Deutschland u. der Niederlanden).

3. Gemäß Strafvollzugs-Ordnung in der Fassung vom 1.1.77 fordern wir „freie Selbstbeschäftigung" für den Schriftsteller Zahl.

4. Wir unterstützen den Antrag auf Wiederaufnahme gegen das Urteil vom 12.März 1976.

Die Streikversammlung der Ulrike M.Meinhof-Universität"

HEIDELBERG: EINE NIEDERLAGE DES KBW

HEIDELBERG
22. Dezember

Im ID 153 stand unter der Überschrift „KBW sprengte Sponti-Veranstaltung" ein Kurzbericht über einen Abend in der Heidelberger Uni, auf dem die beiden Altgenossen Clara und Paul Thalmann über ihre Erfahrungen mit der sozialen Revolution im Spanischen Bürgerkrieg berichteten. Paul Thalmann fand den ID-Artikel falsch. Hier seine Darstellung undKritik:

„Clara und ich waren in Heidelberg an den Spanienveranstaltungen des dortigen Asta. Der Bericht in eurem Info ist absolut falsch und gibt ein völlig verzerrtes Bild. Dem KBW gelang es keinen Augenblick, die Veranstaltung zu sprengen. Am Abend, an dem ich und Clara sprachen, war das Auditorium voll, 700 Studenten. Rund 50 KBWler marschierten auf mit einem riesigen Transparent auf dem es hieß:„Thalmann, Wehner, Brandt, gegen die Arbeiterklasse Hand in Hand". Sie versuchten dann, mit Sprechchören die Versammlung zu stören, und wollten mich nicht reden lassen. Das gelang nicht. Ich ergriff das Mikro und drängte sie unter dem Beifall der Mehrheit völlig an die Wand. Sie mußten mich schweigend über Dreiviertelstunden anhören, was zu Spanien zu sagen war. Clara sprach nach mir über die Politik und die Foltermethoden der Stalinisten in Spanien. Sie erhilet von den KBWlern zur Antwort: „Es kommt drauf an, wer foltert." Daraufhin gab es tumultöse Szenen (wie schon vorher bei mir) und die Spontis wollten die Randalierer verprügeln, was wir aber verhinderten, ich trat dafür ein, daß jemand von ihnen sprechen konnte. Das geschah und zwar so kläglich, daß sie ausgelacht wurden. Es stimmt, es gab eine Abstimmung abzubrechen, was mit riesiger Mehrheit beschlossen wurde, doch ging die Veranstaltung dann trotzdem weiter. Die Astaleute, deren Spaniengruppe eine sehr gute Broschüre herausgab, waren der Meinung, der KBW in Heidelberg hätte noch nie eine derartige Niederlage erlitten. Die andern drei Abende über Spanien verliefen viel ruhiger."

STRAFANZEIGE GEGEN POLIZEI WEGEN VERSUCHTEN TOTSCHLAGS

BROKDORF
6. Januar

Pressemitteilung des Rechtsanwaltsbüros Groenewold, Hamburg:

Für unseren Mandanten Bernd Woitalla haben wir bei der StA Kiel Strafanzeige wegen versuchten Totschlags erstattet.

Bernd Woitalla war Teilnehmer an der Demonstration gegen das KErnkraftwerk in Brokdorf am 13. November 1976. Er wurde von einem Steinwurf der Polizei schwer verletzt. Ein Polizist warf vom Baugelände aus einen Ziegelstein gegen Woitalla, der ihn an der Schläfe traf. Woitalla stand vor dem Zaun und war erkennbar ungeschützt. Er trug keine Kopfbedeckung.

Bernd Woitalla befindet sich z.Z. in der neurologischen Abteilung des Kieler Universitätskrankenhauses. Woitalla war dort einen Tag nach seinen Verletzungen in Brokdorf gebracht worden. In Kiel war festgestellt worden, daß durch den Stein ein Knocheneinbruch über dem linken Ohr mit einer Blutung in das darunterliegende Gehirn erfolgt war. Die Ärzte entschlossen sich deshalb zu operieren und öffneten den Schädel. Die Gehirnhaut war zerstört. Im Gehirn waren noch Sandkörner und Haare. Das Sprachzentrum war verletzt. Bernd Woitalla hat die Operation bisher gut überstanden. Sein Sprach und Errinnerungsvermögen sind jedoch weiterhin gestört. Bisher ist noch nicht zu übersehen, ob bleibende Gehirnschäden vorhanden sind.

Bernd Woitalla ist Schiffsbauer und bekannt als einer der roten Betriebsräte auf der HDW in Kiel. Er ist verheiratet und hat ein Kind.

TÜV - INGENIEUR WEGEN BROKDORF PROTEST GEFEUERT

HAMBURG
6. Januar

Aus Furcht um seine „Unabhängigkeit", hat der Technische Überwachungsverein Norddeutschland (TÜV) dem Kernenergieingenieur Jens Pommerenke fristlos gekündigt, weil er an der Brokdorf Kundgebung am 30. 10 teilgenommen hat. Pommerenke, der als Strahlenschutzsachverständiger beschäftigt war, hatte gegen einen schriftlichen Verweis seines Arbeitgebers protestiert, der ihm die Kundgebungsteilnahme vorwarf. Die fristlose Kündigung ist nach einem Arbeitsgerichtsverfahren mittlerweile in eine fristgerechte umgewandelt worden.

Der TÜV warf ihm „Uneinsichtigkeit für die gerechtfertigten Belange des TÜV" vor und fand, daß „die Neutralität und Unabhängigkeit unseres Sachverstädnigen in Zweifel gestellt werden können".

Andere Sachverhalte lassen ganz andere Zweifel entstehen: Der TÜV Norddeutschland hat ein Gutachten über die Sicherheit des 13 000MWE Kernkraftwerks in Brokdorf im Auftrag des Sozialministers von Schleswig-Holstein erstattet. Im Vorstand des TÜV, der über die Sicherheit von Kerkraftwerken zu wachen hat, sitzen unter anderen auch die gleichen PErsonen, die die Kernkraftwerke betreiben.

Zum Bsp. TÜV-Vorstandsmitglied Dr. Meister: er ist Aufsichtsratsvorsitzender des KKW Brunsbüttel, Aufsichtsratsvorsitzender des KKW Krümmel, Aufsichtsratsmitglied der BEWAG, Vorsitzender der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke, Landesgruppe Schleswig Holstein und soweiter.

Oder sein Kollege Kelsch; Vorstand bei NWK, Preußenelektra, VEBA Düsseldorf, Aufsichtsratsvorsitzender beim KKW Stade, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats beim KKW Krümmel, Uran GmbH und Co. KG Frankfurt, Energieversorgung Weser-Ems-Oldenburg, KKW Brunsbüttel, BEWAG Berlin.

Die Liste von Posten in anderen Konzernen dieser und anderer „unabhängiger Überwacher" läßt sich ins Unendliche fortsetzen.
In einer Resolution solidarisiert sich die BUU mit Jens Pommerenke:

„Der TÜV ist auf dem Papier eine „unabhängige Organisation, nicht staatlich und nicht privatwirtschaftlich." Die Wahrheit ist folgende: Der TÜV wird finanziert von seinen Auftraggebern, d.h. hier von der Kernindustrie und/oder dem Staat. Gegen das Kernkraftwerk Brokdorf gibt es Widerstand. Der Kollege Pommerenke nahm an der Kundgebung am 30.Oktober teil. Darum ist er entlassen worden! Gefährlich ist es für den „unabhängigen" TÜV und seine zahlungskräftigen Kunden, wenn ein dort Beschäftigter, der lohnabhängig und nicht „unabhängig" ist, teilnimmt an diesem gerechten Kampf der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung. Seine Entlassung ist zutiefst ungerecht. Er hat unsere Solidarität für die Forderung: Zurücknahme der Entlassung von Jens Pommerenke! Wir fordern weiter: Einstellung aller Disziplinar- und Strafverfahren gegen KKW-Gegener! Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo!"

HOCHAKTIVE PLATTE

MÜNCHEN
6.Januar
'Atomanlagen' heißt eine neue Platte, die die Bürgeraktion Küste in Eigenproduktion gemacht hat. Darauf sind Lieder aus den Anti-KKW-Bewegung in Brokdorf, Esensham, Würgassen und Lichtenhorst. Kostet 15 Mark, bei Abnahme von 10 und mehr Stück 12,,- Mark.

Vertrieb über: **Trikont-Verlag,Josephsburgstr.16,8 München 80**

BUU–NACHRICHTENDIENST GEGEN ATOMENERGIE

HAMBURG
6.Januar
Die Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe – Altona beginnt mit der Herausgabe eines wöchentlichen Nachrichtendienstes gegen Atomenergie und Umweltverschmutzung:

„Der ND soll in einer größeren Zahl gedruckt werden – schon damit der Preis der einzelnen Ausgabe erträglich bleibt. Er soll aktuelle Meldungen aus der Presse, Nachrichtenagenturen, Rundfunk und Fernsehen und den Bürgerinitiativen selbst allen Interessenten als Arbeitsmerial zur Verfügung stellen. Dazu brauchen wir eure Unterstützung. Der ND kann im wesentlichen immer nur die Informationen bringen, die aus den Gruppen und von einzelnen Interessierten zu uns kommen."

Der wöchentliche ND kostet im Abo per Post 6,-Mark im Monat (4 Ausgaben) - zahlbar im voraus! Extras werden auf gesonderte Bestellung geliefert und gesondert berechnet. Für Wiederverkäufer (Buchhandlungen, Bürgerinitiativen) Rabatte auf Anfrage – Kommissionslieferung möglich.

Anschrift: **Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe-Altona**
ND-Redaktion c/o Jan Lüthje, Tel.040 / 88 00 218
Bielfeldtstr.2, 2 Hamburg 50
(Informationsbüro: Bei der Osterkirche 23, 2 Hamburg 50)

ERÖRTERUNGSTERMIN FÜR KKW GROHNDE

(Aus zwei verschiedenen Berichten)

HANNOVER
6.Januar
Nach Informationen der Behörde soll es ungefähr 3500 Einwendungen bei dem wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren für das KKW Grohnde gegeben haben. Zu dem Termin am 14.12. in Hannover waren ca. 500 Leute gekommen. Um überhaupt hineinzukommen, mußte man zweimal den Herren von der Wach- und Schließgesellschaft den Teilnehmerausweis und den Personalausweis zeigen, und dann wurde noch der Name eines jeden aufgeschrieben und die Teilnehmer-Nummer.

Der Veranstaltungsleiter führte die Erörterung sehr bürokratisch und rigide durch. Wortmeldungen mußten schriftlich eingereicht werden, mit Adresse, Nummer des Teilnehmerausweises und Stichwort. Um Wortmeldeunterschlagungen durch den Diskussionsleiter vorzubeugen, haben wir sie selbst zentral gesammelt, notiert und dann der Behörde weitergereicht. Unsere Mikrofone im Saal wurden nur nach Aufruf durch den Diskussionsleiter angestellt.

Gegen die dauernden Versuche der Behörde, Redebeiträge zu unterschlagen, haben wir uns gemeinsam zur Wehr gesetzt. Gegen unsere Einigkeit waren sie machtlos. Wir haben die Reihenfolge unserer Beiträge selbst festgelegt, indem jeder Redner verhinderten Rednern den Vorrang ließ oder sagte, daß sie den ersten Teil seiner Ausführung übernehme.

Verhandelt wurde nur über Top 1: Eröffnung des Erörterungstermins. Die Behörde wollte aus dem Erörterungstermin einen Anhörungstermin machen. Nach einem 'Beitrag' rief sie gleich den nächsten 'Wortmelder' auf, um sich um die Antwort zu drücken. Daraufhin haben wir jedesmal solange im Chor 'Antwort, Antwort' gebrüllt, bis sie dem nachkamen. Aber auch dann spulten sie Worte ohne Aussagen ab: „Wir nehmen Ihren Beitrag zur Kenntnis". Oder aber sie wiederholten Aussagen über das Verfahren.

Alle Beiträge waren begründete Anträge zur Vertagung des Erörterungstermins, in denen der Behörde die Verletzung formaler Verfahrensregeln nachgewiesen wurde. Die Behörde bat bei jedem aufgedeckten Verfahrensmangel um Entschuldigung, Einsicht, Nachsicht etc. und verwies auf die menschlichen Fehler, beschied aber jeden Antrag abschlägig, ohne eine darauf bezogene Begründung.

Behörden-Aussagen:
'Wir wollen nicht kleinlich sein'
'Niemand kann seine eigenen Taten selbst beurteilen'
'Selbstverständlich haben sie das Recht, Ihre Meinung zu sagen'
'Es treten immer unterschiedliche Meinungen auf, damit müssen wir leben.'

Bei der Nachfrage nach Verantwortlichkeit und Sachverständigkeit verschanzten sie sich hinter ihrer Arbeitsteilung.

Vertreter der BI Hameln beantragten die Verlegung auf ein Wochenende, um allen arbeitenden Einwendern die Möglichkeit zur Erörterung zu geben, sowie die Verlegung nach Hameln unter Hinweis darauf, daß sonst solche Termine üblicherweise am Ort stattfinden, begründetermaßen. Der Antrag, die Forderung wurde noch erweitert: erst Baustop, dann Erörterung in Hameln am Wochenende. Einheitlich haben wir den Nachmittag über diese Forderung immer wieder vorgetragen: in Sprechchören, Gesängen, Rufen.

Der Versammlungsleiter versuchte die Leute dadurch zu beruhigen, daß er Leuten aus der Bürgerinitiative das Wort erteilte. Das ist ihm auch teilweise gelungen. Als aber ein Einwender erklärte, daß der Regierungspräsident schon bei der ersten Teilgenehmigung der 'Wasserentnahme aus der Weser zu Kühlzwecken grundsätzlich zustimmte' und der für Verfahrensfragen zuständige Herr Schröder auf dem Podium den Unterschied zwischen 'grundsätzlich' und 'endgültig' klarmachen wollte, kam die Unruhe wieder auf; in Sprechchören wurde gefordert: „Baustopp".

Wir waren uns alle darin einig, daß dieser Termin ein bloße Farce ist. Während der Veranstaltungsleiter vergeblich Einwender zum Mikrofon rief, haben wir gesungen:
Wehrt Euch, leistet Widerstand gegen das Atomwerk hier im Land, schließt Euch fest zusammen!
Der 'ordnungsgemäße Ablauf der Erörterung' glitt ihm aus der Hand. Wir zogen singend durch den Raum, hefteten immer mehr KKW-Nein–Plakate an die Behördentische und erstiegen schließlich singend ihre Bühne. Wir beharrten auf unseren Forderungen. Der Leiter drohte mit Räumung durch die Polizei. Diese hielt sich versteckt in den Nebenräumen auf.

Die Bühne wurde aus dem einfachen Grund nicht geräumt, weil die ganze Versammlungsleitung vorne an der Kante der Bühne saßen und die 'Bühnenbesetzer' dahinter standen. Der Leiter und seine Kollegen wären bei der Räumung glatt von der Bühne gekippt.

Kurz vor Schluß wurde die Erörterung auf den nächsten Tag vertagt. Wir diskutierten noch kurz unser Vorgehen für den nächsten Tag: entweder im Saal weiter die Forderung vertreten oder den Saal absperren und nur die offiziellen Vertreter durchlassen. Wir entschieden uns für zweiteres.

Am nächsten Morgen standen etwa 30 Leute vor den Toren, verteilten Flugblätter und ein neues Lied wurde gesungen. Danach zog noch eine Minidemonstration durch die Innenstadt. Im Saal waren etwa 80 Leute. Die Hälfte davon Preußen-Elektra-Typen und zivile Polizei. Auch an diesem zweiten Tag waren sie noch bei Tagesordnungspunkt 1: Eröffnung."

ZUSATZGUTACHTEN ZU WYHL VERHANDELT

KARLSRUHE 6.Januar Am 11.Dezember fand in Karlsruhe die erste Verhandlung über die Zusatzgutachten zum KKW-Standort Wyhl statt. Diese Zusatzgutachten sind der wichtigste Bestandteil der Offenburger Vereinbarung, in der Bürgerinitiativen und Landesregierung zu dem Kompromiß kamen, daß die Landesregierung in Zusatzgutachten die Unbedenklichkeit des geplanten KKW's beweisen wollte. Während die Bürgerinitiativen den besetzten Bauplatz damals freigaben, verpflichtete sich die Landesregierung zum Baustop bis zur Beseitigung der Bedenken.

Der Karlsruher Termin war organisatorisch auf einen weitgehenden Ausschluß der Öffentlichkeit ausgerichtet. Durch einen kleinen Raum war die Teilnehmerzahl zwangsläufig begrenzt, die Entfernung zum Kaiserstuhl tat den Rest. Außer der Verhandlungsdelegation nahmen deshalb nur ca. 50 Personen vom Kaiserstuhl und ca. 20 Atomkraftgegner aus Karlsruhe teil, nichts destotrotz war es für die Jahreszeit viel zu grün rund um das Kongreßzentrum.

Wenn man die oftmals haarsträubenden Ungereimtheiten der Gutachten mitbekommen hat, wird auch die politische Motivation zum Ausschluß der Öffentlichkeit einsichtig. (Eine ausführliche Darstellung und Kritik der Gutachten liegt vom AK Umweltschutz an der Freiburger Universität vor. Zu bestellen bei:
AK Umweltschutz, Wilhelmstraße 15, 78 Freiburg.

Die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Unmöglichkeit, die Sicherheit eines KKW's nachzuweisen, nahm oftmals peinliche Züge an: So stellte der fortwährend auf seine Neutralität und Sachkenntnis verweisende („ich mache sowas nicht zum ersten Mal" Prof.Baitsch, verantwortlich für das Grundwassergutachten, zum Teil Alltagsweisheiten fest („kennzeichnend für die Aulandschaft am Oberrhein sind die vielen Altrheinarme") oder schlug zur Rettung des ökologischen Gleichgewichts bei etwaigem Absinken des Grundwasserspiegels in Folge der Verkleisterung des Rheinbettes ein Ausbaggern der Altrheinarme vor und wenn dies nicht ausreiche, das Ausbaggern von Gräben: Venedig am Kaiserstuhl und mittendrin das KKW. Ansonsten habe das KKW aber keine Auswirkungen auf die Ökologie, soweit das Grundwasser angesprochen ist.

Großen Beifall bekam dann der Fischermeister aus Weisweil, als er aus seiner jahrelangen Erfahrung über ökologischen Auswirkungen verschiedener Eingriffe in die Rheinaue (z.B. durch Staustufen) berichtete. In der Konfrontation von theoretischer Empirie mit den praktischen Erfahrungen sah die Wissenschaft und ihre computersimulierte Erkenntnisse auf der Datenbasis einiger Tiefenbohrungen gar nicht gut aus.

Nichtsdestotrotz beharrte die Landesregierung auf ihrer Meinung, daß durch die Zusatzgutachten die Bedenken ausgeräumt seien. Damit verfolgt sie konsequent ihre mit den Offenburger Verhandlungen angestrebte Strategie, nämlich in der Presse und der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß die Verhandlungen ihre Pläne zum KKW-Bau rechtfertigen. Daß sich dies nicht mit dem realen Verhandlungsablauf deckt, bleibt all denen unbekannt, die sich nicht selbst auf den Erörterungsterminen informieren können. Dem Anschein nach geht es bei den Wyhl-Verhandlungen der Landesregierung darum, ein positives Meinungsklima für eine Polizeiaktion à la Brokdorf zu schaffen. Aus diesem Grunde ist die öffentliche Diskussion am Kaiserstuhl unbedingt notwendig für die Bürgerinitiativen, wenn sie nicht gegenüber dem eingeschliffenen Informationsapparat der Landesregierung und der KKW-freundlicher Zeitungen im Lande hoffnungslos ins Hintertreffen geraten wollen.

Der nächste Verhandlungstermin ist am 15.Januar in Emmendingen!

DER ERSTE SCHRITT ZUM ‚ENTSORGUNGSPARK'

HANNOVER 6.Januar In einer Presseerklärung weist die ‚Bürgerinitiative Hannover gegen Atommüllaufbereitung' auf die geplante Brennelemente-Fabrik in Lingen/Niedersachsen hin, die bereits ein Glied in der Kette der atomaren Wiederaufbereitungsanlage ist.

„Die Firma ESSO will in Lingen eine Fabrik für Atomkraftwerks-Brennelemente errichten. Die unmittelbare Nähe zum wahrscheinlichsten Standort der Atommüllfabrik bei Wahn ist verblüffend und macht klar: hier ist bereits die erste Baustufe des ‚Entsorgungsparks' in Vorbereitung — trotz der beschwichtigenden Worte des Ministerpräsident Albrecht: Nach Ende der Aufarbeitung müssen nämlich aus dem rückgewonnenen Uran und Plutonium Brennelemente hergestellt werden — und das am besten gleich in der Nähe.

Nicht den bundesrepublikanischen Atommüll will Albrecht also in die USA exportieren, sondern es werden ganze atomtechnische Produktionszweige aus den USA nach Niedersachsen verlagert. Dies werden wir nicht zulassen!

Keine Brennelementefabrik in Lingen!
Keine Atommüllaufarbeitung — nicht in Wahn, nicht in Lichtenhorst, nicht in Lutterloh und auch nicht anderswo!"

Kontaktadresse der Bürgerinitiative:
Unabhängiges Jugendzentrum Nordstadt
Kornstraße 28-30, 3000 Hannover 1

ANTI – KKW – KULTUR

WORMS 6. Januar Die Arbeitsgruppe (AGU) Worms plant in nächster Zukunft eine Anti-KKW-Ausstellung, bei der Plakate, Bilder, Postkarten und ähnliches gezeigt werden sollen. Wir wenden uns hier an alle BI's, die während ihres (jetzigen und zukünftigen) Kampfes gegen KKW's oben genannte Publikationen benutzt haben. Wir stellen uns die Sache folgendermaßen vor: Jede BI schickt uns von ihren Plakaten wenn möglich je drei Exemplare. Die AGU stellt drei komplette Plakatsammlungen zusammen, die dann auf Anfrage anderer BI's zugesendet werden können, um ähnliche Veranstaltungen durchführen zu können.

Alldieweil wir wenig Geld haben, verstehen wir diese Aktion auch als solidarische Unterstützung der Anti-KKW-Bewegung. Bitte möglichst schnell zuschicken.
Kontaktadresse: AGU WORMS, Brigitte Sailer, Bergartenstr. 8. 6520 Worms 1

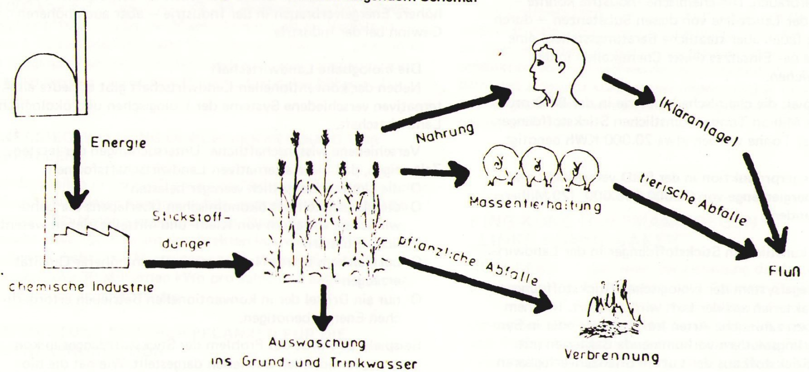
HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

LANDWIRTSCHAFT, GARTENBAU UND ENERGIE

In der Landwirtschaft erfolgte in den letzten Jahrzehnten eine systematische Technisierung und Industrialisierung. Das brachte Vorteile, zum Teil aber auch gravierende Schäden. Und zwar dort, wo biologische Funktionen durch Technik und Industrie ersetzt und ökologische Kreisläufe zerstört wurden.

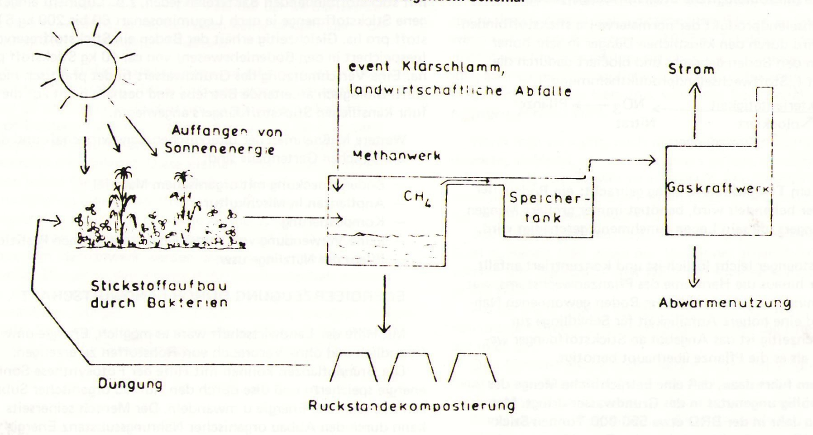
Die Konventionelle Landwirtschaft funkiotniert heute zum görßten Teil nach folgendem Schema:



Sie ist gekennzeichnet durch:

- O Einseitigkeit und Monokultur
- O künstliche Düngung
- O Verwendung giftiger Pestizide zur Schädlings- und Unkrautbekämpfung
- O Unterbrechung von natürlichen Kreisläufen
- O Ersatz biologischer Funktionen durch chemische und technische

Die konventionelle Landwirtschaft ist aber keinesfalls die einzig mögliche. Zahlreiche Alternativen in Form biologischer Landwirtschaft funktionieren nach folgendem Schema:



Die Methoden der biologischen oder ökologischen Landwirtschaft sind durch folgende Prinzipien gekennzeichnet:

- O ökologische Vielfalt statt Einseitigkeit und Monokultur
- O Nutzung des biologischen und ökologischen Potentials der Gesamtnatur, insbesondere des Bodens, statt Ersetzen biologischer Funktionen durch Chemie oder Technik
- O ausgewogene organische Düngung und Nutzung der biologischen Stickstoffixierung statt künstlicher Mineraldüngung
- O Ausnutzung der ökologischen Kreisläufe statt Unterbrechung der natürlichen Vorgänge
- O Bereitschaft für neue biologische Erkenntnisse statt Festhalten an veralteten oder von der Industrie gepredigten Verhaltensweisen.
- O allgemein: mit der Natur, und nicht gegen sie.

Die konventionelle Landwirtschaft

Mit der Entwicklung der konventionellen Landwirtschaft in Richtung einseitiger Betriebsstruktur, Monokultur und Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze wuchs auch die Bereitschaft zur Anwendung der von der Industrie angepriesenen Chemikalien, Damit ergaben sich schwerwiegende Folgen für Umwelt, Nahrungsqualität, wirtschaftliche Unabhängigkeit der Landwirte und Energieverbrauch. Die chemische Industrie konnte — dank Abhängigkeit der Landwirte von diesen Substanzen — durch geschickte Werbung (auch über staatliche Beratungsstellen) eine sukzessive Zunahme des Einsatzes dieser Chemikalien in der Landwirtschaft erreichen.

Wichtigstes Beispiel: die chemische Industrie in der BRD produziert jährlich eine Million Tonnen künstlichen Stickstoffdünger. Zur Produktion einer Tonne werden etwa 20.000 KWh benötigt.

Die Stickstoffdüngerproduktion in der BRD verschluckt also jedes Jahr die Energiemenge von 20.000.000.000 (20 Milliarden) Kilowattstunden !

Der Einsatz von künstlichem Stickstoffdünger in der Landwirtschaft bewirkt:

Das natürliche Regelsystem der biologischen Stickstoffdüngergewinnung durch Bakterien aus der Luft wird zerstört. In einem gesunden Boden leben zahlreiche Arten frei lebender oder in Symbiose mit Schmetterlingsblütlern vorkommende Bakterien mit der Fähigkeit, den Stickstoff aus der Luft in pflanzenverfügbaren Stickstoffdünger umzuwandeln.

Das Endprodukt dieser Bakterien ist Nitrat, das von den Pflanzen aufgenommen werden kann. Diese biologische Stickstoffdüngeproduktion gibt den Pflanzen stets so viel Stickstoff, wie sie zum Leben benötigen.

Bei der Verabreichung von künstlichem Stickstoffdünger geschieht folgendes: der künstliche Dünger besteht aus denselben chemischen Verbindungen, die auch die Bakterien produzieren, jedoch in äußertst konzentrierter Form (lösliche Salzverbindungen): Wenn dieser Dünger gegeben wird, wirkt dies auf das Bodenleben wie ein Schock, da der erste Regen den leicht löslichen Dünger auflöst und das Bodenwasser in eine konzentrierte Salzslösung verwandelt wird. Diese zerstört die mikrobiologische Stickstoffdüngerproduktion.

Das Stoffwechselendprodukt der normalerweise stickstoffbindenden Bakterien wird durch den künstlichen Dünger in sehr hoher Konzentration in den Boden gebracht und blociert dadurch die Baktrientätigkeit („Stoffwechselendprodukthemmung").

N_2 (Luftstickstoff) —— Bakterientätigkeit ——> NO_3 (Nitrat) ——> Pflanze
↖ blockiert
↖ Kunstdünger

Damit wird ein Teufelskreis in Gang gebracht: ein Boden, der mit Kunstdünger behandelt wird, benötigt immer größere Mengen dieses Kunstdüngers, da sein Leben zunehmend geschädigt wird.

Da der Kunstdünger leicht löslich ist und konzentriert anfällt, stört er darüber hinaus die Harmonie des Pflanzenwachstums, was eine Qualitätsminderung der auf diesem Boden gewonnenen Nahrungsmittel und eine höhere Anfälligkeit für Schädlinge zur Folge hat. Gleichzeitig ist das Angebot an Stickstoffdünger wesentlich größer als es die Pflanze überhaupt benötigt.

Das wiederum führt dazu, daß eine beträchtliche Menge des Kunstdüngers völlig ungenutzt in das Grundwasser dringt. Man schätzt, daß pro Jahr in der BRD etwa 550.000 Tonnen Stickstoffdünger als Nitrat oder Ammonium das Grundwasser und damit gleichzeitig an vielen Stellen auch das Trinkwasser mit Nitrat und dem sich daraus bildenden giftigen Nitrit belasten!

Ein weiteres Problem in der konventionellen Landwirtschaft bildet die Anwendung von giftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln. Die Ursache für deren Anwendung liegt — entgegen der Behauptung der chemischen Industrie — nicht in der Landwirtschaft als solcher, sondern in der Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion.

Auch hier werden durch Anwendung chemischer Methoden wichtige biologische und ökologische Funktionen zerstört. Bereits bei eienm einmaligen Pestizideinsatz werden empfindliche ökologische Gleichgewichte gestört, wodurch wiederum die Notwendigkeit eines immer größeren Einsatzes von Pestiziden entsteht. Mehr Pestizide aber bedeuten eine größere Belastung der Nahrungsmittel mit Rückständen und eine größere Schädigung der Natur (z.B. Vögel), höhere Ausgaben für den Landwirt und höhere Energeiverbrauch in der Industrie — aber auch höheren Gewinn bei der Industrie.

Die biologische Landwirtschaft

Neben der konventionellen Landwirtschaft gibt es heute als Alternativen verschiedene Systeme der biologischen und ökologischen Landwirtschaft.

Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Zeit zeigen, daß diese alternativen Landwirtschaftsformen

- die Umwelt wesentlich weniger belasten
- die Möglichkeit des ökonomischen Überlebens die Landwirtschaft vor allem von Klein- und Mittelbetrieben wesentlich verbessern
- bei gleichem Ertrag Nahrungsmittel von höherer Qualität erzeugen
- nur ein Drittel der in konventionellen Betrieben erforderlichen Energie benötigen.

Beispiel: Es wurde das Problem der Stickstoffdünger in konventionellen Betrieben dargestellt. Wie hat die biologische Landwirtschaft dies gelöst?

Die biologische Landwirtschaft verlagert die Stickstoffdüngersynthese von der chemischen Fabrik (energieaufwendiges Haber-Bosch-Verfahren) in den Boden (mikrobiologische Stickstofffixierung durch frei lebende und symbiotische Mikroorganismen).

Der durchschnittliche künstliche Stickstoffdüngeraustrag in konventionellen Betrieben beträgt 100 bis 130 kg Stickstoff pro Hektar. Davon wiederum werden 50 bis 60 kg in das Grundwasser ausgewachsen. Gleichzeitig wird die biologische Stickstoffixierung gehemmt. In alternativen biologischen Betrieben beträgt die durch Leguminosenzwischenbau (Schmetterlingsblütler, die in Symbiose mit stickstoffbindenden Baktereien leben, z.B. Lupinen) eingetragene Stickstoffmenge je nach Leguminosenart 60 bis 200 kg STickstoff pro ha. Gleichzeitig erhält der Boden ein Stickstoffreservoir (gespeichert in den Bodenlebewesen) von ca. 40 kg Stickstoff pro ha. Eine Verschmutzung des Grundwassers findet praktisch nicht statt. Biologisch arbeitende Betriebe sind deshalb nicht auf die Zufuhr künstlichen Stickstoffdüngers angewiesen.

Weitere Maßnahmen der biologischen Landwirtschaft und des biologischen Gartenbaus sind:

- Bodenbedeckung mit organischem Material
- Anpflanzen in Mischkultur
- Kompostierung
- keine Verwendung von Kunstdünger und giftigen Pestiziden
- Pflege der Nützlinge usw.

ENERGIEERZEUGUNG DURCH LANDWIRTSCHAFT

Mit Hilfe der Landwirtschaft wäre es möglich, Energie umweltfreundlich und ohne Verbrauch von Rohstoffen zu erzeugen.

Die Grünpflanzen können mit Hilfe der Fotosynthese Sonnenenergie speichern und dise durch den Aufbau organischer Substanzen in chemische Energie u mwandeln. Der Mensch seinerseits kann durch den Abbau organischer Nahrungssubstanz Energie frei setzen. Der weitaus größte Teil der organischen Substanz wird von Mikroorganismen abgebaut. Dabei gibt es zwei Wege:

aerober Abbau (mit Sauerstoff):
organische Substanz ——> Kohlendioxid und Wasser

anaerober Abbau (ohne Sauerstoff):
organische Substanz ——> Kohlendioxid und <u>Methan</u>

Das durch den anaeroben Abbau organischer Substanz entstehende Biogas enthält noch einen großen Teil gespeicherter chemischer Energie. Es besteht aus 50 bis 70 % Methan, 30 bis 50 % Kohlendioxid und einigen Prozenten Wasserstoff und Schwefelwasserstoff. Der Heizwert von Biogas (70 % Methan) beträgt 6.000 kcal/m^3. (Erdgas, das ebenfalls Methan enthält, hat einen Heizwert von 6.000 bis 8.000 kcal/m^3.) Biogas ist nach der Auswaschung des Schwefelwasserstoffs geruchlos, bei Mischung mit Luft im Verhältnis 1:5 bis 1:15 zerknallfähig (also Vorsicht beim Basteln). Es kann in allen Erdgasgeräten und zum Betreiben von Verbrennungsmotoren verwendet werden . Seine Klopffestigkeit ist dabei höher als bei Superbenzin.

ENERGIEGEWINNUNG DURCH VERWENDUNG VON ABFÄLLEN

Jährlich fallen in der BRD etwa 135 Millionen Tonnen tierischer Abfälle an. Aus diesen könnten durch anaeroben Abbau etwa 56 Milliarden kWh Methan erzeugt werden. Diese Energiemenge entspricht etwa 150 Prozent des direkten landwirtschaftlichen Energieverbrauchts (für Maschinen etwa). Weitere Energie könnte aus Stroh (etwa 30 Milliarden kWh pro Jahr) und anderen pflanzlichen Abfällen erzeugt werden.

VERWERTUNG FRISCHER PFLANZEN FÜR DIE METHANPRODUKTION

Methan kann nicht nur durch den anaeroben Abbau von organischen Abfallstoffen, sondern auch durch den Abbau frischer Pflanzensubstanzen gewonnen werden. Dadurch eröffnet sich ein sehr großes Potential an sauberer Energie, das ohne Umweltbelastung und Rohstoffverbrauch gewonnen werden könnte. Dies könnte z.B. so aussehen:

Auf 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der BRD werden Pflanzen angebaut, die das Sonnenlicht gut ausnutzen können (Wenn man dazu Leguminosen nehmen würde, könnte man durch Wechsel dieser Felder die landwirtschaftlichen Böden auf biologische Weise mit Stickstoffdünger versorgen.) Die Pflanzen mit der gespeicherten Sonnenenergie werden geerntet und in dezentralen Methanwerken berarbeitet. Dadurch Schaffung von dezentralisierten Arbeitsplätzen. Die Technik der Methanwerke ist heute bereits bekannt, es müßten dazu keine langjährigen Forschungsprogramme durchgeführt werden.

Das Prinzip ist einfach: sie bestehen aus einem Tank, im dem die eingebrachte organissche Substanz bei geeigneter Temperatur (zwischen 25 und 35 Grad Celsius und ausreichender Feuchtigkeit durch Bakterien von selbst zersetzt wird, Das dabei entsehhende Methan wird aufgefangen, gespeichert und in kleine, dezentrale Gaskraftwerke geleitet. Diese kleinen Gaskraftwerke (Prinzip: neben jedem Methanwerk in jedem Dorf auch ein Gaskraftwerk) ermöglichen eine umweltfreundliche Stromproduktion, neue Arbeitsplätze und eine optimale Ausnutzung der bei der Stromproduktion anfallenden Abwärme (ca. 60 %). Die Rückstände aus dem Methanwerk werden über eine Kompostierung als wertvoller Dünger in den Kreislauf der Landwirtschaft zurückgegeben. (Da praktisch nur Methan = CH_4 entzogen wird, bleiben alle mineralischen Dünger- und Spurenelemente im Kreislauf. Durch eine gezielte Steuerung des anaerobem Abbaus kann außerdem ein Verlust des für die Düngung notwendigen Stickstoffs verhindert werden.)

Auf diese Art und Weise wäre es möglich, auf z.B. ca. 15 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der BRD zwischen 20 bis 40 Prozent des Strombedarfs (je nach verwendeter Pflanzenart) mit optimaler Abwärmenutzung zu erzeugen.

Als Quelle würde die Sonnenenergie dienen, die mit biologischen Methoden aufgefangen und in Gas umgewandelt wird. Gleichzeitig könnte eine Dezentralisierung der Energieproduktion erreicht werden.

Allein durch diese Alternative, deren technischer Einführung keine Schwierigkeiten entgegenstehen, könnte auf die Kernenergie als ökologisch sehr bedenkliche Energiequelle verzichtet werden. Es gibt jedoch noch zahlreiche andere Alternativen, die teils mit moderner heutiger Technik, teils mit noch zu entwickelnder Technik genutzt werden könnten.

Die Energieproduktion der Zukunft muß auf der Anwednung möglichst vieler und möglichst umweltfreundlicher und risikoloser Energiequellen beruhen. Die Entscheidungen für die Energieproduktion von morgen werden heute gefällt. Wir müssen verhindern, daß aufgrund kurzfristiger ökonomischer Interessen Sachzwänge geschaffen werden, die die Realisierung sinnvoller Alternativen verhindern.

KING-KONG HOFFMANN GEGEN „LINKE KOMMUNAKEN"

NÜRNBERG 5. Januar — Bei einer Veranstaltung de faschistischen „Hochschulrings Tübinger Studenten" (HTS) am 4. Dezember sollten Söldner für den Krieg der weißen Herren in Rhodesien angeworben werden. Als Mann vom Fach sollte dabei Karl Heinz Hoffmann , Führer der militärisch gedrillten „Wehrsportgruppe", über den Kampf gegen alles Rote erzählen. (Neger sind ja bekanntlich meist Kommunisten.)

Bei dem Versuch von Genossen, die Veranstaltung zu verhindern, schlugen die Faschisten mit Knüppeln und Ketten einige Leute krankenhausreif (ID 155). In einem Faltblatt mit Foto (s.u.) an seine Getreuen, äußert sich nun auch Hoffmann selber zu den Vorfällen in Tübingen:

„MUSS BLUT FLIESSEN ?

Verlautbarungen, Veranstaltungen, Demonstrationen und Proteste politischer Aktivisten, links wie rechts oder lauwarme Mitte, haben mich bisher herzlich wenig gekümmert.

Wenn aber linke Kommunaken versuchen, meine wenigen, mir in diesem Lande noch zustehenden Rechte zu beschneiden, wenn sie, wie am 4. Dezember 1976 in Tübingen geschehen, mich daran hindern wollen, auf einer nicht verbotenen Versammlung über ein militärfachliches Thema zu referieren, dann allerdings nehme ich zur Kenntnis, wenn mir Feindschaft und Haß entgegengebracht wird.

Wenn man versucht, mich mit physischer Gewalt zu beeindrucken, so bleibt mir nichts anderes zu tun, als zu meiner Verteidigung mit Gewalt zu antworten. Die Gesetze der Notwehr und Nothilfe gestehen mir in diesem Falle ausdrücklich die Anwendung von Gewalt zu.

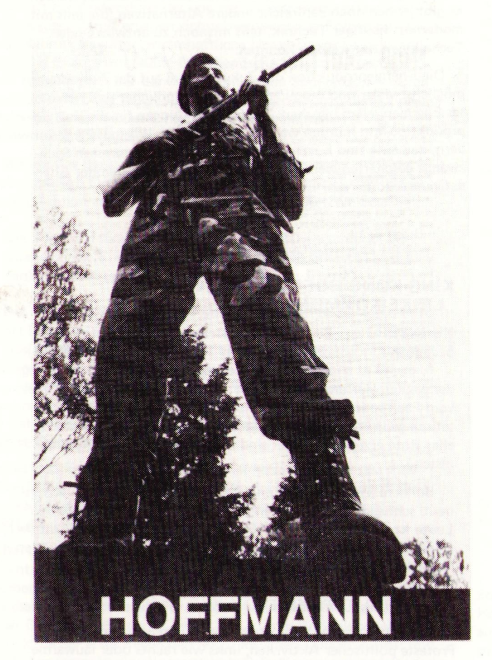
Am 4.12.76 glaubten etwa 250 rote Demonstranten, leichtes Spiel zu haben, weil ihnen nur 15 Männer gegenüberstanden. Davon nur vier Kameraden der WSG, die anderen waren Angehörige des HTS.

Als ich allein und in friedlicher Absicht auf den Eingang des von uns gemieteten Lokales zuging, schlugen die roten Rowdies auf mich ein.

Drei Minuten später waren sieben Rotfrontkämpfer krankenhausreif und viele andere verletzt. Als kurz darauf die Polizei endlich eingriff, schlachtete sie das falsche Schwein.

Nicht etwa die Angreifer und Störer wurden festgenommen, sondern ich wurde zusammen mit meinen Kameraden überwältigt und obwohl wir gegen die Beamten keinen Widerstand leisteten, wie Schwerverbrecher in Handschellen zum Erkennungsdienst gebracht.

Daß uns nun die Presse als Schlägertruppe bezeichnet, stört uns wenig. Mitglieder der WSG hatten bis zum 4.12. seit Bestehen unserer Organisation noch nie jemanden geschlagen, ja noch nicht einmal beschimpft; trotzdem wurden wir permanent als Schlägertruppe bezeichnet. Es ändert sich also am Tenor der Berichterstattung nichts, wenn jetzt eine Handvoll Kameraden einmal genötigt waren, tatsächlich zuzuschlagen.



Hoffmann - Selbstdarstellung,auf seinem Blatt "Muß Blut fließen ? "

Daß wir schließlich, zum Kampf gezwungen, nicht so leicht zu besiegen sind, dürfte sich nun bei den Berufsdemonstranten herumgesprochen haben. Es gibt für die professionellen Politrabauken eine einfache Möglichkeit, keine Verluste hinnehmen zu müssen, nämlich nicht zu versuchen, mich mit Gewalt an der Ausschöpfung meiner Grundrechte zu hindern.

Soviel für heute
Ihr ansonsten durchaus friedfertiger Mitbürger

Karl Heinz Hoffmann"

Ein Interessent aus Frankfurt, der Näheres über die Wehrsportgruppe erfahren wollte, bekam postwendend ein persönliches Schreiben von Hoffmann. In altdeutscher Schrift prangte der Briefkopf: WSG Hoffmann' Truppe, Hauptquartier Nürnberg. Darunter ein Relief-Totenkopf mit gekreuzten Knochen.

„Sehr geehrter Herr ..."

Vielen Dank für Ihre Zuschrift. Natürlich freuen wir uns über jeden neuen Bewerber. In Frankfurt besteht schon eine Abteilung der WSG, so daß Sie sich dort anschließen könnten. Besondere Aufnahmebedingungen gibt es nicht. Es wäre jedoch gut, wenn wir uns demnächst einmal mündlich besprechen könnten. Inzwischen werden wir unserem Vertrauensmann in Ihrem Gebiet Ihre Adresse weiterleiten."

Beigelegt war das Informationsfaltblatt, das im ID 155 abgedruckt war. Sicher gibt es noch anderswo Abteilungen der WSG, die bei Bedarf wie in Tübingen aktiv werden.

AUTORIDUZIONE NACH MAILÄNDER VORBILD

FRANKFURT
5.Januar

Die folgenden Berichte stammen vom Centro di Documentazione internazionale Bologna, das im Herbst letzten Jahres gegründet wurde. Die Leute vom Centro haben noch eine Menge technischer Probleme zu lösen. Ihr erstes bolletiniono, für die neuen Rundfunksender Italiens und andere Medien hergestellt, liegt druckfertig vor. Die Schwierigkeiten: wenn man sich nicht an den Busen linkskommerzieller Unternehmen flüchten will, dann bleibt nur noch das Vertrauen auf die eigene Kraft, weil auf der Ebene autonomer Genosseninitiativen (Druckereien, Vertriebe ect.) dort herzlich wenig läuft. Kontaktadresse:

centro di documentazione internazionale, c/o librera ,il picchio', via Mascarella 24, 40100 Bologna.

BOLOGNA (CDI/ID)
24.Dezember

Seit einigen Tagen gibt es auch in Bologna nach Mailänder Vorbild (ID 151) die Bewegung für die Selbstermäßigung (autoriduzio ne). An mehreren aufeinanderfolgenden Abenden versammelten sich Genossen in der Altstadt, meist an der Piazza Verdi bei der Uni, Anfangs 60 - 80, an den folgenden Abenden 400 - 600. Sie beschlossen, zu einem bestimmten Erstaufführungskino zu gehen und sich dort den gezeigten Film zu einem von ihnen selbst festgesetzten Preis — meist 500 Lire — anzusehen.

Da die Diskussionen vor den Aktionen nicht geheim, sondern offen geführt wurden (schon wegen ihrer propagandistischen Wirkung), waren die Bullen immer bestens orientiert und warteten jeweils schon an dem betreffenden Kino auf die Demonstranten. Die Aktion lief immer etwa nach folgendem Schema ab:

Die Demonstranten warten draußen und schicken eine Delegation zu dem Eigentümer des Kinos, unterbreiten ihm die Forderung, für 500 Lire den Film ansehen zu wollen; und eine Diskussion im Kino zu führen über die hohen Preise für kulturelle Waren. Der Kinobesitzer willigt ein, häufig lädt er die Demonstranten ein,kostenlos den Film zu sehen, zumal, wenn das Kino sowieso nur halbvoll ist. Da der Eigentümer einwilligt, kommt es zu keiner Konfrontation, die Bullen ziehen sich anschließend zurück.

Am Mittwoch, den 22.12.76 wird das Schema erstmals durchbrochen. Die autoriduttori erscheinen vor dem Kino ,Imperial'. Das Kino ist wie immer von Bullen umstellt, diesmal aber auffallend mehr. Eine Delegation wird bestimmt. Der Eigentümer willigt ein. Die Bullen geben aber den Eingang nicht frei. Der Eigentümer fordert die Bullen auf, die Demonstranten reinzulassen. Die Polizisten verstärken ihre Kette. Bullenargument: Mit dem Treiben der autoriduttori muß endlich Schluß gemacht werden! — Die Demonstranten versuchen, in das Kino reinzukommen. Es kommt sofort zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Demonstranten werfen mit Steinen. Da das Kino gut abgesichert ist, formiert sich ein Zug, der sich im Laufschritt die via Indipendenza entlangbewegt. Steine fliegen in die Schaufenster der Luxusboutiquen, einige werden teilweise ausgeräumt. Da sich der Zug in den Altstadtstraßen mit ihren Bogengängen verliert, kann keiner verhaftet werden.

Festgenommen wurden dagegen zwei abseits stehende Jugendliche, die noch vor Beginn der Auseinandersetzungen von den Bullen aufgefordert wurden, sich auszuweisen. Da sie dazu keinen Anlaß sahen, weigerten sie sich und einer von ihnen wurde präventiv zusammengeschlagen. Sie wurden zur Wache mitgenommen und es wurde sofort ein Haftbefehl erwirkt — wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Am Abend des 22.12. fand ein Wohltätigkeitsfest einer klerikal-kommerziellen Vereinigung zugunsten von Behandlungszentren für Drogenabhängige statt. Die Demonstranten beschließen, das Fest

zu besuchen. Vor dem Gebäude angekommen, finden sie es von einem starken Polizeiaufgebot bewacht. Der Veranstalter sagt zu dem Oberbullen, die Leute sollten reingelassen werden. Zunächst dasselbe Theater wie beim Kino. Schließlich weist der Veranstaltungsleiter daraufhin, daß er hier Waren usw. im Werte von soundsoviel Mio. Lire stehen habe. Sollte die Polizei tätlich werden, sei klar, daß ein Scherbenhaufen übrigbleiben würde. Er kündigte dann dem Oberbullen an, er würde ihn persönlich für den Schaden verantwortlich machen. Das Argument zog. Die Bullen rückten ab. Es wurde ein netter ungestörter Abend.

Bisweilen blieb den autoriduttori nach geglückter autoriduzione der Kinokarte ein bitterer Nachgeschmack: sie hatten zu einem vernünftigen Preis in einem Erster-Klasse-Kino sich einen Film angesehen und hinterher gemerkt, daß sie sich doch nur Scheiße angeeignet hatten. Die autoriduzione als Aktionsform zur Wiederaneignung gesellschaftlich produzierter Werte stößt halt da an ihre Grenzen, wo diese Wert nix mehr wert sind.

Übersetzung eines Flugblattes der Bologneser P.C.I. vom 23.12.76:

„DIE ANTIDEMOKRATISCHEN PROVOKATIONEN ISOLIEREN UND BEKÄMPFEN!

Die Versuche der reaktionären Kräfte, die Kosten der Krise auf die Volksmassen abzuwälzen, manifestieren sich in den letzten Wochen in einer Strategie der Erzeugung eines Klimas politischer Spannung. Diesen Kräften, die wieder versuchen, den Weg des Terrorismus,des Angriffs auf die demokratischen Institutionen zu gehen, helfen auch Gruppen, die man jenseits aller Anlässe des Protests, auf die sie sich berufen mögen, nur als Provokateure definieren kann.

Das sind in der Tat diejenigen, die in diesen Tagen in Bologna für einige ‚demonstrative Akte' verantwortlich sind.
Die Formen des Kampfs der sogenannten Selbstermäßigung und der sogenannten Enteignung sind ein offenbares Zeichen geistiger, ideologischer und politischer Verwirrung. In ihnen manifestiert sich der individualistische Anarchismus und die Abhängigkeit von den Unwerten des Egoismus, der Intoleranz, wie sie von den herrschenden Klassen gepredigt werden; sie sind die Ablehnung aller Lehren und des historischen Erbes der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung, deren durchgehendes und entscheidendes Charakteristikum die Einheit ist.

Unsere schärfste Verurteilung dieser Initiativen und unsere Aufforderung, sie zu isolieren, entspringt auch der Notwendigkeit, Illusionen zu bekämpfen, die einige Gruppen von Jugendlichen über die Existenz von Inseln des Glücks und von Abkürzungen zu einer Mißverstandenen Glückseligkeit hegen. Irgendwelche Unverantwortlichen spielen mit dem Feuer.

Die arbeitenden Klassen dürfen ihre Perspektive nicht dadurch trüben, daß sie ihre klare Verurteilung nicht äußern; vielmehr besinnt sich die Arbeiterklasse gerade in dieser Situation der Krise wieder auf die positiven Werte der Gemeinschaft, der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, die schon immer ihren Kampf für den Fortschritt charakterisiert haben.

Die Vorfälle von gestern Abend bestätigen, daß die Initiatoren Feinde der Arbeiter sind, die ihre berechnenden Attacken ganz offensichtlich mit dem Ziel führen, die Mühe und den gemeinsamen Einsatz aller Demokraten zur Lösung der Probleme der Massen des Volkes, der Jugend und der Frauen zu hintertreiben.

Wer sein eigenes Gesicht verbirgt, ist weder Proletarier noch ein Freund der Arbeiter; er ist schlicht ein Rowdy. Irgendeine Rechtfertigung oder entgegenkommende Toleranz ist also keinesfalls angebracht. Man hat den Eindruck, sie wollen beweisen, daß gegenüber solchen Aktionen nichts zu machen sei. Im Gegenteil: Jeder kann und muß sein Teil tun. Die von den Aktionen rowdyhafter Gewalt getroffenen Bürger haben die Solidarität der Bologneser Kommunisten und Demokraten, die sich in diesen Tagen verpflichtet fühlen, die Initiatoren der Provokationen due daran beteiligten zu isolieren und zu bekämpfen. Aus diesen Provokationen können nur die rückschrittlichsten Teile der Gesellschaft Vorteile ziehen, um die Arbeiter zu spalten und die gesamte italienische Situation zurückzudrehen.

Der Bologneser Ortsverein der P.C.I."

DAS DEMOKRATISCHE MANIFEST – DIE ENTTARNUNG CINCERAS – EIN NEUES MEDIUM

ZÜRICH 9.Dezember — DAS DEMOKRATISCHE MANIFEST VERBREITERT SICH

Der Beweis, daß in unserem Staat der Informationsdienst Cinceras ein privates Schnüffelunwesen betreiben konnte, hat Tausende Schweizer Demokraten empört. (ID 154) Das zeigte nicht nur der Andrang zur Großveranstaltung des Demokratischen Manifests vom 27.November in Zürich, sondern auch die aktive Solidarität mit den Zielen des DM: Nicht nur, daß an diesem Abend über 6000 Franken gespendet wurden, womit die bisherigen Unkosten zum großen Teil gedeckt sind. Vielmehr: Die Mitgliederzahl des DM hat sich in den letzten zwei Wochen auf nahezu 2000 verdoppelt, und immer noch gehen laufend Neuanmeldungen ein. Regionalgruppen sind im Entstehen:

In *Zug* wird das Demokratische Manifest demnächst gegründet und der deutsche Film gegen das Berufsverbot , Vera Romeyke ist nicht tragbar' soll einen ersten Diskussionsbeitrag gegen die neuen Richtlinien für die Anstellung und Bestätigung von Lehrern in Zug leisten.

In *Liestal (Kanton Basel Land)* füllte das Podiumsgespräch ‚Wer darf heute Lehrer sein' einen großen Saal. Auf Mitte Januar ist die Gründungsversammlung angesetzt.

In *St.Gallen* findet am 14.Dezember eine Veranstaltung zusammen mit dem DM Zürich statt. Die Gründung des DM in der Ostschweiz steht in Aussicht.

Im *Kanton Aargau* haben 14 Prominente in wenigen Tagen die Ziele des DM durch ihre Erstunterschrift unterstützt und am 15.Dezember findet in Aargau die Gründungsversammlung statt. Ein Vertreter der Gewerkschaften wird über Repression in den Betrieben sprechen, der Journalist Jürg Frischknecht über die jüngst vergangenen Ereignisse und Walter Diggelmann über die Ziele des Manifests im allgemeinen.

Und am 9.Dezember hält Professor Richard Bäumlin als ein Vertreter von 45 Erstunterzeichnern des *Kantons Bern* das Einleitungsreferat zur Gründungsversammlung des Demokratischen Manifests im Berner Volkshaus.

Ähnliche Bestrebungen laufen in *Olten* und in *Genf.*

Diese Veranstaltungen und angekündigten Neugründungen machen eines deutlich: das Demokratische Manifest besteht keineswegs aus einer Minderheit versprengter Aktivisten, wie das Kreise, die Cincera offenbar nahestehen, haben wollen. Im Gegenteil: Gerade die letzten Ereignisse haben bei breiten Teilen der Bevölkerung Sympathie, Solidarität und ein Bewußtsein dafür geweckt, was sich an undemokratischen Machenschaften ohne öffentliche Kontrolle abspielt und was man dagegen tun kann.

Kontaktadressen Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest, AGDM:

Bern, AGDM, Seftigenstraße 196, 3084 Wabern

Basel,AGDM, Unter Dellen 19, 4418 Reigoldswil

Aargau, AGDM, Postfach 610, 5401 Baden

St.Gallen, AGDM Langgasse 126a, 9008 St.Gallen

Zug, AGDM, Chamerstraße 117, 6300 Zug

EINE VOLKSAUSGABE DER CINCERA–DOKUMENTE
Das „Dossier Cincera" als Buch

Ende dieser Woche gibt das ‚Demokratische Manifest' eine kommentierte Volksausgabe der Cincera-Dokumentensammlung heraus. Das 200 Seiten starke Buch erscheint genau im richtigen Moment. Die publizierten Dokumente sind mit erläuternden Hinweisen versehen und durch ein Namen- und Institutionenregister erschlossen. Einleitend enthält das Buch Analysen und Kommentare: eine Chronologie der Ereignisse, eine Konfrontation von Cinceras Lügen mit den unwiderlegbaren Fakten, eine Einschätzung des Syndroms Cinceras und Dokumente über die frontistische Vergangenheit von Kamerad Hans Nüssli, heute Bezirksanwalt.

Das ‚Dossier Cincera' ist eine Gemeinschaftsproduktion folgender Alternativmedien: *Di ander Zitig; Echo vom Pfannenstiel; Eco-Verlag; Focus; das konzept; Leserzeitung; Limmat-Verlag; Ropress; Telefonziitig; Zeitdienst.*

Das Buch ist erhältlich gegen Voreinzahlung von sieben Franken auf das Konto 80-48476 (Demokratisches Manifest, Zürich; Vermerk: „Dossier Cincera")

DMB – DER ANDERE PRESSEDIENST

Das Presse-Bulletin der *Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest* greift Pressionsfälle – Ungerechtigkeiten, einschränkende Maßnahmen, Maßregelungen, Entlassungen usw. – auf. Eine Redaktionsgruppe sammelt die Informationen, überprüft sie, spricht mit den Beteiligten und veröffentlicht einen Artikel im regelmäßig erscheinenden DMB. Dieses Pressebulletin wird an die Zeitungen,an die Gewerkschaftspresse und an die Alternativmedien verschickt. Das DMB ist auf Meldungen über alle möglichen Repressionsfälle aus der ganzen Schweiz angewiesen, ungeachtet des politischen Standortes.

Repressionsfälle werden im DMB nur mit Zustimmung der Betroffenen veröffentlich – in einer Form, die weder dem Informanten noch dem Betroffenen schadet. Unklarheiten – gleich auf welcher Seite – werden abgeklärt. Wichtig ist, daß die Redaktionsgruppe möglichst vollständige Unterlagen erhält. Oft können Kopien von schriftlichen Unterlagen weiterhelfen (Kündigungen, Drohungen, Briefe, Rapporte usw.) Am besten ist es, alles schriftlich festzuhalten, wenn sich etwas zusammenbraut (also Termine, Gesprächsteilnehmer, Zeugen, wichtige Aussagen usw.)

Das DMB will Repressionsfälle aus allen Bereichen angehen,zum Beispiel: Abbau der Rechte am Arbeitsplatz, fragwürdige Kündigungspraktiken, Lohnkürzungen, ungleiche Entlöhnung, wachsender Arbeitsdruck, Maßnahmen wegen der politischen oder kulturellen Gesinnung, unangemessener Beschäftigung von Lehrlingen, Einschränkung der Freiheitsrechte, Mietzinswucher, Ungerechtigkeiten im Militärdienst, Wohnungskündigungen usw.

Kontaktadresse: Postfach 107, 8036 ; Telefonisch 01 / 47 76 78 oder: 01 / 23 34 46

15 TODESFÄLLE IN SCHWEIZER GEFÄNGNISSEN

ZÜRICH 17.Dezember „Am Freitagnachmittag hat das Komitee gegen Isolationshaft im Kaspar-Escher-Haus eine an den Regierungsrat des Kantons Zürich gerichtet Petition übergeben. Die Übergabe erfolgte am Schluß einer Kundgebung von etwa 50 schwarzgekleideten Personen, die schwarze Särge durch die Stadt trugen, der 15 dieses Jahr bekanntgewordenen Todesfälle in schweizerischen Gefängnissen gedenkend. Vor dem Zürcher Bezirksgefängnis und der Polizeikaserne wurden Kränze niedergelegt – in beiden Gefängnissen hat sich dieses Jahr ein Gefangener in Untersuchungshaft erhängt.

Die Petition des Komitees gegen Isolationshaft ist von über 5000 Personen unterzeichnet worden – ein Beweis mehr für das Engagement, mit dem die Misere der kantonalzürcherischen und schweizerischen Haftanstalten heute in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Die Unterzeichner ersuchen den Zürcher Regierungsrat, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen in zürcherischen Gefängnissen abzuschaffen. Namentlich wird gefordert:

- Die Abschaffung der vernichtenden Isolation, d.h. drei Stunden täglich unbehinderter Kontakt unter allen Gefangenen
- gemeinsame Arbeit
- Aufenthaltsräume, Gemeinschaftszellen
- Verbot der Sichtblenden vor den Zellenfenstern
- Aufhebung der Sprechverbote
- mindestens zwei Stunden Besuchszeit wöchentlich, auch von Nicht-Angehörigen
- Eine Stunde Spaziergang täglich (auch an Wochenenden und Feiertagen)
- Recht auf Zuzug eines Arztes nach eigener Wahl.

Das Komitee gegen Isolationshaft macht den Zürcher Regierungsrat darauf aufmerksam, daß die mit der heute eingereichten Petition sich manifestierende kritische und engagierte Öffentlichkeit sich nicht mehr mit bloßen Reformversprechen begnügen wird, sondern mit aller Dringlichkeit und mit allem Nachdruck deren Einlösung fordert."

Komitee gegen Isolationshaft
Postfach 939; 8021 Zürich

AUFRUF:
SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN

ZÜRICH 10.Dezember „Schon seit geraumer Zeit kümmern wir uns um Gefangene und Untersuchungsgefangene. Wir korrespondieren mit allen, von denen wir eine Anschrift haben. Dort, wo unsere Briefe durch die Zensur kamen, hatten sie auch das erhoffte Echo. Das merkte die Bezirksanwaltschaft zeitig und die Behörden-Heinis überlegten zackig, wie man das abklemmen könnte. Dabei kamen sie auf eine gloriose Idee: sie verfaßten ein Rundschreiben, wonach jeder Kontakt von Gefangenen mit Rote-Hilfe-Mitgliedern umgehend zu unterbinden sei und ließen das Geschreibsel unter den Knast-Verwaltungen kursieren. Weil Briefkontakte unsere wichtigsten Informationskanäle waren (und natürlich auch für die Gefangenen), sind jetzt alle unsere Kontakte unterbrochen. Wir machten natürlich, sobald wir davon erfuhren, Rekurs, er wurde aber promt vom Bezirksgericht abgewiesen, worauf wir es weiterzogen. Jetzt ist es in irgendeiner Schublade in Lausanne beim Bundesgericht. Außerdem sind wir jetzt dabei neue Informationskanäle zu suchen.

Im Rahmen unserer Betreuung machen wir im Moment eine ‚Zeitungs-Spende-Action', wo wir Leute suchen, in deren Portemonnaie im Augenblick nicht gerade die totale Ebbe herrscht,sodaß sie es sich leisten könnten, ein Abonnement irgendeiner Zeitung oder Zeitschrift für eine bestimmte Anzahl Wochen oder Monate zu spenden, oder auch einfach einen bestimmten Betrag als Beitrag zu einem Zeitungs-Abo. Wir haben Listen von den Gefangenen, wo sie drin aufführen, welche Zeitungen sie gern abonnieren würden. Wir sind der Meinung, daß eine solche Form von Solidarität sicher für viele drinliegt.

Falls aber jemand sonstige Informationen über Knast, Behörden oder Gefangene hat, oder sogar die Adresse eines Gefangenen, so würde es uns natürlich aufstellen, wenn er/sie uns das durchgeben könnte."

Knastgruppe der Roten Hilfe, Postfach 2027, 8030 Zürich
Zahlungen mit Vermerk: **Knastgruppe/Abo-Action PC**
Zürcher Kantonalbank 80-4170, 679.640

ZWEI NEUE ZEITUNGEN AUS ÖSTERREICH

WIEN 5. Januar Die versprengten Reste der Arena-Besetzungs-Bewegung (ID 135, 147) haben sich wieder zusammengefunden und geben jetzt die „Arena Stadtzeitung" heraus, die die Inhalte des heißen Wiener Sommers weiterführen will. Postamt A-1082, Postfach 137, Wien 8, Austria.

Dann gibt es noch die Zeitschrift „Götz von Berlichingen", von der es in einem ersten Rundschreiben heißt: „Götzvon Berlichingen ist eine Alternative zu vielen anderen nötigen und unnötigen Publikationen ... ist gedacht als Kampf- und Veröffentlichungsblatt für alles und jedes ..., bringt soweit als möglich alles,was veröffentlicht werden soll und was veröffentlicht werden kann, was andere Medien nicht nehmen wollen, bringen können, veröffentlichen dürfen..." Postfach 42/00, A-1153 Wien.

DER PS-KONGRESS: ZWISCHEN SOZIALDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Der Artikel ist nicht mehr auf dem dem neuesten Stand, weil wir die Veröffentlichung ein paar mal verschoben haben, aber immer noch interessant.

LISSABON/FRANKFURT November 76 Gibt es eine demokratische Alternative zur gegenwärtigen sozialistischen Regierung? Diese Frage beherrschte die Debatten des Kongresses der sozialistischen Partei Portugals (P.S.) in Lissabon wie des Kongresses der sozialdemokratischen Partei (P.S.D., früher „Volksdemokratische Partei",P.P.D.) in Leiria, die am letzten Wochenende im Oktober stattfanden. Für M. Soares gibt es nur die Wahl zwischen dieser, seiner Regierung und der Diktatur. Sa Carneiro von der PSD sieht es anders: Falls die gegenwärtige Regierung fiele, bliebe die sozialdemokratische Lösung. Ohnehin „hätte die PS mißbräuchlich alle Organe der Staatsmacht besetzt und die Informationsmedien als exclusive Propagandaapparate der Regierung unter ihre Kontrolle gebracht". Portugal befindet sich im Wahlkampf; im Dezember finden die ersten verfassungsgemäßen Kommunalwahlen statt. Außerdem ist von allen heute durch Inflation und Rezession bedrohten Ländern die ökonomische Situation in Portugal die katasthrophalste nach 2 Jahren dauernder politischer Krisen. Im Licht dieser beiden Faktoren muß man die beiden Parteikongresse interpretieren.

Beide Parteien haben dieselbe Sorge: sich von ihren „extremistischen Fraktionen" abzugrenzen, im Fall der P.S. von der „linken", im Fall der PSD von der „rechten". Beide wollen die Mittelschichten gewinnen; diese, ohne revolutionäre Ambitionen, haben freilich auch Angst vor einer zu ausgeprägten Wendung nach rechts.

Regierungschef Soares muß außerdem seine „Sparpolitik" dem Volk nahbringen, d.h. auch grausam gegenüber den Hoffnungen des 25. April. Autoritäre Konsumbeschränkungen, erleichterte Entlassungen, Korrektur der Agrarreform, Rückkehr zur Ordnung beim Schulwesen — all das zieht die Partei auf einen „gemäßigten Weg."Jeder sozialistische Maximalismus begünstige eine Rückkehr der Rechten zur Macht. „Lissabon ist nicht Prag geworden. Es darf kein Santiago de Chile werden!"

Eine solche Orientierung zeigt, wie drohend die Konkurrenz der sozialdemokratischen Partei für die P.S. geworden ist. Weniger denn je handelt es sich bei den beiden Parteien um irgendeine ideologische Auseinandersetzung; im Vordergrund steht vielmehr die Konkurrenz um die Macht.

Die vorausgegangenen Parteikongresse beider Parteien waren durch eine Abspaltung der Linken gekennzeichnet. Bei den Sozialisten ging die Initiative von Serra aus, der hoffte,mit sich die ganze Arbeiterbasis der PS mitzuziehen. Bei den Sozialdemokraten ging die Gruppe um den alten Generalsekretär Guerreiro auf Konfrontationskurs mit den „rektionären Zielen" von Sa Carneiro. Weder die volkssozialistische Front Serras (FSP, heute in Kooperation mit der KP), noch die sozialdemokratische Bewegung bei den Volksdemokraten haben praktisch Rückhalt bei den Mitgliedern ihrer alten Perteien gefunden. Die Sozialisten schlossen sich enger um Soares zusammen, einmal um den Einfluß der Kommunistischen Partei (PC) auf die Gewerkschaften zu bekämpfen, zum anderen um die Wahlen zu gewinnen. Die Sozialdemokraten ihrerseits zogen die Zusammenarbeit mit demjenigen Politiker vor, dessen Linie am besten den neuen Kräfteverhältnissen seit der Niederlage der Linken am 25. Nov. entsprach: Sa Carneiro.

Dabei hatte es durchaus Meinungsverschiedenheiten gegeben. Schon vorher war de Wunsch des linken Parteiflügels, eine offene politische Diskussion auf der Grundlage des — eindeutig sozialistischen — Parteiprogramms durchzuführen und entsprechende Beschlüsse zu fassen, vom Parteiestablisment verhindert worden.

Soares hatte von der Partei eine „entschiedene" Unterstützung verlangt, ohne welche sich seine Regierung nicht halten könne. Dabei zeigte er sich auch um ein „Verständnis" der Arbeiter besorgt: „Die Arbeiterkommissionen und die Gewerkschaften müssen begreifen, daß es eine Zeit für Ansprüche und eine andere zur Konsolidierung der Wirtschaft geben muß."Den Vorwurf, er betreibe eine arbeiterfeindliche Wirtschaftpolitik, wies er zurück. Wegen der „geostrategischen Lage und der inneren Kräfteverhältnisse" könne Portugal nicht sofort den Sozialismus einführen, sondern brauche eine Politik des „nationalen Überlebens"; man müsse die Kräfteverhältnisse sehen, wie sie unabhängig von unseren Wünschen nun mal vorhanden seien. Die Überwindung der Krise sei eine „historische Herausforderung" an die Partei. Diese Partei sei die „Partei der Hoffnung"; das Volk würde Streitigkeiten und Spaltung wie in den letzten beiden Jahren nicht mehr verzeihen, und die PS hätte das Land vor einem Bürgerkrieg bewahrt. Gezielt auf die Zerrüttung der Wirtschaft habe hingegen die PC gearbeitet, um ungerechtfertigte Verstaatlichungen durchführen zu können. Mit keinem Wort erwähnte Soares die Politik von Lopez Cardoso, des inzwischen zurückgetretenen Landwirtschaftsministers und Vertreters der Linken, umgekehrt lobte er die Maßnahmen des „gemäßigten" Erziehungsministers Cardia. „Der Sozialismus ist nichts für sofort; in der augenblicklichen historischen Periode ist es außer Sichtweite, über eine politisch fortgeschrittene Demokratie hinauszugehen."

Ein Redner zeigte sich nun doch darüber erstaunt, daß der Erziehungsminister den Beifall aller rechten Parteien finde, während er die Kritik der Linken geradezu provoziere. Warum hat Soares nichts über den „Vormarsch der Rechten" gesagt? Auch das Gesetz über die „Entlassungen" wurde heftig angegriffen. Jemand fragte: warum haben wir die Wählerschaft des Alentejo verloren? Warum sind wir so wenig in den Gewerkschaften verankert? Warum gibt es keine politische Bildungsarbeit in der Partei? Warum verfälschen einige Minister unser Parteiprogramm, z.Bsp. in der Außenpolitik, da wir doch klar die Ablösung von den Militärblöcken im Programm fordern? Warum erfährt die Basis immer als Letzte von den Entscheidungen der Partei und der Regierung?

Doch es war nocht leicht, gegen Soares Stellung zu beziehen. Vollständig klar war, daß die überwältigende Mehrheit der Delegierten von vornherein auf der Seite desjenigen standen, welcher dem Kommunismus so erfolgreich Widerstand geleistet hatte.

Wie wenig jedoch die Differenzen ins Harmonisierungskonzept von Soares paßten, zeigte seine allergische Reaktion auf die Bildung einer Liste B, die mit der vom Parteivorsitzenden angeführten und mit seinem ganzen Image veteidigten Liste A zur Wahl der Nationalkommission konkurrierte. 151 Mitglieder dieses Gremiums werden vom Parteitag gewählt, weiter 24 von den Bezirksorganisationen und 10 von der sozialistischen Jugend. Die Nationalkommission ihrerseits wählt den 41-köpfigen Direktivausschuß und das 15-köpfige Parteisekretariat, neben dem Generalsekretär die beiden wichtigsten ständigen Organe der Partei.

Entgegen den offiziellen Empfehlungen wählte ein Viertel der Delegierten die Liste B; nach vorher festgelegter Verhältniswahl (Methode von Hondt)waren damit 112 von List A und 39 von List B gewählt. Soares: „Jetzt ist es klar. Wir haben eine Minderheit und eine Mehrheit. Die Regel der Demokratie will, daß die Minderheit sich der Mehrheit unterwirft."

DER PS - KONGRESS

Auf den ersten Blick glich der Parteitag der sozialistischen Regierungspartei einer Theatervorstellung. Regie und Hauptrolle: Mario Soares, Generalsekretär und Premier der ersten konstitutionellen Regierung, eingerahmt von Brandt,Kreisky, Palme, Mitterand. Die Zustimmung der 1400 Delegierten zu seinem Rechenschaftbericht (ohne Gegenstimme, nur 20 Enthaltungen), die geschlossene Verabschiedung einer politischen Grundsatz-Resolution, die nahzu einstimmige Bestätigung von Soares als Generalsekretär — alles eine glanzvolle Demonstration der Einheit der Partei mit „ihrer" Regierung.

Zwar enthält die offizielle Liste die Regierungs- und Parteiprominenz und auch Leute wie C. Rego und A. Barroso, die früher einmal wegen ihrer sozialdemokratischen Orientierung in Ungnade gefallen waren — sie enthält aber auch Delegierte von „progressivem" oder „linkem" Image wie z.Bsp. Antonio Reis (Soares: „Spiegel der politischen Sensibilitäten in der Partei") — insgesamt freilich eher eine sozialdemokratisch orientierte bürgerlich-intellektuelle Parteioligarchie. Die Liste B hingegen war eine Gewerkschaftsliste mit Delegierten aus den Arbeiterkommissionen der Betriebe, angeführt vom Vorsitzenden der Gewerk-

schaft für Büroangestellte. Auch der nationale Sekretär des Ausschusses „Arbeit" der Partei, zuständig für betriebliche, überbetriebliche bzw. gewerkschaftliche Probleme und somit ein wichtiger Verbindungsmann zwischen Partei und Arbeiterschaft, der Linkssozialist Aires Rodrigues, kandidierte auf dieser Liste. –

Freilich betonten auch die Redner für die Liste B: keineswegs wollten sie mit ihrer Initiative eine Opposition zum Generalsekretär schaffen. Sie wünschten nur, in der nationalen Kommission präsent zu sein, um die bedrohten „Arbeitskommissionen der Partei" zu verteidigen, Einen Serra gäbe es in der Partei keinen mehr.

Damit war Soares nicht zufrieden. „Heute können wir mit Sicherheit sagen, daß die Abspaltung von Serra eine kalt in Szene gesetzte Operation der damaligen 5-ten Division (PC-nahe MFA-Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit) war, zufällig in Zusammenarbeit mit ausländischer Geheimdiensten. Und informell, außerhalb der Öffentlichkeit, fügte er mit der Anspielung auf die Liste B hinzu: „Es gibt immer Leute mit guten Absichten, aber es gibt auch Dumme und es gibt schließlich Eingeschleuste!"

Der relative Erfolg der Liste B kam doch ein wenig unerwartet; ein doppelter Erfolg: stärkere Positionen in der Nationalkommission, und die Festlegung eines Termins für einen neuen Parteikongress, auf dem ausschließlich die Statuten nach einer 3-monatigen Vordiskussion auf allen Parteiebenen behandelt werden sollen.

Übrigens hatte Mitterand in seiner Ansprache die Hoffnung geäußert, daß die Regierung nicht hinter die bisherigen Reformen zurückgehe. „Ihr müßt den Beweis erbringen, daß Eure Ideen Eure Handlungen leiten." ‚Le Monde' meint, daß Mitterand damit stillschweigend seine Unterstützung für den linken Flügel der portugiesischen Bruderpartei ausgedrückt hätte.

AUS ALLER WELT KAMEN DIE FREUNDE

Vorbereitet von Soares und seinen Freunden, jedoch ebenso von Mitgliedern der Sozialistischen Internationale , war die internationale Bühne des Kongresses. 55 Delegationen vertraten mehr oder weniger eng das Motiv eines „Sozialismus in Freiheit"; vertreten waren auch die kommunistischen Parteien von Jugoslawien, Rumänien, Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland!

Und diese monumentale Schau verfehlte nicht den massiven Eindruck auf die Delegierten der PS, erschlagen von Zahl und Gewicht der Persönlichkeiten der „Weltpolitik". Abgesehen von der Rede Willi Brandts, der in aller Klarheit die historische Mission von Soares und seiner PS herausstellte, sind einige diese internationalen Hintergründe von besonderer Bedeutung für Portugal.

Frank Carlucci, der Botschafter der USA, hatte unlängst einen Freund gefragt, worin denn dieser die zentralen Schwierigkeiten Portugals sehe? Dessen Antwort, eher pessimistisch: ‚die Intersindical, die die Arbeiter in Bewegung versetzen würde; das Problem der Agrarreform, wiederum mit einem Löwenanteil der PC; und schließlich der Geldmangel bei rapider Inflation.' Darauf Carlucci mit Ungeduld: ‚Nichts davon sei von Bedeutung; von Bedeutung sei, daß Soares aus dem Kongress gestärkt hervorginge und der Kongress ihn und die Regierung unterstütze.' Jedermann weiß, so fährt der „Expresso" in diesem Bericht fort, daß die PS-Regierung in Wirklichkeit eine Koalitionsregierung sei, daß die sog. Unabhängigen zur Familie der PS gehörten, daß den USA der CIA gehöre, und daß die Regierung der USA schon immer die PS offen unterstütze. Entscheidend sei der internationale Zusammenhang.

Während die Sowjetunion sich in ihrem Einfluß auf Südafrika erfolgreich auf die Verankerung der PC habe stützen können, kann sich die Politik des Westens mit relativem Erfolg zur Zeit der PS bedienen – keiner der anderen portugiesischen Parteien – und das portugiesisch sprechende Afrika sei der Schlüssel für die künftige Entwicklung Afrikas. Carlucci war es, der, gegen Kissinger, in den Regierungspalast zu Präsident Costa Gomes ging und diesem mitteilte, die Regierung der USA wolle, daß Portugal nur die MPLA unterstütze und sich von der FNLA und der UNITA (den anderen außengesteuerten „Befreiungsarmeen" in Angola) zurückziehe. Nach Carlucci müsse man die MPLA von innen her beeinflussen und nicht von außen verlorene Schlachten fortsetzen, zumal es bereits Leute innerhalb der MPLA auf der Seite der westlichen Ideologie gäbe.

Hinzu kommen strategische Überlegungen hinsichtlich der Rolle Brasiliens. Präsident Geisel hat enorme Schwierigkeiten mit seinen extrem rechts stehenden Generälen á la Pinochet. Die USA hingegen möchten bei den „progressistischen" Befreiungsbewegungen Südafrikas eine gute Figur machen und haben gemeinsam mit dem portugiesisch-sprechenden Mittler Brasilien größere wirtschaftliche Expansionspläne in Südafrika.

Sie müßten den „liberalen" Geisel gegen einen brasilianischen Pinochet verteidigen. Die massiven ökonomischen Schwierigkeiten, so groß wie zur Zeit der beginnenden Diktatur, führen nun zu einer größeren Verhärtung nach rechts oder wecken sogar einige „peruanische" Wunschphantasien. Eine PS, in Allianz zur Sozialistischen Internationale, wäre für Brasilien – mit Blick auf die eigenen Expansionspläne in Südafrika – genau das Richtige! Nicht umsonst haben zahllose brasilianische Oppositionspolitiker in den letzten Wochen Soares aufgesucht, und nicht umsonst war die PC Portugals gegen die baldige Reise von Soares nach Brasilien, der dort vielgesichtig auftreten kann: Sozialist, Regierungschef, sicherer Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, und wer weiß, nicht allzu fern, deren Präsident in Nachfolge Brandts? ! als erfolgreicher Kämpfer für den Sozialismus – gegen einen totalitären Sozialismus wie in Rußland. Als Vertreter einer Partei, die zudem, – wie eben keine einzige der anderen portugiesischen nichtkommunistischen Parteien – in der Lage ist, mit den Befreiungsbewegungen zu sprechen ! Schon zu Caetanos Zeiten hatte Soares – als einer der ersten! – Glückwunschtelegramme an die PAIGC bei deren Unabhängigkeitserklärung in Guinea-Bissao geschickt; daher konnte der Vertreter von Guinea-Bissao an den gemeinsamen Kampf gegen den Kolonialfaschismus mit der PS erinnern. (Die FRELIMO von Mozambique steht freilich der PS-Regierung ablehnend gegenüber und war auf dem Kongress auch nicht vertreten.)

Nicht von ungefähr sprachen Kreisky, Gonzalez von der spanischen PSOE in derselben Richtung, wie groß die Hoffnung auf eine erfolgreiche Politik der PS mit Soares sei. Der Generalsekretär der italienischer sozialistischen Partei (PSI) z.Bsp.: Unser Sozialismus ist schwach, vor allem auf grund seiner inneren Spaltungen. Wenn ihr das Gute wollt, so verteidigt die Einheit mit allen Kräften.

Dieses Bewußtsein, in und für die Welt die Idee des „Sozialismus in Freiheit" zu vertreten – so, daß eine Niederlage der PS in Portugal zugleich eine Niederlage der Sozialistischen Internationale und des freien Sozialismus überhaupt darstellen würde – steigerte sich zu einer außerordentlich emotionalen Atmosphäre. Viele brachen in Tränen aus, als der Generalsekretär der Radikalen Partei Chiles von dem „Infantilismus der Linken in seinem Vaterland" sprach, der „zum Begräbnis eines sozialistischen Aufbaus mitgeholfen" hätte, und die Rufe „Einheit! Einheit!" steigerten sich zu einem Höhepunkt. Angesichts dieser weltweiten Perspektive, in welcher die portugiesiche PS die Rolle einer Speerspitze einnahm, erschienen die internen Meinungsverschiedenheiten der Partei klein und lächerlich (wenigstens für die Mehrheit).

Freilich geht der innerparteiliche Kampf nach dem Kongress in voller Härte weiter. Soares hat die „Kommission der Arbeit" inzwischen suspendiert, jene Bastion des Oppositionsflügels, die sie verteidigen wollte; er beauftragte den Arbeitsminister Marcelo Curto, sich um die Arbeit dieser Kommission solange zu kümmern, bis die Nationalkommission das Nationalsekretariat der Partei gewählt hätte. Bei diesen Wahlen am 13.11.76 (Direktivausschuß und Parteisekretariat) ließ die Mehrheitsfraktion ihre volle Stärke spüren: beide Organe wurden ausschließlich mit A-Leuten besetzt.

Einige Tage nach dem Kongress wurde eine Zusammenkunft der „Arbeitskommission" der Region Lissabon verboten. Als nächstes folgte, am 23.11., die Suspendierung von 5 wichtigen Persönlichkeiten der Oppsoitionsliste, Mitglieder der „Arbeitskommission", unter ihnen Aires Rodrigues, ehemaliger Nationalsekretär und Delegierter in der Volksversammlung.

Offizielle Begründung für diese Disziplinarmaßnahme ist die Verbreitung eines Communiqués, in welchem die „Arbeitskommission" ein „Treffen gegen den Terrorismus", „ für die unmittelbare Inhaftierung aller Agenten der früheren politischen Polizei", „für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter", „ für die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie" und schließlich „für den Sozialismus" unterstützt. Das Parteisekretariat betrachtete diese Stellungnahme als im Widerspruch zu einer Anordnung, die „öffentliche Stellungnahmen über Fragen allgemeiner Politik" untersagte.

Wiederum einige Tage später wurden weitere 5 suspendiert, von den insgesamt 10 Suspendierten mehrere Mitglieder der Nationalkommission und 2 Abgeordnete.

Was folgt als Nächstes? „A Luta", Sprachrohr der Rechten in der PS, hat gewissermaßen zur Gründung einer portugiesischen Arbeiterpartei eingeladen; die Zeitung weiß, daß jedermann die Niederlage der vorausgegangenen Abspaltung (Serra, Januar 1975) noch gut in Erinnerung hat. Freilich häufen sich auch die Demonstrationen der Kritik gegen die Regierung: Arbeiterdemonstrationen, Proteste der Lehrer, Proteste der Landarbeitergewerkschaften im Alentejo, Streik an den Universitäten etc.

(Bericht nach „Le Monde", „Expresso", „Gazeta da Semana", „F.R.", „F.A.Z." und Korrespondenz aus Lissabon von H.B., U.B.)

WIE DER KU KLUX KLAN LEUTE FERTIG MACHEN KANN

WILMINGTON 4.Januar

Jean-Daniel Simon, Filmregisseur und Autor, veröffentlichte in ‚Le Monde' einen Bericht über seinen Besuch im Knast bei Ben Chavis, einem weißen Pastor, der im Süden von USA für die schwarze Bürgerrechtsbewegung eingetreten ist. Aus diesem Bericht veröffentlichen wir Auszüge:

„Soeben kehre ich aus den Vereinigten Staaten zurück, wo ich während des Wahlkampfes mit Angela Davis zusammen einen Film drehte.

Während der Dreharbeiten kam ich nach Nord-Carolina, dem rassistischsten Staat der USA. An manchen Stadtgrenzen findet man dort Plakate mit der Aufschrift: „Helfen Sie uns den Kommunismus und die Rassenintegration zu bekämpfen. Werden Sie Mitglied des Ku Klux Klan." In diesem Staat sind mehr als 13 000 Männer und Frauen in Haft, davon 85% Schwarze. Hundert von ihnen sind zum Tode verurteilt und müssen mit ihrer Hinrichtung rechnen, falls die Todesstrafe – was wahrscheinlich ist – wieder eingeführt wird.

Unter anderem sitzt dort Ben Chavis, ein 28jähriger protestantischer Pastor, den ich im Gefängnis besucht habe. Weil er Verantwortlicher der Bewegung für Bürgerrechte in Nord-Carolina war, wurde er zu 34 Jahren Zuchthaus verurteilt. Hier seine Geschichte:

Ende der 60er Jahre wurde an vielen Schulen die Rassenintegration durchgeführt. Das führte in Wilmington zu einer äußerst explosiven Situation, da die Weißen sich heftig dagegen wehrten. Ben Chavis wurde von seiner Kirche, der Vereinigten Christuskirche, beauftragt, eine Untersuchung über Rassismus durchzuführen und die Leitung der Rassenintegrationsbewegung zu übernehmen.

Nach einer Schlägerei mit Weißen wurden 18 schwarze Schüler in Wilmington aus dem Gymnasium rausgeworfen. Statt Schwarzen wurden weiße Schüler neu aufgenommen. Daraufhin organisierten die schwarzen Schüler einen Schulboykott und forderten Integration und ein Spezialprogramm für Schwarze. Sie trafen sich in einer schwarzen Kirche in der Nähe und organisierten Unterricht für Randgruppen. Der Boykott weitete sich aus.

Für die weiße Bevölkerung war dies eine Bedrohung und der Ku Klux Klan intervenierte, drohte den Pastor, der die Studenten aufnahm , umzubringen und die Nachbarhäuser in Brand zu stecken. Die Schüler baten die Behörden um Schutz, der ihnen aber verweigert wurde. Der Amtsrichter beauftragte sogar einen Leutnant der Armee, in der schwarzen Gemeinde für Ordnung zu sorgen.

Ben Chavis organisierte daraufhin eine Demonstration, an der über 2000 Menschen teilnahmen. Die Drohungen gegen ihn wurden immer deutlicher, sodaß sich die Schüler entschlossen, in der Kirche zu bleiben, um Chavis, den weißen Pastor und seine Frau zu beschützen. Daraufhin belagerte der Ku Klux Klan die Kirche und schoß auf die Insassen. Das brachte wiederum die Polizei, Nationalgarde und Panzereinheiten auf den Plan, die die Kirche 4 Tage belagerte und die Insassen aufforderte, sich zu ergeben. Im Laufe dieser Ereignisse wurde ein Schüler und ein Ku Klux Klan-Mitglied getötet. Obwohl die Schwarzen nicht bewaffnet waren und die Herkunft der Kugel, die das Ku Klux Klan–Mitglied tötete, nicht ermittelt werden konnte, wurde Ben Chavis und neun Mitstreiter ein Jahr später verhaftet und des Mordes angeklagt.

Der Prozeß begann im Juni 1972. Die ernannte Jury bestand aus 10 Schwarzen und zwei Weißen. Gleich darauf wurde der Staatsanwalt krank und beantragte die Verschiebung des Prozesses aus formalen Gründen. Der zweite Prozeß begann im Sepember 72. Diesmal bestand die Jury aus 10 Weißen und zwei Schwarzen. Ihnen wurde keine Frage hinsichtlich einer Mitgliedschaft in rassistischen Organisationen gestellt.

Der einzige Belastungszeuge, Allen Hall, auf dessen Aussage der gesamte Prozeß abhing, war ein psychisch instabiler Krimineller. Die 10 Angeklagten wurden zu 285 Jahren Gefängnis verurteilt, aber die Vereinigte Christus Kirche erwirkte die Freilassung der Gefangenen gegen 400 000 Dollar Kaution. Nach seiner bedingten Freilassung erhielt Ben Chavies den Besuch von Agenten des FBI, die ihm mitteilten, daß Geschäftsleute der Stadt auf seinen Kopf 10 tausend Dollar gesetzt haben. Man legte ihm nahe, die Stadt zu verlassen. Er lehnte ab. Einige Tage später explodierte eine Bombe in seinem Auto.

Chavis legte Berufung ein. Abgelehnt. Er bat um Wiederaufnahme des Verfahrens beim Obersten Gerichtshof des Landes. Abgelehnt. Dann beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Abgelehnt. Seit 10 Monaten sitzt er wieder im Gefängnis.

Am 4.August 1976 machte der Belastungszeuge Allen Hall eine neue Aussage vor Gericht und zog seine Anschuldigungen zurück. Er sagte, daß er unter Druck des Staatsanwaltes und der Polizei ausgesagt hätte, die ihm selbst, da er straffällig war, eine Freilassung versprachen.

Trotz dieser Wendung wurde Ben Chavis weder freigelassen noch wurde sein Prozeß wieder aufgenommen. In seiner Zelle sagte er mir: „Wenn das amerikanische Volk und alle Menschen guten Willens der ganzen Welt keinen Druck ausüben auf die Regierung von Nord-Carolina und auf die Bundesregierung, dann bleiben wir im Gefängnis. Briefe müssen geschrieben werden – an den Gouverneur von Nord-Carolina Hans Hausen oder an den Atterney General Rufus Edmonston, oder an den neuen Gouverneur, der im Januar seinen Dienst antritt. Man kann auch an den Bundesrichter Dupré in Raleigh schreiben. So viel Menschen wie möglich müssen ihre Solidarität zum Ausdruck bringen. Die Beamten dieses Landes müssen sich klar darüber werden, daß man in der ganzen Welt weiß, was sich hier in Nord-Carolina abspielt, welchen Ungerechtigkeiten die Opfer von Wilmington ausgesetzt sind.
Schreibt, veranlaßt Briefe, das kann uns vielleicht helfen!"

Nachdem Ben Chavis gefesselt, und von den anderen Gefangenen getrennt wurde, befindet er sich nun in der Strafvollzugsanstalt von Mac Cain zusammen mit den Geisteskranken. Ein Hungerstreik von 130 Tagen zwang die Behörden, ihm Besuchsrecht zu genehmigen. Als ich ihm Grüße von Angela Davies ausrichtete, antwortete er: Ich würde dich gern in Paris wiedersehen."

(NR. 158/159)

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

!?!

Die Abo-Bedingungen des ID:

1. Wir liefern den ID nur gegen Vorauskasse auf unser Postscheckkonto, 6000 Frankfurt 90, Nr. 525228-602
2. Überweist bitte mindestens 18.-
3. Ein Exemplar des ID kostet 1.50 DM. Für 18 Mark gibts also 12 Hefte, für 36.- gibts 24 Hefte uswusf.
4. Auf dem Empfängerabschnitt der Überweisung sollte, gut lesbar, die Adresse des zukünftigen Abonennten zu finden sein.
5. Sobald die erste Zahlung eingetroffen und verbucht ist, erhält der neue Abonennt eine Nummer.Sie befindet sich auf der Adressetikette links oben. Der neue und der alte Abonennt mögen diese Nummer bitte bei weiteren Überweisungen angeben.
6. Acht Wochen, bevor das Abo zu Ende geht, tauchen auf der Adressetikette diese Zeichen auf: !? !. Sie sollen an den Gang zu Bank oder Post erinnern. Ein Beispiel: Das Abo ist bis zur Nummer 200 bezahlt. Ab der Nummer 196 gibts ein !? !. Die letzte Lieferung kommt dann in Gestalt der Nummer 204. Dann gibts erst nach der Zahlung wieder was.

Also: Wer regelmäßig bezahlt, der bekommt regelmäßig den ID und kann ihn regelmäßig lesen.

